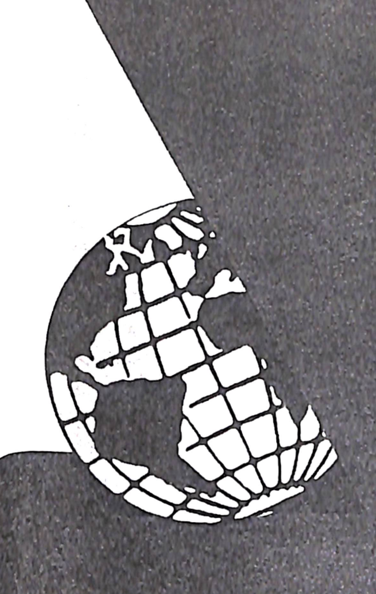
Antifaschistisches INFO blatt

9

Okt. / Nov. '89 • 3,oo DM



BÜNDNISPOLITIK

ARBEITER/INNENKLASSE UND RECHTSEXTREMISMUS

DEVRIMCI YOL- EIN REVOLUTIONÄRER WEG IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF



"ROT"-GRÜN ANTIFASCHISMUS UNTER BESCHUSS

▶ich abonniere das antifa-info

5 Ausgaben ab Nr. : ......

☐ - als **einfaches Abo** zum Preis von **20,-- DM**

☐ - als **Förderabo** zum Solipreis von ...... ,-- DM

Abs.:

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustr. 2a

1000 Berlin 61

ABO

Antifa-Info im Abo: 5 Ausgaben des Antifa-Infos kosten 20,-- DM im Abo.(incl. Porto). Weil wir den Preis so niederig wie möglich halten wollen sind wir auf viele AbonnentInnen angewiesen. Mit einem Förderabo, dessen Preis ihr selbst bestimmt, könnt ihr unsere antifaschistische Arbeit unterstützen und so zur Verbreitung antifaschistischer Information und -Diskussion beitragen. Wenn ihr den nebenstehenden Aboschnippsel ausschneidet, ausfüllt und als Postkarte oder in einem **Briefumschlag** an uns absendet, findet ihr die nächsten 5 Infos in eurem Briefkasten.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändgung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



antifa-info Nr. 9
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
L. Meyer
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Vorworte

Nach einer langen Sommerpause ist das ANTIFA-INFO Nr. 9 endlich draußen. Nach den turbulenten Monaten vor und nach den Abgeordnetenhauswahlen haben wir eine kleine Verschnaufpause eingelegt. Wir brauchten die Zeit, um die letzten Ereignisse sacken zu lassen und einen Diskussionsprozeß zu organisieren, wie es nun weitergehen soll. Dazu findet ihr in diesem Heft auch einen Beitrag von Antifas aus Hamburg, mit denen sich auch im INFO eine gute überregionale Zusammenarbeit entwickelt.

Wir finden ja, daß diese Nummer mal wieder mächtig dick geworden ist. Wir wollen versuchen in Zukunft möglichst alle zwei Monate zu erscheinen, um auf weniger Seiten eine lebendige Auseinandersetzung zu ermöglichen. Und die tut Not, zu viele Fragen sind offen. Doch unter uns radikalen AntifaschistInnen gibt es auch viele, noch vereinzelt stehende Lösungsansätze.

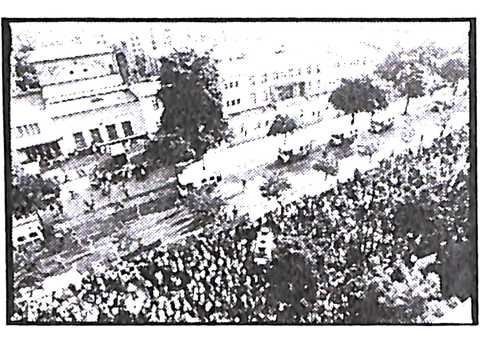
Wie können wir den selbstorganisierten Widerstand von Unten - auf der Straße, in den Stadtteilen, in den Betrieben und an den Schulen weiterentwickeln? Radikal und erfolgreich, lebendig, durchschlagend und anziehend soll er sein. Er soll den Muff der Demokratie vertreiben, der von Teilen der Grünen, der SPD usw. ausgeht, die aus organisierten Faschistengruppen demokratisch legitimierte Parteien werden lassen. Sie verunglimpfen den antifaschistischen Widerstand und lassen Nazis beschützen.

Wir brauchen die Diskussion, um an einer Bewegung zu bauen, die in der Lage ist mit langem Atem zu kämpfen und die Mauern der Isolation und der Vereinzelung niederzureißen! Um damit anzufangen haben wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf diese Auseinandersetzung gelegt.

Viel Spaß
red. antifa-info







WESTBERLINER PARTEITAG DER 'REPUBLIKANER'



Zu den Auseinandersetzungen um die Vorgehensweise gegen den 'REP'-Parteitag

Der Verlauf der Gegenkundgebung vor dem Schultheiss-Gebäude an der Hasenheide im westberliner Bezirk Kreuzberg hat zu einer heftigen Debatte im autonomem Spektrum geführt. Diese Auseinandersetzung fand hauptsächlich im wöchentlichen Berlin-Info 'INTERIM' statt. Von der berechtigten Kritik bis zum "Verrat" wurde gerade den autonomen AntifaschistInnen so ziemlich alles unter die Nase gerieben, was an diesem Tag falsch gelaufen bzw. in die Hose gegangen war. Besonders die Bündnispolitik der Antifas stand im Mittelpunkt der Kritik, sie wurde und wird teilweise sogar völlig in Frage gestellt. Hierzu folgen zwei Beiträge, von denen der eine die Aktion selbst, ihr Zustandekommen und der Ablauf nocheinmal schildert und der zweite auf die Bündnispolitik an sich eingehen will.

Der 'REP'-Parteitag konnte quasi störungsfrei über die Bühne gehen. Mit Absperrgittern und NATO-Draht hatten 1.500 eingesetzte Bereitschaftspolizisten, darunter ein Sonder-Einsatz-Komando, die Schultheissfestsääle in eine regelrechte Festung verwandelt. Schon geraume Zeit vor dem 8. Juli stand das Gebäude unter.polizeilicher Beobachtung. Je näher der Parteitag rückte, desto massiver präsentierte sich der staatliche Schutz für den umstrittenen Tagungsort. Aktionen im Vorfeld waren dadurch so gut wie unmöglich.

Das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus hatte alle AntifaschistInnen dazu aufgerufen sich um 8 Uhr morgens - eine Stunde vor Beginn des Faschistentreffens - vor dem Gebäude zu versammeln. Trotz der frühen Stunde waren etwa 5.000 Menschen zu der genehmigten Kundgebung erschienen. Die Rep-Delegierten waren jedoch schon um 6 Uhr in das Gebäude eingelassen worden. Damit fiel eine geplante Blockade durch die AntifaschistInnen ins Wasser. Angesichts des massiven Aufgebots an Polizisten blieb es vorerst beim hilflosen ausharren vor Ort.

Als sich die von den Veranstaltern beschlossene Demonstration zum GESTAPO-Gelände, dem ehemaligen Terrorzentrum des Nazionalsozialismus, in Bewegung setzte, blieben mehrere hundert

8. Juli: Polizeisperren vor den Schultheiss-Gebäude

KundgebungsteilnehmerInnen vor den Polizeiabsperrungen stehen. Ein Teil von ihnen wollte nicht unverrichteter Dinge abziehen andere hatten nicht mitbekommen, daß sich die Demo bereits in Bewegung gesetzt hatte. Eine kleine Gruppe begann an den Absperrgittern zu rütteln, vermehrt flogen Flaschen in Richtung Bullen.

Hier kam es dann zum offenen Konflikt, als einige Ordner des DGB, die überwiegend aus dem Kreis der rechten Falken und Jusos gestellt wurden, aktiv gegen die von ihnen als *"Provokateure"* bezeichneten Leute vorgingen. Zusammen mit einigen 'friedfertigen' DemonstrantInnen versuchten sie die Leute zu entwaffnen. Die Bullen sahen diesem Konflikt hocherfreut zu, um wenig später brutal in die sich beruhigende Situation einzugreifen. Unter ständigen Lautsprecherdurchsagen wie "distanzieren sie sich von den Gewalttätern" etc., prügelte das SEK, unterstützt von zwei Wasserwerfern, die Straße frei.



8. Juli: KundgebungsteilnehmerInnen vor dem Schultheiss-Gebäude

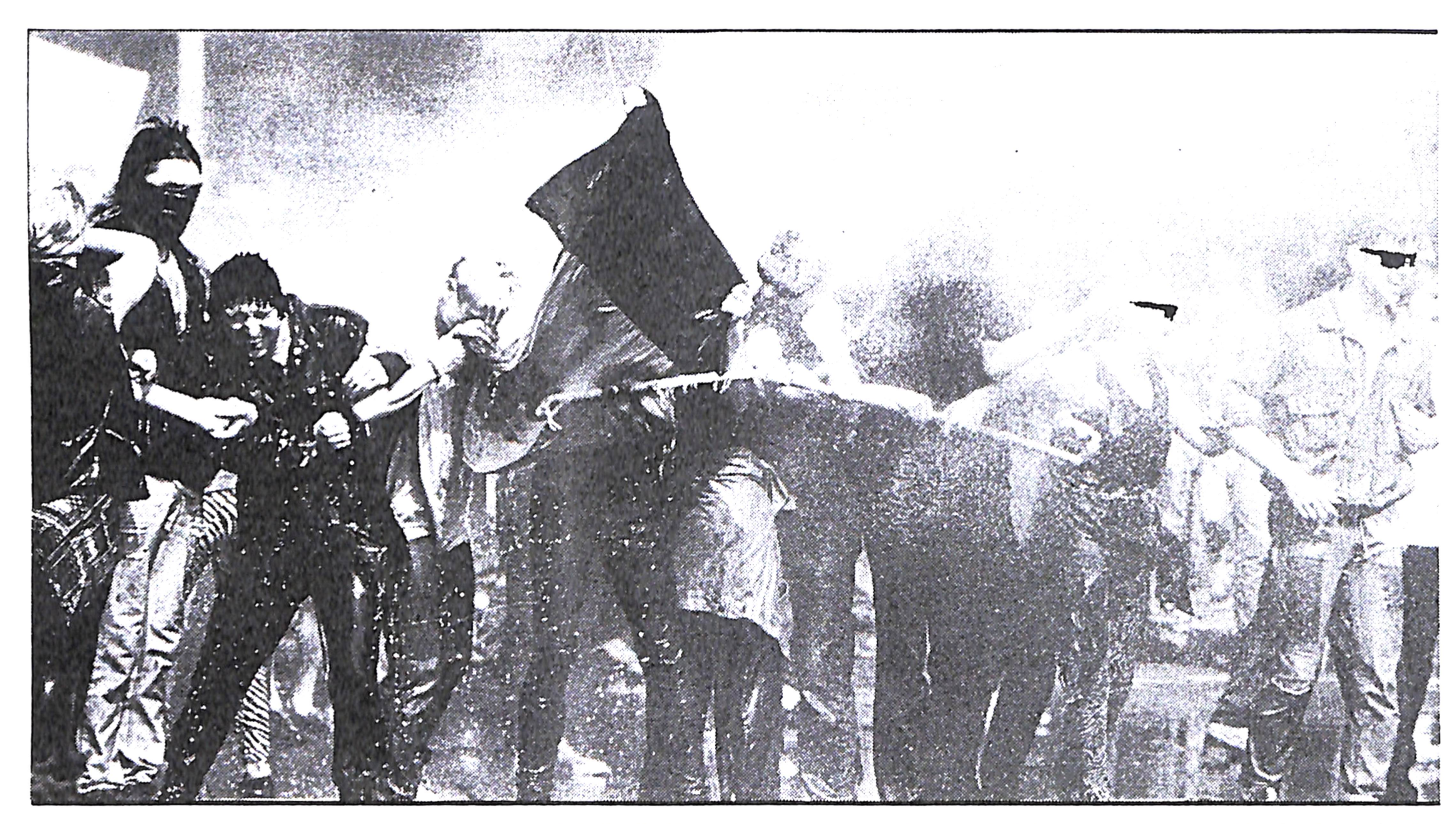
Durch das Aufbrechen der Demo war bereits eine große Lücke zu den vor Ort gebliebenen entstanden. Der Lautsprecherwagen der ANTIFA-Westberlin ließ jedoch Demo Demo sein und kehrte an den Ort des Geschehens zurück um die Leute dort zu unterstützen. Der Versuch den Schlägereinsatz des SEK zu stoppen scheiterte kläglich. Nicht nur mangels der Masse, die sich dem entgegenstellen wollte, auch den KämpferInnen fehlte es an der Entschlossenheit, Mut und Überblick. Mit Steinen und Flaschen, die oftmals auch noch aus der 20. Reihe geworfen wurden (und zum Teil die eigenen Leute in den ersten Reihen trafen) war da nichts zu machen. So kam es sogar dazu, daß der Lautsprecherwagen quasi ohne Schutz und samt Besetzung den Attacken von SEK und Wasserwerfern ausgeliefert wurde.

Nachdem die Straße vor dem Schultheiss-Gebäude von ihnen leergefegt worden war, beruhigten sich die Prügelschergen des Senats. Die Demo bewegte sich dann weiter in Richtung Kundgebungsort und es kam auch noch ein gute Stimmung rüber, die sich nicht nur darin widerspiegelte, daß viele Anwohner die DemonstrantInnen mit kühlem Wasser von den Balkonen erfrischte.

8. Juli: Wasserwerfereinsatz gegen AntifaschistInnen und Lautsprecherwagen



Die bürgerliche Presse, allen voran die Senats-Hauspostille 'taz', jubelte allerdings angesichts der "rot-grünen Entwaffnungsaktionen" gegen die *"Hirnis, Suffkis und Randalos"* (O-Ton taz), denen seit dem 1. Mai endgültig das Handwerk gelegt werden soll. Endlich hatte sich die seitdem geforderte Reis- und Sandalenmiliz der Alternativen formiert. Jusos und DGB distanzierten sich öffentlich von den *"Gewalttätern"*. Nicht der SPD/AL-Senat, der den Faschisten ihren Parteitag durch das massive Polizeiaufgebot



8. Juli: alle Versuche sich dem massiven Polizeieinsatz entgegenzustellen blieben erfolglos

ermöglichte, wird kritisiert, sondern die 'Provokateure' auf Seiten der DemonstrantInnen. Diese gelte es durch organisierten "Selbstschutz" von künftigen Aktionen auszuschließen.

Während sich die Regierungsjugend an der Organisierung des Selbstschutzes gegen Nazis und Rassisten nur mäßig oder gar nicht beteiligte, propagiert sie nun den "Selbstschutz gegen Autonome", die seit dem 1. Mai als Hauptfeind ausgemacht worden sind. DGB und Jusos haben sich gegen die Bündnis-Absprache verhalten, die da lautete, daß ihre Ordner nur in ihrem eigenen Block zu ordnen haben. Sie sind die politischen VertreterInnen der Linie, die Bekämfung der Faschisten und Rassisten in die Hände des Senats legen will. Der Senat wiederum hat zu diesem Thema bisher entweder nur durch Untätigkeit geglänzt oder die Nazis vor AntifaschistInnen in Schutz genommen.

Ihre Angst vor Eigeninitiative und selbstorganisierten Widerstand und die von ihnen vertretene Ansicht, daß nur der Staat Gewalt ausüben darf, führt zu der irrigen Auffassung, daß Gewalt von links und Gewalt von rechts sich gegenseitig hochschaukeln würden. Folgerichtig werden sie so zu ErfüllungsgehilfInnen des Senats. Sie versuchen die antifaschistische Bewegung zu spalten. Diese Spaltungsversuche haben die DGB- und Juso-VertreterInnen im Bündnis isoliert, das Bündnis war aber nicht in der Lage den Distanzierungen promt und öffentlich eine Absage zu erteilen.

Für den größten Teil der im Bündnis arbeitenden Gruppen und Organisationen war die Frage, ob militante Verhinderung des Parteitages oder friedlicher Protest, keine prinzipielle Frage. Der Kundgebungsort konnte gegen den Widerstand von Jusos, DGB und AL-Spitze - die überall in der Stadt Infostände machen wollten, nur nicht vor dem Parteitag - durchgesetzt werden. Wäre ein Angriff als möglich und erfolgversprechend eingeschätzt worden, wäre er auch mitgetragen worden. Wenn auch von einem großen Teil nicht aktiv, so doch solidarisch unterstützend.

Angestrebt war, den Parteitag durch öffentlichen Druck schon im Vorfeld zu verhindern oder den 'REPs' den Zugang zu den Festsäälen unmöglich zu machen. Beides ist nicht aufgegangen. Es blieb einerseits der relative Erfolg, vor Ort demonstriert und trotz der Uhrzeit so viele Menschen zusammen gebracht zu haben. Und auf der anderen Seite der bittere Geschmack dieser ersten Erfahrung mit der offen spalterischen Praxis der - seit ein paar Monaten - regierungstreuen Organisationen. Bis dahin hatten diese Organisationen kein eigenes Profil in der Antifa-Arbeit entwickelt und sich vornehmlich den Aktivitäten der Basisgruppen anschließen müssen.

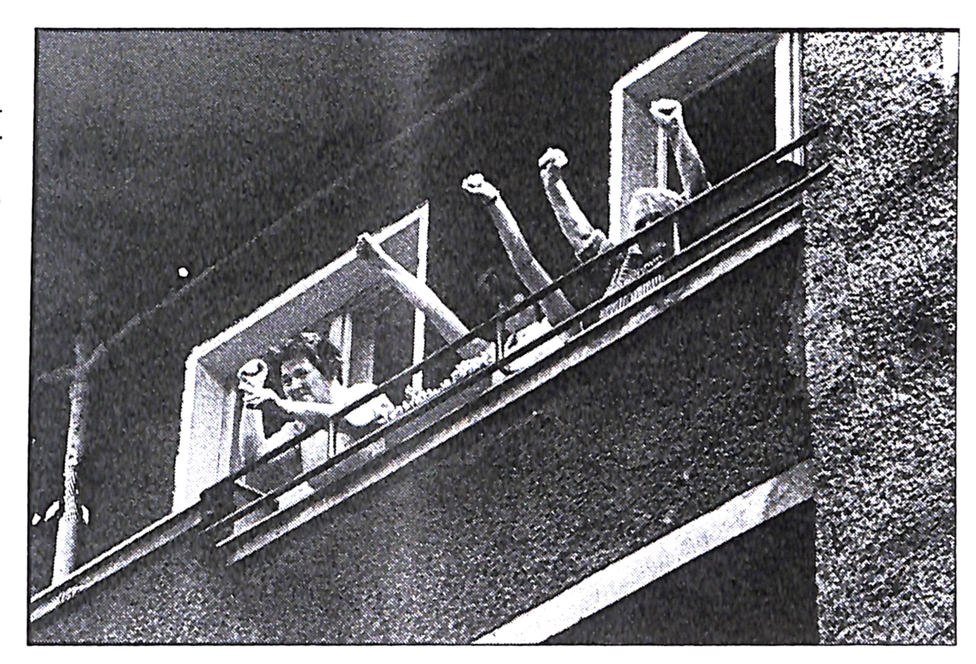
Wir haben - als Teil der autonomen ANTIFA-Westberlin - das von der Mehrheit im Bündnis entwickelte Konzept mitgetragen. Die Aktion war für uns kein Erfolg. Auch wir hatten uns auf eine Blockade eingestellt, wollten jedoch vor Ort flexibel sein. Obwohl wir einen Angriff auf das Gebäude für unrealistisch hielten, haben wir die Möglichkeit nie ausgeschlossen. Angesichts der verunsicherten Stimmung bei den meisten AktivistInnen (sowohl in der Vorbereitung, als auch vor Ort) sind wir zu dem Schluß gekommen, daß ein Angriff in dieser Situation aussichtslos ist. Daß viele Menschen nicht mitgezogen und der politische Preis im Verhältnis dazu zu hoch getrieben worden wäre.

Um die vielen Menschen, die uns nahestehen und den Nazis ernsthaft etwas entgegensetzen wollen, sich aber noch unsicher sind wann es richtig ist zuzuschlagen, zu überzeugen, wollten wir keinen aussichtslosen bzw. symbolischen Angriff riskieren. Er wäre von zu wenigen getragen worden, wäre damit erfolglos geblieben und hätte weitere Festnahmen, Verletzte und Prozesse bedeutet. Seit Anfang dieses Jahres gab es weit über hundert Festnahmen von Antifas. Aus diesen Gründen haben wir auch mit den Leuten geredet, die diesen Angriff riskie-

ren wollten und versucht ihnen zu erklären warum wir ihn nicht für durchführbar hielten.

Uns war klar, daß es so oder so Auseinandersetzungen mit den Bullen geben würde, weshalb wir innerhalb der Demovorbereitung daraufhingearbeitet haben, daß keine Leute zurück gelassen und somit den Bullen ausgeliefert werden. Dazu hatten wir einen eigenen Lautsprecherwagen und wir hätten es zum Bruch in der Demoleitung (Jusos/SEW/ Antifa) kommen lassen, hätten die Auseinandersetzungen wirklich die Form eines aussichtsreichen Angriffs angenommen. Die Demo fanden wir für den Fall richtig, wenn nichts mehr gegen den Parteitag auszurichten gewesen wäre. Das war objektiv der Fall. Und besser eine Demo mit politischem Inhalt, die zum ehemaligen Hauptquatier der GESTAPO führt, um die Verbindung von der Polizei damals zu den Nazis und der Polizei heute zu den 'REPs' aufzuzeigen, als ohnmächtig - wie schon viel zu oft in letzter Zeit - vor REP-Veranstaltungen rumzustehen.

Nicht wir AntifaschistInnen konnten an diesem Tag einen Erfolg im Kampf gegen Faschismus und Rassismus vermelden. Dieser lag vielmehr bei den 'REPs', die ihren Parteitag vollzählig abhalten konnten, und beim orange-grünen Senat, auf dessen Konto nicht nur der erfolgreiche Schutz des Faschisten-Parteitags zu verbuchen ist. Der Senat hat noch dazu seine Spaltungsabsichten innerhalb der linken Opposition weiter vorantreiben können. Die medienwirksame Aufbereitung der "Entwaffnungsaktionen" tat das übrige. Wir wußten zwar um die Spaltungsabsichten der Regierungskräfte und um die Angst, die viele AntifaschistInnen vor einer Zuspitzung der Situation haben. Daß viele noch die Fernsehbilder vom 1. Mai im Kopf hatten, die so effektvoll aufbereitet waren, daß sie selbst die übelste Polizei im Lande von Heute auf Morgen zu den friedlichsten Lämmern werden ließen. "Entwaffnungsaktionen", das Eingreifen von sogenannten friedlichen DemonstrantInnen gegen Militante, hat es bei Demos dieser Größenordnung schon immer gegeben, nur sind sie so medienwirksam wie diesmal noch nie verwertet worden.



Am Rande der Demo: geballte Fäuste und Wasser aus Eimern anstatt aus WaWe's (unten)

Dieser Widerstand gegen Faschistenversammlungen, seine Form - ob nun militant oder nicht - ist berechenbar geworden und gerade diejenigen die jetzt die Staatsgewalt befehligen wissen um die Mittel wie sie ihn brechen müssen. Konnten wir vor der Wahl und noch kurz danach 'Republikaner'-Treffen durch Blokkaden verhindern ohne uns richtig mit den Bullen zu prügeln, so ist diese Form an seine Grenzen gestoßen. Zum Schluß sind bei solchen Aktionen nur noch Leute von uns (gezielt) rausgegriffen worden, ohne daß es zu mehr als ein bißchen Protest gekommen war. Warum sollte dies vor einer ausgebauten Festung plötzlich anders sein - auch wenn uns genügend Zeit zur Vorbereitung bleibt? Kurzum, eine alte Waffe im antifaschistischen Kampf ist vorläufig stumpf geworden und eine neue Aktionsform noch nicht entwickelt.

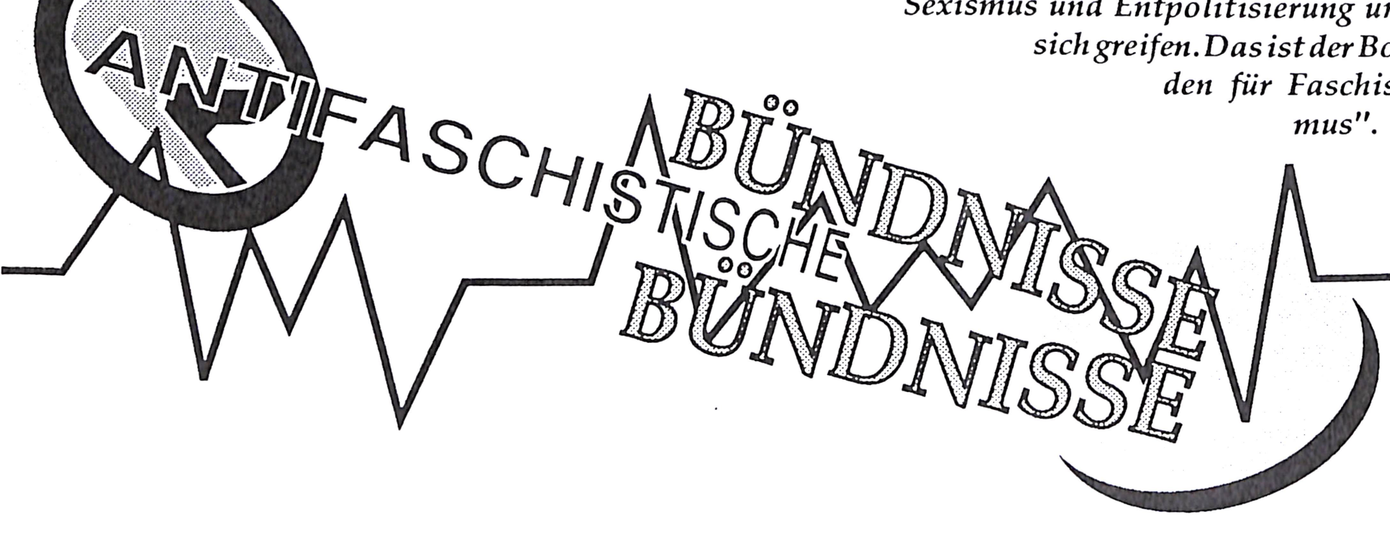


Wir haben dies nicht rechtzeitig erkannt, obwohl unsere Erfahrung uns dies längst hätte bewußt machen müssen. Eine erfolgreiche Verhinderungsaktion von 'REP'-Veranstaltungen ist zur Machtfrage gegen den Senat geworden, der seinerseits bereit ist diese mit allen Mitteln zu schützen.

Wenn der Widerstand nicht stark genug ist eine solche Aktion mit der militanz der Massen durchzuführen, also auf die Sympathie vieler Menschen bauen kann, so bleiben doch Mittel und Wege ihnen dort Nadelstiche zu verpassen, wo sie ungeschütz sind, um zu demonstrieren, daß Widerstand gegen Faschisten möglich ist und erfolgreich sein kann.

Nicht die Gewaltfrage ist die eigentliche Frage in der antifaschistischen Bewegung, sondern die Frage, wie die 'REPs' und andere Nazis wirksam bekämpft werden können.

*Wir beziehen uns in diesem Artikel auf einige wesentliche Aussagen von den GenossInnen aus der ANTIFA-Hamburg in ihrem Beitrag "ArbeiterInnenklasse und Rechtsextremismus" (siehe Seite 22) Das Erstarken der 'Republikaner' und anderer Faschisten ist unter anderem Folge fehlender Alternativen der Linken: "**Dann, wenn kollektives und solidarisches Handeln unmöglich erscheint, tritt das Gegenteil im Denken und Handeln der Menschen in den Vordergrund. ... Dort wo keine Auseinandersetzung stattfindet, wo jede/r für sich ist, nur dort kann Rassismus, Sexismus und Entpolitisierung um sich greifen. Das ist der Boden für Faschismus**".*



In weiten Teilen der ArbeiterInnenklasse haben Linke oder auch fortschrittliche Menschen wenig bis garkeinen Einfluß. Wenn das so bleibt, bedeutet es, daß hier einer Rechtsentwicklung auch kein Widerstand entgegengesetzt werden kann. Als antifaschistische Bewegung ist es unsere Aufgabe, erstmal mit allen von den Wenigen, die bereit sind sich zu wehren, Kontakt aufzunehmen. Wir sind darauf angewiesen, trotz aller sonstigen Unterschiede, uns in diesem einen Punkt (gegen die Nazis), gegenseitig zu unterstützen, damit unser Kampf Erfolge zeigt: Denn nur durch Erfolge können wir andere Menschen für uns gewinnen. Da wo gemeinsame Kämpfe und Erfahrungen stattfinden, entsteht Solidarität und kollektives Handeln.

Für uns als Teil der revolutionären Linken ist es klar, daß wir mit unseren Aktionsformen und Inhalten nur die Menschen ansprechen können, die bereit sind sich radikal zu wehren. Also Leute, die mit dem herrschenden System so schlechte Erfahrungen gemacht haben, daß sie bereit sind, im Kampf ihre Gesundheit (beim Kampf gegen Bullen und Nazis), ihre Freiheit und ihre soziale Stellung (Arbeitsplatz etc.) zu riskieren.



Mal abgesehen davon, daß das heute erst ein kleiner Teil der Menschen in diesem Land sind, fehlen uns auch die Organisationsstrukturen und Lebenszusammenhänge, die Solidarität gewährleisten, die neue Leute mit einbeziehen können.

Das heißt, wir können heute zwar einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Rechtsentwicklung leisten, wir sind jedoch nicht in der Lage aus alleiniger Kraft den Einfluß der Rechtsextremisten zurückzudrängen.



20. Mai '89: Bündnis-Demo anläßlich des rassistischen Mordes an Ufuk Sahin (12. Mai '89)

Die Notwendigkeit von Bündnissen

Es ist also für unser Ziel als ANTIFA-Gruppen notwendig und begrüßenswert, wenn sich möglichst viele unterschiedliche Menschen aktiv gegen Nazis verhalten. Daß viele dieser Menschen aufgrund der vielen unterschiedlichen Realitäten, in denen sie leben, andere Meinungen vertreten und ein anderes Bewußtsein haben, liegt auf der Hand. Sie können aber dadurch auch Leute ansprechen und überzeugen, die wir von alleine nicht erreichen würden.

Uns war und ist es immer wichtig diese Unterschiedlichkeiten gegenseitig zu akzeptieren und eine offene Auseinandersetzung über Wege und Ziele des Kampfes zu führen. Voraussetzung dafür ist natürlich zu wissen, was wir selber wollen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu kennen, also an den Punkten etwas zusammen zu machen wo es möglich ist und ansonsten auf die eigene Kraft und Mobilisierung zu setzen. So ist es mit bürgerlichen AntifaschistInnen in der Regel nicht möglich ein Faschistentreffen militant aufzulösen, aber wir können mit Recht von ihnen verlangen dieses als eine Kampfform zu akzeptieren, genauso wie wir Mahnwachen oder Unterschriftensammlungen als ihre Protestform erstmal so stehenlassen. Anhand der Praxis, ob sie weitreichend genug, der Realität angemessen ist oder nicht, lohnt sich die Diskussion.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß im Augenblick keine Gruppierung der Linken in der Lage ist alleine wirksam gegen die faschistische Entwicklung zu kämpfen. Unterschiedliche Lebensumstände und Erfahrungshintergründe verlangen eine vielfältige Praxis, um möglichst viele Menschen gegen die neuen Rechten zu überzeugen. So sind wir als Teil der Autonomen in der Lage hauptsächlich Jugendliche, die vom Bestehenden die Schnauze voll haben, für den antifaschistischen und gesellschaftsverändernden Kampf zu gewinnen, an die die Reformisten nie rankommen würden, weil sie etabliert sind. Wir jedoch werden nicht die Leute ansprechen und gewinnen, die im Großen und Ganzen mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sind, aber denen die Nazis trotzdem stinken.

Unsere Aufgabe ist immer wieder durch die eigene Praxis und Diskussion aufzuzeigen, daß es nicht ausreichend ist die Nazis moralisch zu verurteilen ohne an die Wurzeln der Rechtsentwicklung zu gehen. Und die liegen immer noch im herrschenden kapitalistischen System: dem Leistungsdenken und der Konkurrenz, der Diskriminierung von Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe, dem Sexismus als Diskriminierung von Frauen z. B. auf Mutterrolle in der Kleinfamilie, dem Oben/Unten-Denken usw..

Die Entwicklung antifaschistischer Bündnisse in Westberlin

Beschrieben wird hier die Entwicklung des Bündnisses gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, das wir zum großen Teil mit aufgebaut haben. Zum Abschluß werden wir auf die veränderte politische Situation eingehen, die durch den sogenannten "Rot"-Grünen Senat entstanden ist. Vor der Bündnis-Gründung hatten wir eine eigene Praxis in der Antifa-

Arbeit. Durch Nachforschungsarbeit hatten wir die Zusammenhänge von **'FAP'**, **'NF'** und heutigen **'Republikanern'** innerhalb der **'Bürgerinitiative für Demokratie und Identität'** (BDI) aufgedeckt und veröffentlicht. Daraufhin organisierten wir eine Blockade gegen ihren Treffpunkt und verhinderten so ihr monatliches Treffen. Das führte zu einer Spaltung dieser Gruppierung und einer längeren Aktionsunfähigkeit. Aus der Praxis von selbstständig arbeitenden Gruppen, die in Stadtteilen und an Schulen gebildet worden sind, gingen und gehen wir immer wieder gegen Nazi-Gewalt vor, ohne Vertrauen in die Polizei - notwendigerweise auch oftmals gegen ihren Schutz für die Nazis.

Als im Januar und Februar '88 viele SchülerInnen gegen Naziterror und 'REPs' auf die Straße gegangen sind, wollten wir einen Rahmen schaffen, um zusammen zu arbeiten. Dazu beriefen wir, zusammen mit Linken aus der AL, das erste Bündnistreffen ein. Mitmachen sollten alle, die sich gegen **Faschismus, Rassismus** und **Sexismus** wenden und aktiv werden wollten. Diese Begriffe waren und sind bis heute im Bündnis zum Teil nicht einheitlich definiert. Die Praxis des Bündnisses wird höchstens den ersten beiden Begriffen gerecht - der Kampf gegen Sexismus ist bisher nur Anspruch geblieben.

Unsere Rangehensweise an das Bündnis

Wir einigten uns auf ein Aktionsbündnis, in dem wir die Sachen gemeinsam machen, die möglich sind - im Gegensatz zu einem Plattform-Bündnis, in dem eine inhaltliche Vereinheitlichung angestrebt wird. Im Zusammenhang der ANTIFA-Westberlin, als Zusammenschluß der radikalen antikapitalistischen Gruppen, arbeiten wir auf eine Vereinheitlichung von Theorie und Praxis. Im Bündnis vermeiden wir eine Hick-Hack-Diskussion um Plattformen, wie sie ja hinreichend aus der Friedensbewegung bekannt ist und nur dazu führt, daß sich Funktionäre mit dem besten Sitzfleisch durchsetzen.

Das Bündnis sollte immer eine Vielfalt von Protest- und Widerstandsformen akzeptieren und als Bereicherung angesehen werden, da keine Gruppe für sich ein Patentrezept beanspruchen kann. Die Auseinandersetzungen sollten anhand der Praxis geführt werden, damit sich die vielen unerfahrenen Leute ein eigenes Bild machen können, ob die Vorstellungen der traditionellen Organisationen wie VVN/VdA, Jusos und humanistischen Gruppen ausreichend sind. Also es ging und geht uns um eine nachvollziehbare Auseinandersetzung in der wir die anderen, die wir aus eigener Kraft nicht erreichen würden, mit unseren eigenständigen Aktionsformen und Inhalten konfrontieren.

Uns geht es darum gleichberechtigt miteinander zu arbeiten und die Selbstorganisation von Unten zu fördern, anstatt die Leute vollzuquatschen. Als Bündnis einigten wir uns auf die Forderung nach Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Parteien und Organisationen, anstatt auf die - zum Appell an den Staat verkommenen - Verbotsforderung der traditionellen Gruppen. Die Bündnisforderung benennt das Ziel, läßt aber den Weg wie dies zu erreichen ist offen. Wir machten unsere eigene Handlungsfähigkeit nicht von den im Bündnis arbeitenden Gruppen abhängig. Die eigene Praxis und Mobilisierungskraft entscheidet über den Einfluß in der Antifa-Bewegung. Im Bündnis zu arbeiten unterstützt unsere Praxis und macht sie anderen Leuten zugänglich. So konnten wir mehr Leute von unseren Vorstellungen überzeugen. Ein Bündnis ohne eigene Praxis anzugehen, beinhaltet die Gefahr über den Tisch gezogen zu werden und unterzugehen.

Die ersten gemeinsamen Aktivitäten bestanden in einer Demonstration anläßlich des europaweiten Aktionswochenendes gegen Faschismus und Rassismus und zwei Aktionswochen im April/Mai '88. An der 3.000 Menschen zählenden Demo beteiligten sich hauptsächlich die schon zu der Zeit stark im Bündnis vertretenen SchülerInnen. Mit diesen Aktionen und Veranstaltungen haben wir uns bekanntgemacht, nach außen hin sichtbare und nachvollziehbare Positionen vertreten und mehr Menschen erreicht als zuvor. Eine Veranstaltung zur 'NF' im Wedding führte dort zur Gründung einer



9. November '88: Antifa-Demo gegen die Konzerne DeGeSch und Degussa

Antifa-Gruppe. Der Jugendkongreß der **ANTIFA-Jugendfront** hatte seinen Erfolg im Zusammenschluß der parteiunabhängigen SchülerInnen-ANTIFA-Gruppen zur **JAKOB** (Jugend-Antifa-Koordination-Berlin). Zusammen mit den SchülerInnen tragen wir den Großteil der Basis-Antifa Arbeit. Das ist nach wie vor unsere Stärke gegenüber den reformistischen Organisationen, auch wenn sie teilweise professioneller arbeiten.

Als sich im November '88 der 50. Jahrestag der Reichspogromnacht jährte, beschlossen wir als ANTIFA-Westberlin den Zusammenhang von Faschismus und Kapital an der Kontinuität der Konzerne, die an der Vernichtung in den KZ's verdient haben, zu thematisieren (siehe Antifa-Info Nr. 5). Während die bürgerlichen in der "altbewährten" Solidarität der Demokraten einen Schweigemarsch veranstalteten, demonstrierten wir lautstark gegen die Zyklon-B Hersteller DeGeSch und Degussa.



Antifa-Frühstück gegen 'REP'-Wahlkampfstände

Die Parole ***"Kein Vergeben, Kein Vergessen - Keine Amnestie für das Kapital!"*** drückte aus, daß unser Kampf gegen die Verantwortlichen weitergeht - die Bürgerlichen, von CDU/CSU bis SPD, haben allen Grund zu schweigen. Einige der im Bündnis arbeitenden Gruppen wie VVN oder Aktion Sühnezeichen, waren per Vorstandsbeschluß an den Schweigemarsch gebunden. Es war uns klar, daß



Zyklon-B aus der **DeGeSch** Produktion



wir damit den bisherigen Konsens durchbrechen würden. Doch nachdem wir das Bündnis mit unserem Vorhaben, das wir so oder so durchgezogen hätten, konfrontierten, stellte sich das Bündnis - einschließlich der einzelnen VertreteInnen der oben genannten Gruppen - hinter die Mobilisierung. Die Kampagne ist von uns, den unabhängigen Jugendgruppen und anderen radikalen ANTIFA-Gruppen im Bündnis getragen worden - ohne eigenständige Praxis - keinen Fortschritt.

Zum Zeitpunkt des Vorwahlkampfes begannen wir mit der Anti-REP-Kampagne. Viele der reformistischen Gruppen wollten die heranwachsende Gefahr nicht wahrhaben. Sie ließen ihre VertreterInnen im Bündnis alleine. So wurde auch diese Auseinandersetzung hauptsächlich von den gleichen Gruppen getragen wie die Novemberkampange.

Die Antifa-Frühstücke, um 'REP'-Wahlkampfstände zu verhindern, liefen dezentral und waren die Basis für die, sich nach den Wahlen verstärkt entwickelnde, Stadtteilarbeit. Wir haben in dieser Zeit die Erfahrung gemacht, daß es in fast allen Gruppen des Bündnisses einzelne Menschen gibt, mit denen wir offen und ehrlich zusammenarbeiten können, auch wenn wir die Politik ihrer Organisationen nicht teilen.

Die ICC-Demo - die Antifa-Bewegung wächst

Kurz vor den westberliner Abgeordnetenhauswahlen demonstrierten mehr Menschen als zuvor gegen die 'REPs', die im ICC ihre größte Wahlkampfveranstaltung abhielten. Auch die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten - die ja die Kandidatur der 'REPs' in den Wahlausschüssen mit abgesegnet hatte - merkten, daß sie sich zeigen müssen. Es begann ein neuer Abschnitt in der antifaschistischen Bewegung. War das Bild auf den vorherigen Demos noch von den von uns mobilisierten Menschen geprägt, machten diese nur noch einen, wenn auch einen großen, Teil, der Mobilisierung aus.

Nach einer von uns versuchten Blockade des ICCs entwickelte sich eine mehrstündige Straßenschlacht, als die damals noch unter dem CDU-Senat prügelnden Polizisten die ganze Kundgebung angriffen. Wider Erwarten distanzierte sich keine der an der Demo beteiligten Gruppen von der militanten Gegenwehr gegen die zum Schutz der 'REPs' aufgestellten Polizeimacht.

Nach dem Schock über die Höhe des Wahlergebnisses für die 'REPs' gingen - von uns und dem Bündnis mobilisiert - zehntausende von Menschen auf die Straße. Wir machten davon wiederum nur einen Teil aus. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß ein großer Teil der Menschen dies als einen "Apell an den Parlamentarismus und die Demokratie" verstanden. Das drückte sich dann in den Demos für "Rot"-Grün, die von interessierter Parteiseite veranstaltet wurden und in Angriffe auf Militante, die Scheiben klirren lassen wollten aus. Das erste Mal war auf der Straße die vorherrschende bürgerliche Auffassung zu verspüren, daß Gewalt von Links und Rechts sich gegenseitig hochschaukele, die Angst vor sich eskalierenden Verhältnissen. Mit diesem Phänomen sind wir seitdem auf allen großen Demos konfrontiert. Das letzte Mal am 8. Juli vor dem 'REP'-Parteitag.

Die letzte Demonstration in der Phase vor der neuen Senatsbildung fand am 1. März, einem Tag vor Zusammentritt des neuen Abgeordnetenhauses, statt. Uns war es nicht möglich wirksame Blocka-

deaktionen zu starten, die die 'REPs' garnicht erst ins Parlament gelangen ließen. Wir hatten nicht die Stärke, wir waren zu wenig Menschen mit dem Bewußtsein, daß militante Aktionen massenhaft jetzt das richtige Mittel seien. Auch wenn es nicht unsere Aufgabe ist das Parlament vor Nazis zu schützen - es sitzen ja eh genug koruppte Schweine dadrin - wäre es schon sinnvoll gewesen, wenn die 'REPs' die parlamentarische Bühne erst garnicht hätten betreten können. Dazu kam die Tatsache, daß der DGB an diesem Tag das erste Mal auf die Straße ging und dazu um Unterstützung beim Bündnis nachsuchte.

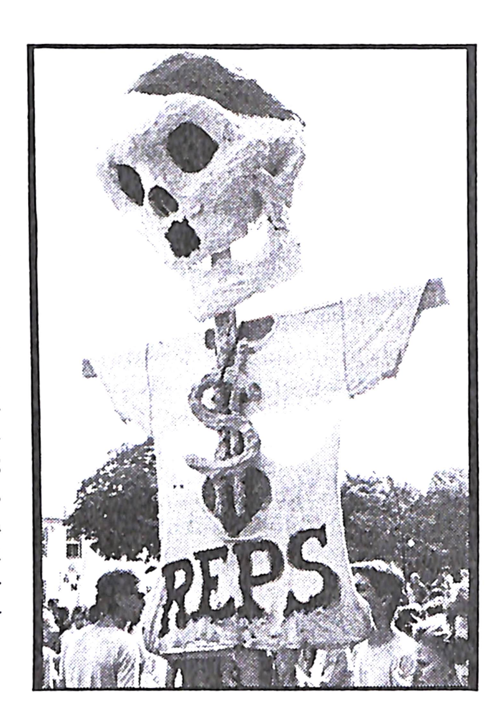
Wir wollten die Einheit der AntifaschistInnen an der Frage Demo am Vorabend oder Demo am selben Tag nicht spalten, da wir selbst keine brauchbare Alternative hatten. Darum einigten wir uns auf die Demo und auf Behinderungen und Störungen für den nächsten Tag. Mit dem Auftritt des DGB wurden wir mit einer organisierten Kraft konfrontiert, die von vielen Bündnis-Organisationen mit denen wir sonst gut zusammenarbeiten, hofiert wurde. Auf den Demos und Kundgebungen dieser Zeit warnten wir die Leute davor, zuviel Vertrauen in den neuen Senat zu setzen und sich in den Sessel zurückzulehnen.

Aufbau dezentraler Strukturen

Wir sahen es als unsere Hauptaufgabe an, nicht zu Großaktionen zu mobilisieren, sondern Stadtteilantifa-Zusammenhänge und Basisgruppen aufzubauen. Ziel war die Leute zu erreichen, die dem Einfluß der 'REPs' verfallen waren und an die wir im Anti-Wahlkampf nicht rangekommen sind. Also antirassistische Argumentationen in der ArbeiterInnenklasse zu führen und weiterhin den Selbstschutz gegen rassistische und faschistische Angriffe zu organisieren. Zu Beginn dieser Aufbauarbeit organisierten wir in mehreren Stadtteilen Kiezpalaver, zu denen alle Menschen, die sich ausquatschen und was machen wollten, eingeladen waren.

Neben der Arbeit in den dezentralen Gruppen folgte die Kampagne *"Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!"* in den Tagen um den 20. April (dem 100. Geburtstag Hitlers). In fast allen Westberliner Stadtteilen wurden dazu Info-Stellen eingerichtet und Fahrwachen organisiert (siehe Info Nr. 8). Diese Aktivitäten sind, wie schon die November-Aktionen, von uns entwickelt und in ihrer Vorbereitung von uns getragen worden. Die regierungstreuen AL-erInnen, Jusos und DGB-Funktionäre hatten sich in der antifaschistischen Bewegung noch nicht formiert. Das Bündnis und andere politische Strömungen hatten unserem Vorhaben nichts entgegenzusetzen. So unterstützten sie den Selbstschutz.

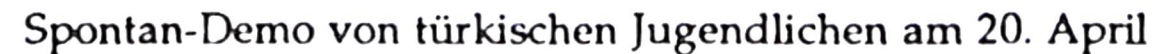
Die offene Aufforderung zur Selbstverteidigung ist ein Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol und beinhaltet, daß auf die Polizei des "Rot"-Grienen Senats nicht vertraut werden kann. Die ging dann auch gleich gegen die selbstorganisierten AntifaschistInnen vor und nahm 80 Menschen wegen "Bildung bewaffneter Haufen" und ähnlichem fest.



Auf der Kundgebung am 8. Juli

Veränderte politische Situation

An dieser Stelle ist es Zeit zur Selbstkritik. Auch wir waren von der Masse der Leute überrascht, die die 'REPs' gewählt hatten. Im Gegensatz zu den Analysen der VVN, AL und Sozis gehen wir davon aus, daß es sich um eine allgemeine Rechtsentwicklung handelt und nicht um eine einfache Polarisierung von Links und Rechts. So wird der Senat zwar von SPD/AL, statt von CDU/FDP gestellt, doch um welche AL handelt es sich hierbei? Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der Rechtseinheit mit dem Bund ist eine eindeutige Entwicklung der Partei nach rechts. Das Ja der AL zu der Übernahme der Sicherheitsgesetze ist ein Ja zum Staatsterror gegen die Linke - gegen uns. Unterstützten sie früher teilweise die Besetzung


Spontan-Demo von türkischen Jugendlichen am 20. April



Antifaschistische Aktion

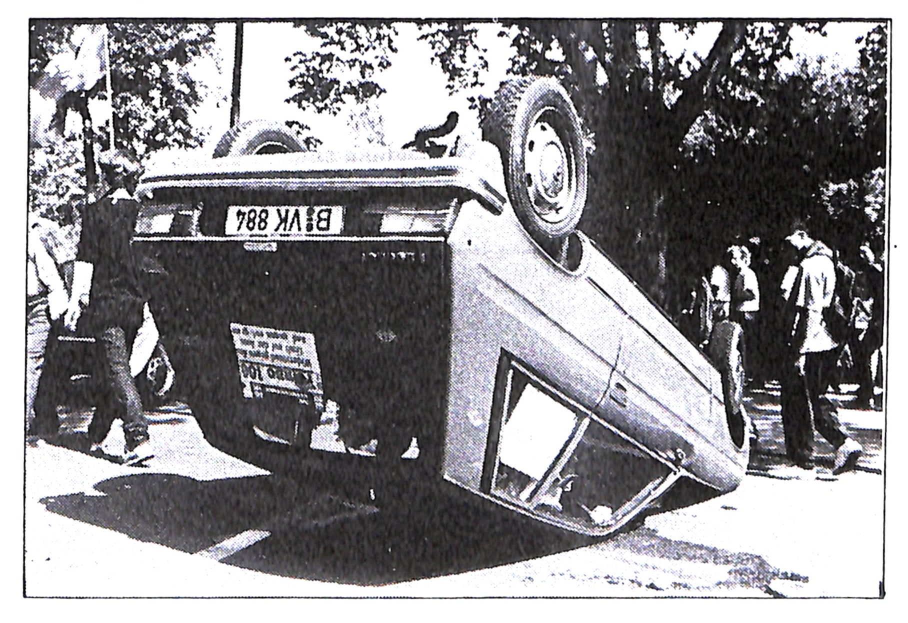
leerstehender Häuser, machen sie sich heute den Räumungen besetzter Häuser zu Lakaien des Spekulantentums. Die ehemaligen Oppositionellen springen ins Bett der Macht, jagen nach Posten und identifizieren sich mit ihrer Gesellschaft. Ein großer Teil des früheren Protestpotentials ist bzw. wird integriert - ähnlich wie die alten 68er.

Die angebliche Stärke der Friedensbewegung, die in den Analysen der oben genannten Gruppen Abrüstungsfortschritte erreicht haben soll oder die "Erfolge beim Kampf um die 35-Stunden-Woche" die gerne als Polarisierung auf der linken demokratischen angeführt werden, entpuppen sich bei näherer Betrachtung als bloßer Schein. Alle gewerkschaftlichen Kämpfe waren Abwehrkämpfe, die einen Reallohnabbau und den Abbau von ArbeiterInnenrechten nicht stoppen konnten. Die Kluft zwischen den Profiten der Kapitalisten und den ausgezahlten Löhnen der Lohnabhängigen ist weiter gewachsen.

Waren Anfang der 80er Jahre noch linke und fortschrittliche Bewegungen Anziehungspunkt für viele Menschen, hauptsächlich Jugendliche, entwickelt sich die Rechte immer mehr dazu. Die Frage, ob es wieder möglich oder wahrscheinlich ist, daß Faschisten die Macht ergreifen, hat sich seit den Wahlen aufgedrängt. War sie vorher eher eine gesellschaftliche Randerscheinung, so beginnt die braune Suppe im Topf der gesellschaftlichen Widersprüche sichtbar zu gären. Und das in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur und der Angst des Einzelnen, in das 2 Millionen-Heer der Arbeitslosen eingereiht zu werden.

Gefühlsmäßig sind wir nach den Januarwahlen erstmal so rangegangen: Alle gegen diese Entwicklung zusammenstehen und politische Unterschiede hintenanzustellen. Heute müssen wir beginnen diese Frage nüchterner zu stellen. Die Existenz von starken rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen wird für die nächsten Jahre auf jedenfall ein politisch einflußreicher Faktor in der Gesellschaft bleiben. Eine Machtübernahme von Faschisten ist zwar bei sich verschärfenden sozialen Widersprüchen für die Zukunft und bei fehlender Alternative von Links nicht auszuschließen, doch er steht für die nächsten Jahre nicht vor der Tür.

8. Juli: 'Rep' war wohl nicht über die Demoroute informiert



"Rot" - Grün

Mit dem SPD/AL-Senat ist ein Teil der Opposition gegen den CDU-Senat in die Regierung gegangen. Gab es noch bei der ICC-Demo keine Distanzierungen von Militanten, sind Sozis und viele AL-erInnen jetzt zur Bewahrung des staatlichen Gewaltmonopols angetreten. Deshalb auch das Geschrei und Gehetze gegen die Autonomen nach dem 1. Mai '89, der sich in seinen Ursachen ja kaum vom 1. Mai '87, für den noch Verständnis gezeigt wurde, unterschied.

In einem Atemzug gegen den diesjährigen 1. Mai wurde dann auch die Mobilisierung zum 20. April genannt. Die RegierungsvertreterInnen und deren politischen AnhängerInnen wollen, daß sich die Untertanen gedulden und auf die Wirkung ihrer Reförmchen warten.

Das schlägt sich auch in der Antifa-Bewegung nieder. So waren es für die ReformerInnen nicht die 1.500, zum Schutz des 'REP'-Parteitages abgestellten Bullen, die die eigentliche Provokation bedeuteten, sondern die Menschen die angreifen wollten. Jusos und DGB treten im Bündnis mit der Forderung nach Gewaltverzicht und Ausgrenzung der "Randalierer" auf und distanzieren sich öffentlich.
Im der AL-Zeitung 'Stachel' wurde ein Artikel zum 20. April abgedruckt, der von *"Antifa-Schutzstaffeln"* (sprich SS) sprach. Nach altem Muster soll die Antifaschistische Bewegung gespalten werden: Gewalt von Links = Gewalt von Rechts und in der Mitte steht der demokratische Staat. Selbstorganisierung von Unten und Selbstschutz gegen faschistische Gruppen sollen ausgegrenzt werden.

Die Verschärfung dieser Widersprüche haben wir nicht rechtzeitig in ihrem Ausmaß erkannt. Ging unser Konzept zum 20. April noch auf, beginnen sich die Senatsschergen spätestens nach dem 1. Mai auch in der Antifa-Bewegung politisch zu formieren.



8. Juli: Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen

stärkten Öffentlichkeitsarbeit um ihren politischen Einfluß innerhalb der Antifa-Bewegung zurückzudrängen. Also den Leuten klarzumachen, daß die Politik des reformistischen Funktionärsklüngels falsch ist: *"... die Diskrepanz zwischen ihrem angeblichen Wollen und Handeln ihrer Basis klarzumachen. Sie sind und bleiben Reformisten und Teilhaber an der Macht. Ein Zusammenwirken mit ihnen stößt auf enge Grenzen und kann nur im konkreten Fall entschieden werden."* (Göttinger Antifa-Papier)

Für die westberliner Bündnispolitik sind das insofern neue Vorraussetzungen, weil diese Kräfte sich bisher politisch nicht formiert und uns das Feld überlassen hatten. Unsere Aufgabe ist es, mit den unabhängigen Basis-Gruppen, die nach wie vor stark im Bündnis vertreten sind, verstärkt zusammenzuarbeiten. Aus diesem Zusammenhang können wir die eigenen Kampfformen weiterentwickeln, den Selbstschutz effektivieren und eine radikale, selbstbestimmte und antikapitalistische Politik auf der Straße, in den Betrieben und an den Schulen entfalten.

Neue Anforderungen an eine Bündnispolitik

Nach dem 'REP'-Parteitag waren in den Auseinandersetzungen auf den Bündnistreffen die Distanzierer, sprich Jusos und DGB-Jugendfunktionär, aufgrund ihrer Spaltungsversuche politisch isoliert. Doch die Auseinandersetzung mit diesen zwei bis drei Vertretern - die die Politik vertreten, die von ihren Organisationen beschloßen wird - war in der Hinsicht fruchtlos, weil sie sich durch ein noch so breites Bündnis sowieso nicht überzeugen lassen werden. So wird auch in Zukunft die eine Gemeinsamkeit - gegen Nazis zu sein - oft nicht ausreichen gemeinsame Aktionen oder Kampagnen zu durchzuführen. Darüber kann auch die förmliche Entschuldigung für die Distanzierungserklärung, die die Jusos im nachhinein an das Bündnis abgegeben haben, nicht hinwegtäuschen.

Die eine Alternative, die Spaltung des Bündnisses um als Bündnis aktionsfähig zu bleiben, finden wir jedoch falsch. Die Politik von Jusos, DGB-Spitze und Regierungs-AL, so beschissen diese Politik auch ist, ist Ausdruck des Bewußtseins eines Teils der antifaschistischen Bewegung und mit dem wollen wir weiterhin, da wo es möglich ist, zusammenkommen.

Das kann jedoch nicht antifaschistischen Einheitsbrei bedeuten, sondern heißt für uns die Entwicklung einer ver-

Auf der Kundgebung gegen den 'REP'-Parteitag am 8. Juli



Wir werden in nächster Zeit den Diskussionen wie es weitergehen kann einen größeren Platz einräumen müssen. Seit einiger Zeit sind wir aus den oben beschriebenen Gründen in die Defensive geraten. Wir reagieren auf 'REP'-Versammlungen hier oder da, stehen in der Regel ziemlich blöde vor den Bullen und brüllen "Nazis Raus", aber wohin?

Es liegt an uns, auf der einen Seite die Aktionsformen weiterzuentwickeln, mit denen wir die Parteiarbeit der 'REPs' und anderer Faschisten behindern und schädigen. Auf der anderen Seite wird es für uns notwendig sein, unseren Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen der faschistischen Tendenzen in der ArbeiterInnenklasse zu leisten. Das heißt kollektive Kampfformen selbst zu entwickeln und ihre Entwicklung dort zu unterstützen, wo die Vereinzelung der Menschen gegriffen hat: gegen Mietwucher und Spekulantentum, gegen beschissene Arbeitsmarktsituation und Konkurrenzdruck usw.. Um die Ursachen zu beseitigen muß der Klassenkampf von Unten entfaltet werden. Wir müssen uns auf einen langfristig führbaren Kampf einstellen. Die aktuelle Frage lautet: Wie können wir antikapitalistische Inhalte stärker mit dem Antifa-Kampf verbinden? Die reinen Aktionen gegen Nazis können nur Teilerfolge im Kampf gegen Faschismus bleiben.

Es sind nicht nur die ökonomischen Verhältnisse die als Ursache für das Erstarken des Faschismus zu benennen und zu bekämpfen sind. Rassismus und Sexismus - als Denk- und Gesellschaftsstruktur - sind weit älter als der Kapitalismus und bilden eine Basis des faschistischen (Un-) Bewußtseins. Es liegt an uns diese Themen verstärkt aufzugreifen und das Bewußtsein zu verbreiten, das es sich dabei um Strukturen handelt, die einem Leben in Solidarität entgegengesetzt sind. Besondere Bedeutung kommt dabei unserem Auftreten und Handeln als Gruppen und Lebenszusammenhänge zu. Überzeugen können wir nur, wenn die Leute sehen, daß es auch anders geht. Statt Konkurrenz - Solidarität. Statt Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen, eine Gruppenstruktur von Gleichen unter Gleichen. Auch in der Antifa-Bewegung ist das noch lange nicht erreicht.

Weitere Schwerpunkte liegen im Ausbau unserer Strukturen in den Stadtteilen und in der Entfaltung einer anziehenden radikalen Politik und Kultur, wie zum Beispiel das antifaschistische Rockfestival vom 9. September. Diese Auseinandersetzungen müssen wir zuerst unter uns führen. Das heißt als erstes mit den befreundeten Antifa-Basis-Gruppen, dann mit anderen radikalen Linken, also mit allen die das System als ganzes bekämpfen wollen und zuletzt auch mit den bürgerlichen bzw. reformistischen Kräften. Wir wollen, daß die Diskussion, die sich nach dem 'REP'-Parteitag entwickelt hat, weitergeführt wird. Dazu werden wir uns als ANTIFA melden, sobald wir zu greifbaren Diskussionsergebnissen gekommen sind.



AUFLÖSUNG UND ZERSCHLAGUNG ALLER FASCHISTISCHEN VERBÄNDE UND ORGANISATIONEN!

NACH DEN EUROPA WAHLEN

Wir wollen, Monate nach den Europawahlen, den vielen Stellungnahmen und Analysen keine weitere hinzufügen. Im Wesentlichen hat sich bestätigt, was wir im Info Nr. 6 I 7, anläßlich der Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus, über die Zusammensetzung und die Motive der 'REP'-Anhänger schrieben.

*Nach Westberlin und Frankfurt ist durch die Europawahl klargeworden: Es handelt sich nicht um ein regionales oder kurzfristiges Phänomen. Die **'Republikaner'** beginnen sich als neue politische Kraft rechts von der CDU/CSU zu etablieren. Das zwingt die im Bonner Parlament vertretenen Parteien Stellung zu beziehen, zwingt sie ihr Verhältnis zur rassistischen Schönhuber-Truppe zu bestimmen. Wir wollen im folgenden Artikel darstellen welche innenpolitischen Kräfteverschiebungen sich in dem Wahlergebnis ausdrücken und wie der Erfolg der 'Republikaner' die weitere politische Entwicklung in der BRD beeinflußt.*

INNENPOLITISCHE KRÄFTEVERSCHIEBUNGEN



Europawahlen '89

Stimmenanteile der Rechtsextremen

	Stimmen	%
REP	2.008.629	7,1
DVU	444.921	1,6
ÖDP	184.309	0,7
BP	71.991	0,3
FAP	19.151	0,1

Die 'Republikaner', stärkste Kraft im reaktionären und faschistischen Lager

Neben den 'REPs' sind zu den Europawahlen eine Reihe weiterer faschistischer und rassistischer Parteien angetreten. Zählt man all ihre Stimmen zusammen, so kommen wir auf einen Wähleranteil rechts von der CDU/CSU von fast 10 %. Die 'Republikaner' sind mit 7 % eindeutig als Sieger im nationalistisch, rassistischen Lager hervorgegangen. Ihre Führungsrolle ist damit bestätigt, zumal die Hoffnungen der 'DVU-Liste D', nach dem Wahlerfolg der 'NPD' in Frankfurt, der Schönhuber-Partei als gleichwertige Konkurrenz entgegentreten zu können, bitter enttäuscht wurden. Den 'REPs' fällt die Aufgabe zu, die reaktionären und faschistischen Kräfte unter ihrer Fahne zu sammeln und zu einigen. Große Teile der 'ÖDP', fast der halbe Vorstand, sind zu den 'REPs' übergelaufen.

Die Spannungen bei der 'Liste D', zwischen der 'NPD' und der Truppe des Verlegers Frey, haben nach der Wahlschlappe zugenommen. Teile der 'NPD' und ihrer Anhänger sammeln sich jetzt verstärkt bei Schönhuber, vor der Öffentlichkeit allerdings noch dementiert und wirksam verschleiert, damit die 'Republikaner' ihr demokratisches Mäntelchen weiter zur Schau tragen können. Der rasante Anstieg der Mitgliederzahlen bei den 'REPs' nach der Wahl zum Westberliner Abgeordnetenhaus setzt sich nach den Europawahlen fort.

Fast aus dem "Nichts" entstehen neue Orts-, Kreis- und Landesverbände. Neben Kräften aus den traditionellen faschistischen Organisationen (NPD/DVU) und teilweise aus den militanten neofaschistischen Gruppen (FAP/NF) sammeln sich die unzufriedenen Elemente aus CDU/CSU, einzelne Sozialdemokraten, bisher Parteilose. Das führt zu Querelen, Differenzen und Machtkämpfen bei den 'Republikanern', wie sie in Westberlin und Niedersachsen deutlich nach außen dringen.

Die oft mit harten Bandagen ausgetragenen Widersprüche sind nicht Ausdruck von Schwäche der 'REPs' oder leiten deren Niedergang ein, ganz im Gegenteil. Sie sind die notwendigen Begleiterscheinungen eines Parteiaufbaus, der so rasant vor sich geht und Kräfte aus bisher konkurrierenden Organisationen und Parteien zusammenfaßt. Sind die Macht- und

Flügelkämpfe erst geklärt, steht der weiteren organisatorischen Konsolidierung und Stärkung der 'Republikaner' nichts mehr im Wege. Die Bemühungen Schönhubers, *"seriöse"* konservative und reaktionäre Historiker und Wissenschaftler an seine Partei zu binden, machen Fortschritte. Sie sollen dem Parteiaufbau neben dem personellen auch ein inhaltliches und programmatisches Fundament verschaffen (siehe dazu Seite 34).

CDU und 'REPs' zukünftige Bündnispartner?

Nach den Wahlen verkündete Schönhuber, daß an den 'Republikanern' vorbei in Bonn nicht mehr regiert werden könne; den Sturz des CDU-Generalsekretärs Geißler wertete er als Beweis für diese Behauptung und als Erfolg seiner Partei.

Die größten Stimmengewinne bei den Europawahlen konnten die 'REPs' in Bayern und Baden-Württemberg erringen. In den Hochburgen von CDU/CSU waren die Verluste der Union besonders hoch. Die von den Regierungen in Bonn und in den Ländern enttäuschten CDU-Wähler sind in Scharen zu den 'Republikanern' übergelaufen. Die Christdemokraten stehen vor zwei Fragen:

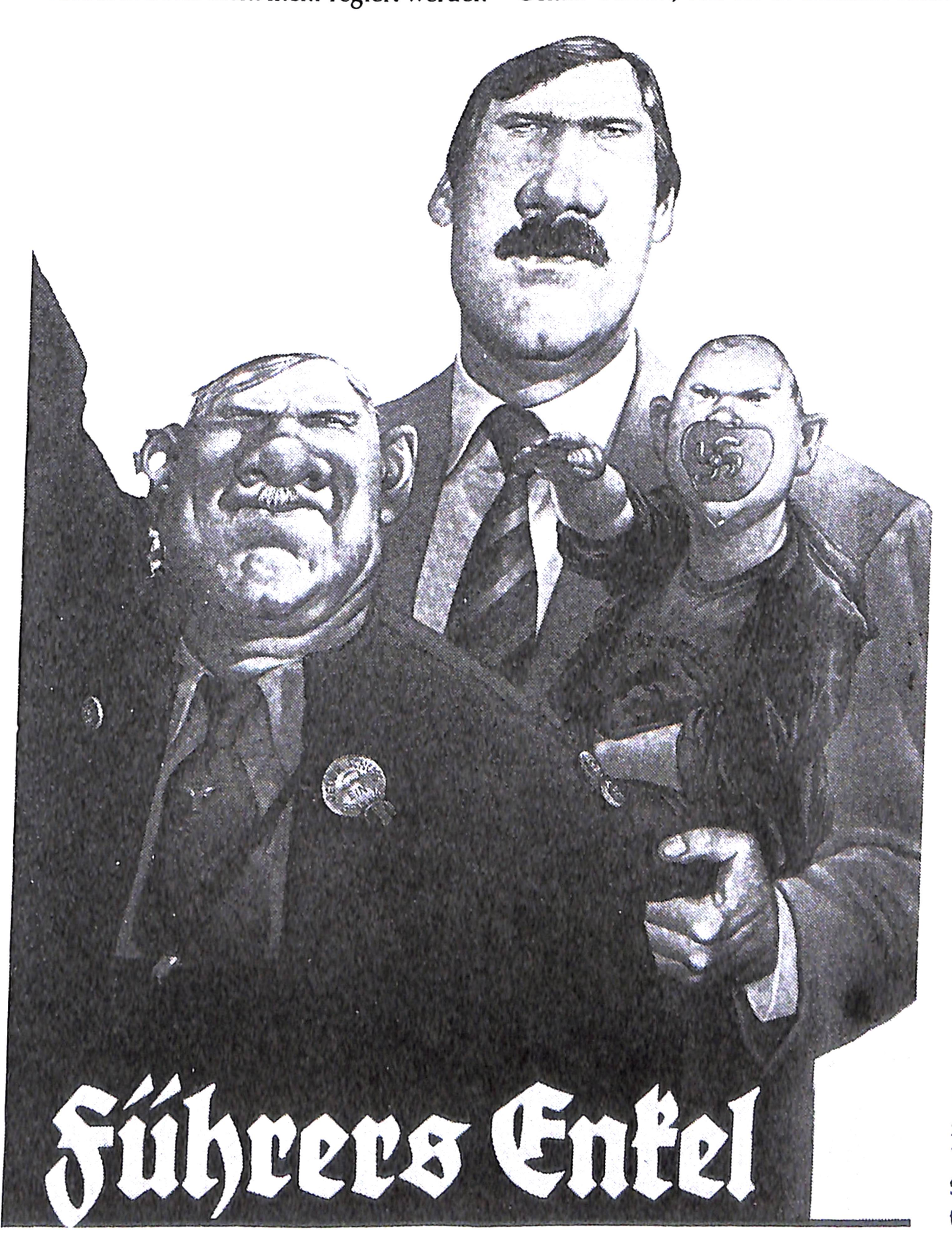
1. Wie können sie ihre Wähler zurückgewinnen, ist das überhaupt möglich?

2. Wie sollen sie sich gegenüber der rechten Konkurrenz verhalten, wo die Gefahr besteht, daß sie in Zukunft nicht nur in verschiedenen Kommunalparlamenten sondern auch auf Landes- und Bundesebene auf die Unterstützung der 'REPs' angewiesen sein könnten, um an der Macht zu bleiben?

Durch eine Reihe von "Wahlgeschenken" (zum Beispiel Entschärfung der Steuerreform, kürzere Wehrdienstzeit) und in dem sie sich die Themen und Demagogie der 'Republikaner' zu eigen macht, versucht die Union abtrünnige Wähler vor der Bundestagswahl 1990 wieder an sich zu binden. Der rassistische Wahlkampf der Frankfurter CDU gab einen Vorgeschmack darauf, wozu die Christdemokraten fähig sind, wenn es gilt ihre Posten in Staat und Verwaltung zu verteidigen. Die Verschärfung des Asylrechts, die schnelle und rücksichtslose Abschiebung von Flüchtlingen, die Kampagnen gegen ein kommunales Wahlrecht für AusländerInnen sollen der rassistischen Konkurrenz den Wind aus den Segeln nehmen.

Nach der Europawahl faßte das CDU-Präsidium den Beschluß keine Koalition mit den 'Republikanern' einzugehen, schränkte aber gleich ein, das gelte nicht auf kommunaler Ebene. Trotzdem rissen die Erklärungen prominenter und weniger bekannter CDU-Politiker nicht ab, die den 'REPs' Verfassungstreue und Koalitionsfähigkeit bescheinigten. Und schon wenige Tage nach dem Präsidiumsbeschluß zeigten die Vorgänge um den ehemaligen CDU-Abgeordneten und überführten Wahlfälscher Kurt Vajen in Niedersachsen die Wertlosigkeit der Beteuerungen aus der Unions-Zentrale. CDU und CSU werden sich auf die 'Republikaner' stützen, sollte dies zum Machterhalt notwendig sein.

In den Reihen der Führung und in der Mitgliederschaft der CDU führten die Wahlschlappen der letzten Zeit zu Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs und zur Suche nach den Schuldigen für das Debakel. Der Unmut über den Parteivorsitzenden und Kanzler verschaffte sich besonders nach der Entlassung Geißlers Luft. Daß Kohl diese Auseinandersetzung auf dem CDU-Parteitag überstand, liegt an der Rat- und Hilflosigkeit der die gesamte Union erfasst hat. Geißler mußte gehen, weil er sowohl in seiner *"Abgrenzungsstrategie"* zu den 'Republikanern' als auch mit seinen Vorstellungen zur Sozial- und Familienpolitik auf den Widerstand des rechten Parteiflügels stieß. Seine Funktion übernahm Kohls Vertrauter Rühe, der sich ebenso wie sein Vorsit-



zender nicht festlegen kann und will. Ein Zugeständnis an die Parteirechte, ohne den Geißler-Flügel, die Sozialausschüsse, die "liberale Mitte" endgültig vor den Kopf zu stoßen. Dem dienen die Beteuerungen es gebe trotz Personalwechsels keine inhaltliche Kursänderung. Keiner der zerstrittenen Unionspolitiker wagt es, den Richtungs- und Personalstreit konsequent auszutragen. Zu unberechenbar sind für sie die Folgen, die das - angesichts der rechten Konkurrenz - für die Einheit und den Bestand der CDU und bei den Wählern haben könnte.



Hinter dem Lavieren der CDU-Spitze, die Angst sich festzulegen, steht der Versuch, die CDU als Volkspartei in ihrer bisherigen Form zusammenzuhalten. Das kann langfristig nicht funktionieren. Die Befriedung der Interessen ihrer unterschiedlichen Klientel- und Wählergruppen ist mit der Notwendigkeit bei staatlichen Ausgaben und Subventionen einsparen zu müssen nicht mehr zu vereinbaren. Die Vorstellung der "Sozial- und Familienpolitiker" (höheres Kindergeld, Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente etc., heißt auch höhere Sozialausgaben) stoßen auf den Widerstand des Unternehmerflügels und der Wirtschaftsausschüsse.

Sie fordern eine konsequentere Sparpolitik des Staates, finanzielle Entlastungen und weitere Anreize für die Unternehmen. Die Profite müssen noch stärker steigen. Für das Kapital sind die bisherigen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich längst nicht weitgehend genug. Die Stärke und Vormachtstellung des deutschen Kapitals in der EG, sein Vorsprung im weltweiten Konkurrenzkampf soll unter allen Umständen erhalten werden. Die Lasten, die das erfordern wird, müssen auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung, der Erwerbslosen, der AusländerInnen und AussiedlerInnen abgewälzt werden.

Wenn es im Moment um die Wünsche und Forderungen der Unternehmerverbände in der Öffentlichkeit relativ still geworden ist, so liegt das an den Schwierigkeiten und dem ramponierten Ansehen der Bonner Regierungskoalition bei den Wählern. Die CDU/FDP-Regierung soll vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr nicht noch weiter demontiert werden. Die Brüsseler Agrar-Politik lenkt den Zorn der Bauern auf die Politiker in Bonn, die den "Deutschen Interessen" in der EG nicht genügend Nachdruck verleihen und sie durchsetzen.

Nachdem der CDU die Wähler davongelaufen sind, beginnt es an ihrem rechten Rand zu bröckeln. Es waren enttäuschte Kommunalpolitiker der CDU, die die 'Republikaner' gründeten und aus der Union werden sie auch in der Zukunft Zulauf erhalten. Der Fall Vajen, die Sym-

Die Rep's sind die,
vor denen uns
unsere Eltern nie
gewarnt haben!

pathien Lummers für die 'REPs' sind nur der sichtbare Ausdruck für die Veränderungen, die in Teilen der CDU-Basis vor sich gehen.

Die Ängste der FDP

Kurzfristig versucht die FDP aus dem Debakel der CDU Kapital zu schlagen und die *"Wähler der Mitte"* an sich zu binden. Während sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent die Interessen des Kapitals vertritt und versucht gegen den Arbeitnehmerflügel der CDU ihre Vorstellungen durchzusetzen, grenzt sie sich in der Außenpolitik, in Rechts- und Ausländerfragen deutlicher von den Positionen ihres Koalitionspartners ab. Sie gibt sich aufgeklärt, liberal und progressiv. Langfristig stellt sich mit den Veränderungen in der Parteienlandschaft allerdings ihre Existenzfrage. Nach den nächsten Wahlen können sich Konstellationen ergeben, bei denen sie als Mehrheitsbeschafferin nicht mehr notwendig ist oder den Koalitionspartner wechseln muß.

Die FDP hält zwar an der Koalition mit der CDU fest, eine Alternative gibt es zur Zeit für sie nicht, sie läßt aber immer wieder erkennen, daß unter Umständen auch ein Wechsel möglich wäre. Eine Koalitionsaussage für die Zeit nach der Bundestagswahl vermeidet sie. Haben sich die 'Republikaner' endgültig etabliert, so besteht die Gefahr, das eine vom rechten Rand "gesäuberte" CDU ihre Wähler in der Mitte, unter dem Anhang der FDP suchen muß.



Die 'Republikaner' - Konkurrenz für die SPD in der Opposition

Die SPD ist nicht automatisch der Gewinner dieser Entwicklung. Die genauere Betrachtung der Wahlergebnisse zeigt: wo die 'Republikaner' besonders stark sind, konnte die SPD kaum Wähler hinzugewinnen oder mußte sogar Verluste einstecken. Bis zu 25 % der Rep-Wähler kommen aus dem sozialdemokratischen Lager. Die Rolle der SPD als Opposition wird nicht nur durch die Grünen (bei den Mittelschichten, Lehrern, Akademikern, Ärtzten, Rechtsanwälten, Studenten) in Frage gestellt, sondern nun auch von den 'Republikanern' im typischen Arbeitermilieu.

Die Einschnitte im sozialen Netz, Wohnungsnot und Mietsteigerungen, hohe Arbeitslosigkeit bei anhaltend guter Konjunktur haben die Ängste der Wähler vor der Zukunft verstärkt. Wie wird das enden bei einer erneuten Rezession, welche Auswirkungen wird der EG-Binnenmarkt auf die Arbeitsplätze und die soziale Sicherung haben, wie sollen wir die steigende Zahl von Aussiedlern und DDR-Flüchtlingen verkraften, wenn es schon heute zu wenige Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen gibt?

Als Oppositionpartei in Bonn aber auch als Regierungspartei in verschiedenen Ländern (NRW, Saarland, Hamburg, Bremen) haben die Sozialdemokraten gezeigt, daß sie keine wirkliche Alternative zur bestehenden CDU/FDP-Koalition darstellen. Dort, wo sie in der Regierung sitzen, regiert der Rotstift bei den öffentlichen Ausgaben noch rücksichtsloser als in CDU-Bundesländern, denn die Arbeitslosigkeit, die Verschuldung von Städten und Gemeinden, die sozialen Probleme sind in diesen Ländern am größten. Bei zentralen *"Reformvorhaben"* (Rentenreform) bieten die Sozialdemokraten der Bundesregierung ihre Unterstützung an, fordern ein gemeinsames Vorgehen. Ihre flaue "Kampagne" gegen die "Gesundheitsreform" kritisiert die ungerechte Verteilung der Lasten ohne die "Notwendigkeit" von sozialen Einschnitten bei der Versorgung von Patienten, die Einsparungen von Krankenhaus- und Pflegepersonal in Frage zu stellen. Die Vorstellungen und Pläne zum EG-Binnenmarkt unterscheiden sich kaum von den Absichten der Regierung.

Eine Untersuchung im Dortmunder Norden (einer SPD-Hochburg) ergab, daß 39 % der Stimmen für 'Republikaner' und 'DVU-Liste D' von WählerInnen abgegeben wurden, die bei der letzten Bundestagswahl noch bei der SPD ihr Keuzchen gemacht hatten. 78 % der Faschisten-WählerInnen waren hier Männer.

In einer Zeit, in der sich die sozialen und politischen Widersprüche zu verschärfen beginnen, hat die SPD der konservativen Regierung nichts anderes entgegenzusetzen, als den Vorwurf die Methode ihrer Politik führe zu einer Polarisierung in der Gesellschaft. Ein bißchen mehr Gerechtigkeit, ohne an der Richtung etwas zu ändern, welche Hilflosigkeit drückt sich darin aus, angesichts der in der Gesellschaft stattfindenden, tiefgreifenden

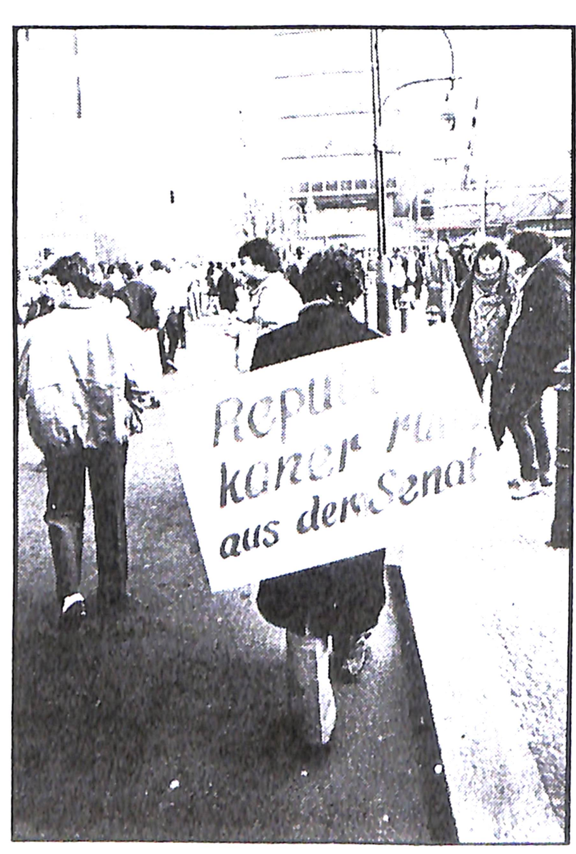
Veränderungen. Die SPD, unter allen Umstände bereit die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD und damit die Interessen des deutschen Kapitals zu verteidigen, bietet sich an als Alternative, die die Regierungsgeschäfte besser wahrnehmen könne, da sie eher in der Lage sei den sozialen Frieden zu erhalten.

Die Politik der Sozialdemokraten muß angesichts des Verhaltens und der Interessen der Unternehmer in Widerspruch geraten zu den Bedürfnissen und Vorstellungen ihrer Mitglieder, Anhänger und Wähler in der Arbeiterschaft, oder in den Gewerkschaften. Das fand seinen Ausdruck in der Auseinandersetzung um die wirtschaftspolitischen Thesen Lafontaines zur Arbeitszeitverkürzung und zum EG-Binnenmarkt. Viele SPD-Mitglieder in den Betrieben und Gewerkschaften (Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre) fühlten sich vor den Kopf gestoßen, mußten mit ansehen wie die Interessen ihrer Kollegen nun endgültig aus Politik und Programm der Partei gestrichen werden sollen.

Die SPD als moderne Variante konservativer Wirtschafts- und Sozialpolitik - sie ist nie etwas anderes gewesen, es wurde nur in den letzten Jahren offensichtlicher. Das wollten viele von ihnen nicht mehr mitmachen. Sie kehrten der SPD den Rücken oder zogen sich resigniert aus dem Parteileben zurück. Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft, besonders aus der werktätigen Bevölkerung, blieben den Wahlen fern. In dieses Vakuum, in dem sich Perspektivlosigkeit, Unsicherheit und Zukunftsangst ausdrückt, konnten die 'Republikaner' mit ihrer sozialen Demagogie und ihren einfachen "Lösungen" ('Ausländer raus = Arbeitsplätze/Gegen Korruption und Verschwendung') einbrechen.



'Republikaner' auf der Bullendemo gegen 'Chaoten' und "Rot"-Grün, kurz nach dem 1. Mai



Sozialdemokratische Hilflosigkeit gegenüber den Wahlerfolgen der Rassisten

Vor den Europawahlen spekulierte die SPD noch mit der rechten Konkurrenz der Union, die der CDU entscheidene Prozente wegnehmen kann und somit den Weg der Sozialdemokratie zurück in die Sessel der Macht erleichtern würde.

Diese Spekulationen fanden angesichts des Wahlergebnisses und der Erkenntnis, daß die 'Republikaner' auch im eigenen Wähler-Reservoir erfolgreich auf Stimmenfang gegangen waren, ein jähes Ende. Wie sieht der "Kampf" der SPD gegen die 'Republikaner' aus, wie wollen sie ihre abtrünningen Wähler zurückgewinnen? Der Hamburger Bürgermeister Vorscherau: *"Hätte Strauß die CSU bundesweit antreten lassen, gäbe es heute keine Republikaner. Auch auf dem linken Flügel des Parteienspektrums hätte es keine andere Entwicklung gegeben."*

Die CSU, deren Kind die Rassisten ja auch sind, als Bollwerk gegen die Rechtsentwicklung. Wie vereinbart sich das mit den Erfolgen der 'REPs' in Bayern? Als Ursache der Erfolge von 'REPs' und 'DVU-Liste D' in Hamburg nannte Vorscherau auch die Hafenstraße. Die Räumung der besetzten Häuser als Mittel im Kampf der SPD gegen Schönhuber und seine Anhänger?

Zumindest in Hamburg und Westberlin haben die SPD-geführten Regierungen am 20. April (dem hundertsten Geburtstags Hitlers) mit den Massenverhaftungen von AntifaschistInnen gezeigt, daß ihnen der Kampf gegen links, gegen antirassistische und antifaschistische Selbsthilfe wichtiger ist, als die politische Auseinandersetzung mit den 'Republikanern' unter der Bevölkerung. Aus einer Entschließung des Hamburger Senats: *"Lassen sie sich nicht von rechtsextremistischen Kriminellen provozieren. Die Auseinandersetzung mit ihnen ist Sache unserer Polizei."* Einer Polizei, in deren Reihen sich die 'REPs' großen Zuspruch und vieler Anhänger sicher sein können.

Bei näherer Betrachtung der Disskussion innerhalb der SPD wird noch deutlicher, daß sich die Stimmen mehren, die neofaschistische Parteien als quasi normalen Bestandteil der Demokratie sehen. Auf keinen Fall sollen *"Störveranstaltungen"* und auch keine *"kleinlichen und*

rechtlich nicht haltbaren Schikanen durch Verwaltungen" mehr unterstützt bzw. durchgeführt werden, fordet der Landesgeschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen SPD in einem Positionspapier.

Nach den Europawahlen, nachdem die Sozialdemokraten in den Wahlausschüssen eine Kandidatur der Rassisten und Faschisten zustimmte, machen sich die SPD-geführten Länder nun für eine stärkere Überprüfung der 'Republikaner' durch den Verfassungsschutz stark: *"wenn die Bürger erfahren, daß die überprüft werden, dann ist das für sie ein Warnzeichen, und sie werden sich überlegen, ob sie denen leichtfertig ihre Stimme geben, um anderen einen Denkzettel zu verpassen. Diesen Effekt halte ich für wünschenswert."* (NRW-Sozialminister Farthmann)

Wo die SPD nicht mehr weiterweiß, da sollen die Verfassungsschützer die politische Auseinandersetzung für sie führen. Das wird weder die Wähler noch die 'Republikaner' sonderlich beeindrukken.

Wie geht es weiter?

Auch die Möglichkeit, daß bei den Bundestagswahlen die SPD und die Grünen, eventuell sogar zusammen mit der FDP, die Mehrheit der Parlamentssitze erobern könnten und die zukünftige Regierung stellen, schafft keine Euphorie bei den Wählern. Tiefgreifende Veränderungen erwartet dadurch kaum jemand.

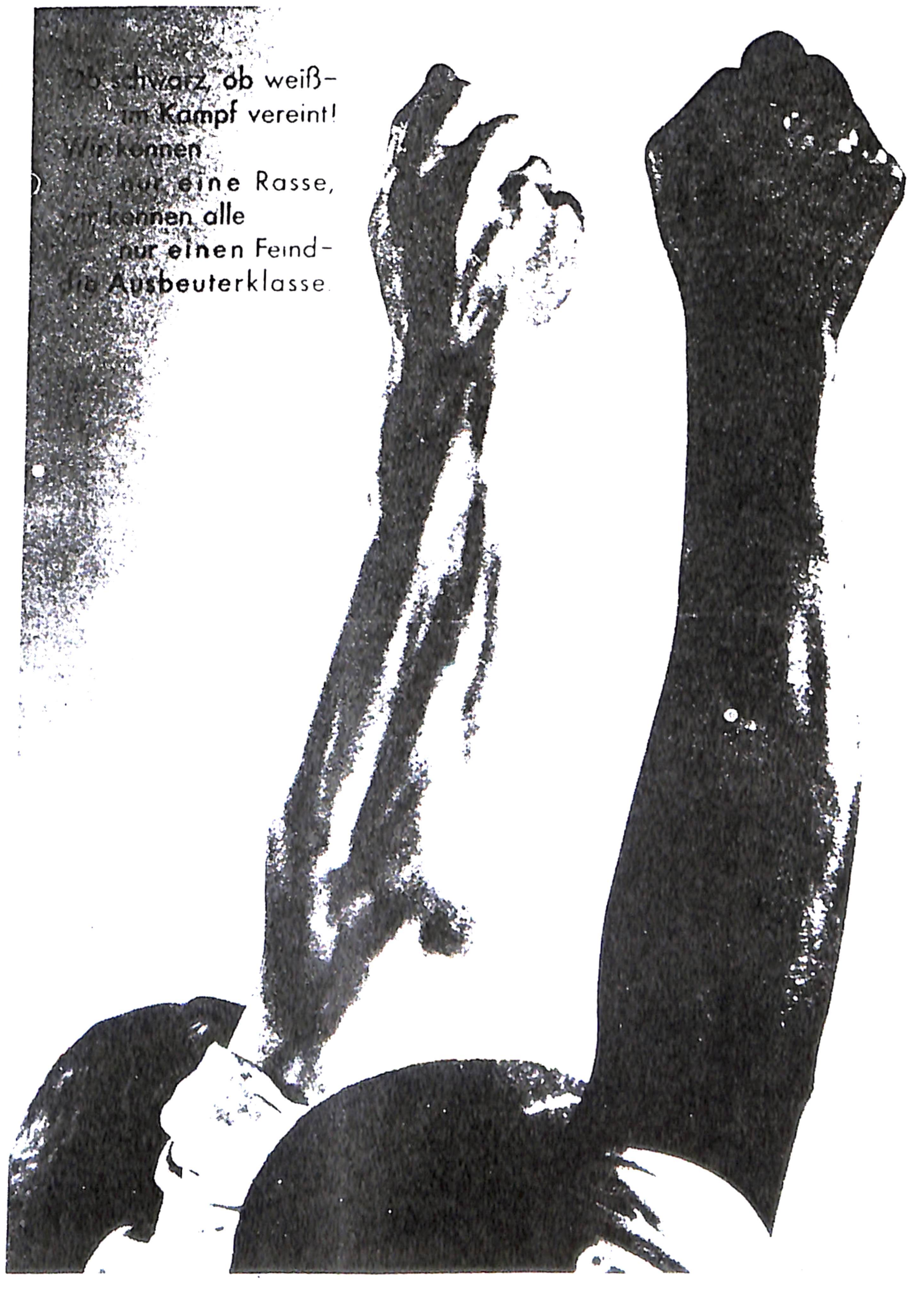
Die Grünen treten an, um durch die Beteiligung an den Regierungsgeschäften das politisch Machbare auch praktisch umzusetzen. Da wo ihre ökologischen Vorstellungen den Interessen des Kapitals dienen können oder ihnen zumindest nicht entgegenstehen, werden sie auch von den anderen Parteien aufgegriffen. Einen "rot"-grünen Senat zur *"Jahrhundertchance"* (Ströbele) aufzublasen mag zwar das Selbstwertgefühl vieler "alternativer" Politiker heben, mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und auch mit den Erwartungen der Wähler hat es nichts zu tun.

Das hat sogar die CDU erkannt, die mit dem Schreckgespenst des *"rot-grünen Chaos"* keinen Wahlkampf mehr gewinnen kann. Längst ist die Aufgeregtheit über den neuen Westberliner Senat dem politischen Alltagsgeschäft der Sachzwänge gewichen, das der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, der sozialen Verelendung von Teilen der Bevölkerung bisher nur schöne Worte und Absichtserklärungen entgegenzusetzen hat.

An der nationalistischen Kampagne um die Aussiedler, an dem Kampf gegen die sozialistischen Staaten, die sich den Reformen verweigern und die westlichen Vorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht aufnehmen wollen, beteiligen sich alle im Bundestag vertretenen Parteien. Damit will die Regierungskoalition von ihren Schwierigkeiten ablenken, dahinter verbergen die Oppositionsparteien ihre Konzeptionslosigkeit. Die gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD werden verschleiert und ein altes Feindbild - der Antikommunismus - neu belebt.

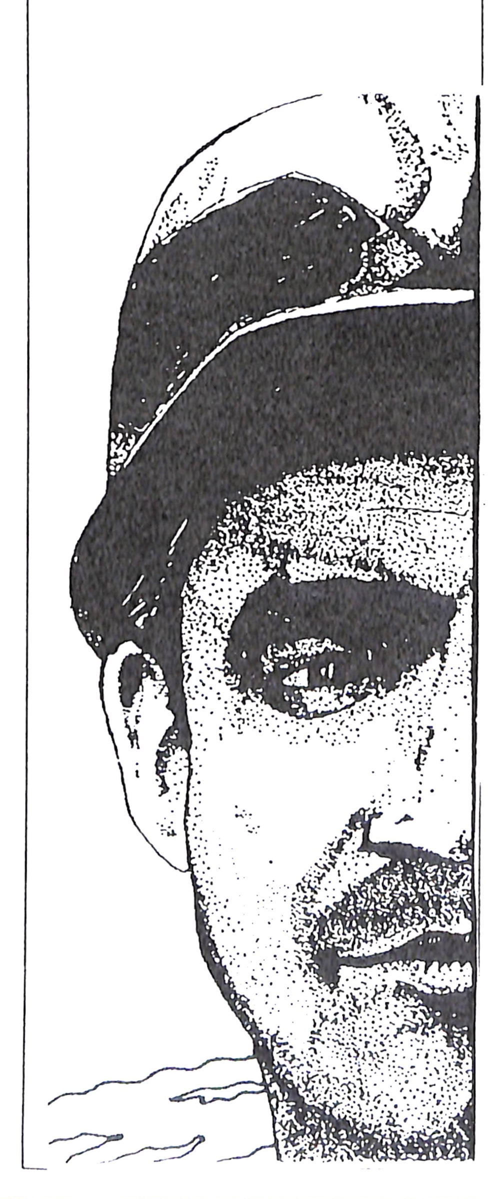
Nutznießer können nur die 'Republikaner' sein. Die Propaganda des Chauvinismus ist Wasser auf ihre Mühlen und der Strom der Aussiedler schürt die Zukunftsängste unter den Kleinbürgern und in Teilen der Arbeiterschaft, treibt ihnen neue Wähler zu.

Die bürgerlichen Parteien sind kein Bollwerk, nicht einmal ein dünner Schutzschirm gegen das weitere Erstarken rassistischer und faschistischer Organisationen. Solange es in der Arbeiterklasse keine Bewegung gibt, die sich praktisch gegen die reaktionäre Lösung gesellschaftlicher Widersprüche, gegen die Abwälzung der Krisenlasten zur Wehr setzt, bleibt einzig die Organisierung von Unten, antifaschistische und antirassistische Initiativen und Bündnisse, um den 'Republikanern' Widerstand entgegenzusetzen. (siehe dazu auch den Diskussionsbeitrag aus Hamburg auf Seite 22)



*Ein wichtiger Grund für die Verbreitung des Rechtsextremismus in Teilen der ArbeiterInnenklasse ist die derzeitige perspektivische Schwäche der Linken. Dieser Artikel aus Hamburg geht von den Erfahrungen vor Ort aus und ist in seinen Schlußfolgerungen auf die Arbeit der **ANTIFA-Hamburg** zugeschnitten. Dennoch enthält er Streckenweise allgemeingültiges und bietet reichlich Diskussionsstoff. Zusammen mit dem Artikel zur **Bündnispolitik** und dem Artikel zur **innenpolitischen Kräfteverschiebung** soll er in diesem Info eine der Grundlagen für die Diskussion über die zukünftigen Aufgaben der antifaschistischen Bewegung darstellen.*

ARBEITERKLASSE UND RECHTSEXTREMISMUS



Was sind die Gründe für die Ausbreitung des Rechtsextremismus in der ArbeiterInnenlasse?

Die Krise (genauer gesagt die Auswirkungen der letzten Krise, die Verarmung der Menschen nimmt weiter zu; der soziale Existenzkampf wird, trotz gleichzeitigem wirtschaftlichen Aufschwung, immer spürbarer, die Unternehmerprofite steigen derzeit um durchschnittlich 10% jährlich) in den Metropolen fällt zusammen mit einer strategischen Leere der revolutionären Linken bzw. der Linken überhaupt. Derzeit gibt es weder einen greifbaren revolutionären Ausweg, noch einen glaubhaften reformistischen Ansatz für die von der Krise am meisten betroffenen Menschen. Die Strategielosigkeit macht es der linken Bewegung und den linken Organisationen unmöglich der Kapitaloffensive wirksam zu begegnen. Die Kapitaloffensive besteht aus Rationalisierung, Lohnabbau, Preissteigerungen, massiven Angriffen auf soziale Errungenschaften (Gesundheitsreform, Arbeitszeitregelung u.a.), eine Verschlechterung der Lebensbedingungen bis hin zur Verelendung.

Der Einfluß der Linken auf große Teile der ArbeiterInnen ist äußerst schwach. Unsere Strategielosigkeit ist insofern besonders schlimm, da sie in einer Situation zu Tage tritt, in der für viele Menschen die gesamten Arbeits- und Existenzbedingungen auf dem Spiel stehen: Automatisierung, Umstrukturierung, eine starke permanente Erwerbslosenquote, neue Formen der Ausbeutung wie Zeit- und Leiharbeit, Subunternehmertum etc., Angriffe auf die Altersversorgung, Wohnungsnot. All das passiert, ohne daß es für die Mehrzahl der Betroffenen eine Möglichkeit gibt sich dagegen zu wehren. Die Gewerkschaften stellen für die Betroffenen keine Kampfkraft dar. Die Erwerbslosen haben eh keinen wirklichen Zugang zu den Gewerkschaften. Aber auch die Beschäftigten spüren immer deutlicher, daß die Strukturen der Gewerkschaften, die auf die Organisierung von Stamm-

ANTIFA HAMBURG

belegschaften und/oder qualifizierter FacharbeiterInnen ausgerichtet sind, nicht mehr dazu geeignet sind, das Erkämpfte zu verteidigen, geschweige denn mit ihrer Politik der Sozialpartnerschaft und ihrer Taktik in den Arbeitskämpfen etwas wesentlich Neues durchzusetzen.

Selbst der Kampf um die Werften in Hamburg oder der entschlossene Kampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen haben keinen Durchbruch schaffen können. Die Kämpfe haben lediglich gezeigt, daß die Herrschenden bereit sind den Klassenkampf verschärft zu führen, daß sie immer weniger bereit sind Zugeständnisse zu machen, daß die Sozialpartnerschaft von Seiten der Unternehmer ausgenutzt wird, während sie gleichzeitig mit der Aufkündigung derselben drohen. In den Augen der Betroffenen verlieren die Gewerkschaften zunehmend ihre Existensberechtigung. Das ist insofern fatal, weil es den Zielen der Faschisten - die ArbeiterInnenbewegung zu zerschlagen und die Gewerkschaften aufzulösen, um die Ausbeutung total zu machen - in die Hände spielt.

Schauen wir uns aus dieser Situation heraus die Strukturen der politischen Linken an:

1. Die autonome und antiimperialistische Bewegung, die sich auch gerne **der** Widerstand oder revolutionärer Block nennt. Wenngleich der Einfluß der Autonomen in den letzten Jahren gewachsen ist und sich zu einem, momentan nicht mehr wegdenkbaren, Faktor in den politischen und sozialen Kämpfen entwickelt hat und obwohl die Entschlossenheit und Phantasie unserer Bewegung für die Kämpfe viel wertvolles gebracht hat, ist es uns nicht gelungen uns als politische Kraft zu konstituieren. Wir sind einfach nicht ausreichend organisiert. Wir stehen mit tausend Häuflein einer geballten Staatsmacht gegenüber, die gerade uns am meisten verfolgt und kriminalisiert (abgesehen von der bewaffneten Linken natürlich). Individualismus, weitverbreitete Theoriefeindlichkeit, Kurzzeitgedächtnis und Kurzschlußhandlungen überwiegen in unserer politischen Praxis.

In den Kämpfen in denen wir Stärke zeigen (Einigkeit untereinander), bieten wir den Menschen um uns herum oftmals die Möglichkeit sich zu identifizieren. In Hamburg haben wir dies in den letzten zwei Jahren oft erlebt, aber wir konnten nicht wirklich mit den Leuten zusammenkommen, höchstens punktuell. Weil wir nicht organisiert sind, können wir noch nicht einmal eine reale Einschätzung unserer Kraft vornehmen. Wir können daher nur sehr schwer Schritte im voraus bestimmen und unterliegen so ständig dem Gefühl, auf alles immer nur zu reagieren (Aktionismus ohne Vermittlung). Ohne eine Strategie mit realen gesellschaftlichen Bezügen wird sich das nicht ändern. Wenn wir nicht die Verantwortung übernehmen, uns selbst und anderen ein Zuhause zu geben (also das was so schöngeistig die "Identität" genannt wird), etwas was ständig greifbar ist für Außenstehende, was Leute integrieren kann und so uns selbst voran bringt, dann werden wir auf die dringenden Fragen der Unterdrückten keine befriedigenden Antworten finden. Derzeit stellen wir keine altenative zur bestehenden Gesellschaft dar.

2. Die Grünen und Alternativen. Zur Zeit durchlebt der Parlamentarismus in der BRD und Westberlin seine schwerste Krise. Die Umbildung des Kohl-Kabinetts war eine Auswirkung davon. Kein Wunder, denn die parlamentarischen Parteien sind der wirtschaftlichen Entwicklung unterworfen. Zur Offensive des Kapitals (s.o.) können und wollen sie keinen Ausgleich schaffen. Im Gegenteil, alle Regierungen sind gezwungen mit repressiver Gesetzgebung aufzufahren. Große Teile der Bevölkerung spüren dies, was an der rückläufigen Wahlbeteiligung einerseits und dem Protestwählen (Grüne und 'Republikaner') andererseits zum Ausdruck kommt. Das Mißtrauen gegen die Parlamente kann zur "Staatsverdrossen-

Demonstrierende Arbeiter in Duisburg-Hamborn



heit" führen, ebenso aber auch zum Ruf nach einem starken Staat.

Ausgerechnet in so einer Zeit geben die Grünen die außerparlamentarische Bewegung völlig preis. Sie sind von der Straße verschwunden und beteiligen sich völlig konzeptlos an der politischen Macht. Ihr Einfluß auf die Klasse ist gleich Null. Sie können die Wohnungsnot nicht beseitigen, sie können die Sozialhilfeempfänger nicht befriedigen, sie können keine Arbeitsplätze schaffen. Sie bereiten mit jeder Regierungsbeteiligung ihr eigenes Ende vor, weil sie zwischen den Sachzwängen bürgerlicher Politik und den Bedürfnissen der Bevölkerung zerrieben werden.

Ihr konzept- und prinzipienloses Handeln einerseits und ihre Machtgeilheit andererseits bringt sie zunehmend dazu vor dem Druck der Straße Angst zu kriegen. Dort wo die Krisengeschüttelten sich für einen Moment zusammentun und aus dem Bauch heraus handeln (z.B. am 1. Mai in Westberlin) schießen sie gegen diesen Druck, anstatt sich zu überlegen wie eine starke außerparlamentarische Bewegung aussehen kann. Wir glauben, daß der momentane Zustand der Grünen der Rechtsentwicklung nichts entgegenzusetzen hat. Unter schlechten Umständen ist ihre Politik der Verbreitung des Rechtsextremismus eher förderlich.

3. Die "Neue Linke". Die Konkursmasse der ehemaligen K-Gruppen wie KB, BWK usw. sind zwar zum Teil noch in der Lage Untersuchungsarbeit zu leisten, aber nicht mehr in der Lage eine eigenständige Praxis zu entwickeln. Von diesen Gruppen ist leider auch nichts zu erwarten.

4. Die "traditionelle Linke". Die DKP und die ihnen nahestehenden Verbände (SDAJ/MSB-SEW/SJV) führen derzeit eine interne Auseinandersetzung, die zwar notwendig geworden, bedauerlicherweise jedoch nach außen eher durch Verwirrung gekennzeichnet ist. Traditionell geht es dabei mehr um die richtige Interpretation der sowjetischen Politik, als um den Zustand in der BRD bzw. Westeuropa. Friedenspolitik, Abrüstung und globales Denken und diese ganze glasnosterei liegt ihnen mehr am Herzen als das Eingreifen in die Tagespolitik. Das ist so, obwohl eine ganze Reihe von GenossInnen in der Partei unter "Erneuerung" sicher etwas anderes verstehen als eine schlechte Kopie von Perestroika.

Die revolutionären Kräfte in der DKP haben ganz besonders darunter zu leiden, daß so viele von ihren GenossInnen plötzlich global, friedlich und basisdemokratisch denken und daneben noch eine stark konservative Linie innerhalb der Partei vertreten ist. Warten wir die Entwicklung ab. Momentan ist jedenfalls auch die traditionelle Linke nicht in der Lage, Antworten auf die brennenden Fragen der Unterdrückten zu geben und den Einfluß der Rechten auf die ArbeiterInnenklasse politisch zu stoppen.



Fassen wir noch einmal zusammen:

Das Kapital drückt mit aller Entschlossenheit gegen das Volk. Das Parlament und die etablierten Parteien geraten bei immer mehr Menschen in Mißkredit, weil sie nicht mehr in der Lage sind dafür einen politischen Ausgleich zu schaffen. Die bürgerliche Regierung ist nicht mehr bereit und fähig Zugeständnisse zu machen. Außerparlamentarisch ist eine allgemeine Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und der Linken festzustellen. Die Menschen suchen nach einen Ausweg aus ihrer Situation. Die Reformisten (Grüne/SPD) im Parlament und in den Gewerkschaften sind von ihrer Struktur und Geschichte her nicht mehr in der Lage, die Situation der von der Krise am meisten betroffenen aufzulösen. Die revolutionäre Linke ist derzeit nicht in der Lage, den Weg in eine menschliche Gesellschaft aufzuzeigen.

Dann, wenn kollektives und solidarisches Handeln unmöglich erscheint, tritt das Gegenteil im Denken und Handeln der Menschen in den Vordergrund. Aus Solidarität wird Konkurrenzkampf, aus Kollektivität wird Vereinzelung. Der Konkurrenzkampf spaltet die Klasse in Männer und Frauen, Ausländer und Deutsche, Beschäftigte und Erwerbslose. Die Vereinzelung liefert die Menschen der Manipulation durch die Medien der Herrschenden völlig aus. Dort wo keine Auseinandersetzung stattfindet, wo jede/r für sich ist, nur dort kann Rassismus, Sexismus und Entpolitisierung um sich greifen. Das ist der Boden für Faschismus. Dieser Boden ist in Westeuropa zur Zeit gefährlich groß.

Ein französischer Antifaschist schreibt in der antifaschistischen Zeitung 'Renouveau Syndical 68': *"Das schlimme ist weniger die Tatsache, daß es Rassisten gibt (es hat sie immer gegeben), als die Tatsache, daß der Rassismus als eine politische Meinung angesehen und als solche respektiert wird. Die Gefahr droht weniger vom Rassismus, als von seiner Banalisierung, welches Voraussetzung für seine massenhafte Verbreitung ist:"*

Wie können wir dem Einfluß der Rechten auf die ArbeiterInnenklasse wirksam entgegentreten?

Die Entwicklung innerhalb der Linken sollte kein Grund sein den Kopf hängen zu lassen. Denn dort, wo Zustände herrschen, die blockieren gibt es Kräfte, die nach Auswegen suchen. Im Zuge der allgemeinen Umstrukturierung in der gesamten Gesellschaft spüren immer mehr Linke der verschiedensten Strömungen, daß auch eine allgemeine Umstrukturierung unserer politischen Arbeit nötig geworden ist, daß wir uns von alten Vorstellungen lösen müssen, daß wir zusammenkommen müssen. Umwälzungen finden in Sackgassen statt, sagt Brecht, und das gilt für die Gesellschaft ebenso wie für die Linke. Es kommt darauf an, welche Richtung es nimmt.

Wir sagen, daß eine Ursache für die Erfolge der Rechten bei den Unterdrückten in deren Isolation (Vereinzelung in der Familie und anderswo) auf Grund der Resignation (Kapitulation vor dem System) liegt. Das bedeutet natürlich nicht, daß es kein Bedürfnis nach Auseinandersetzung und Veränderung gibt. Im Gegenteil, es ist ein elementares menschliches Bedürfnis sich mitzuteilen und die Dinge um sich herum zu verändern. Für die ArbeiterInnenklasse stellt sich das sogar als dringend notwendig dar.

Eine Erscheinungsform der Verelendung in den Metropolen ist die Vereinsamung. Die, die davon betroffen



sind, sind permanent bemüht das Problem für sich zu lösen. Der Zulauf junger Menschen zu den Neonazis oder zu rassistischen Schlägertruppen ist gerade davon ein Ausdruck. Wir halten daher eine Arbeit, die sich an den Lebensbedingungen der Menschen orientiert (z.B. im Stadtteil), für ein unverzichtbares Moment linker Politik. Unsere Erfahrungen in der Stadtteilarbeit haben gezeigt, daß viele Menschen sich zu Wort melden, wenn sie erstmal das Gefühl haben sich Luft machen zu können. Bei einer Veranstaltung der Altonaer Gruppe der ANTIFA-Hamburg wurden die gesamten vorbereiteten Redebeiträge beiseite gepackt, weil die Leute einfach drauflosgeredet haben. Ihre ständige Suche nach Orientierung wurde hier geradezu spürbar. Es kamen viele Fragen danach, wer wir denn sind und was wir wollen. Auch, daß sie einfach so redeten, ohne uns zu kennen, sich also in gewissem Sinne uns gegenüber offen machen, sehen wir als Bestätigung dafür, daß diese Menschen nach einem Halt suchen.

Wir empfehlen allen ANTIFA-Gruppen, die diese Erfahrung noch nicht gemacht haben dringend, sich außerhalb der 'Szene' zu begeben. Wichtig ist dafür allerdings, daß eine Lösung gefunden wird, die es ermöglicht mit diesen Menschen in Kontakt zu bleiben, ohne eine eigenständige Entwicklung der Gruppe auf's Spiel zu setzen. Unserer Meinung nach besteht die Lösung einerseits darin, die Kontinuität in der Praxis und der Theoriebildung aufrecht zu erhalten, was nur durch einen festen Gruppenzusammenhang möglich ist und andererseits darin, ein ständiges Angebot nach Außen zu erarbeiten. Dazu gehören z.B. Infostände in Einkaufsstraßen, Versammlungen wie zum Beispiel das ANTIFA-Frühstück in HH-Bergedorf oder das ANTIFA-Ple-

num in HH-St. Pauli-Nord. So schlagen wir der ANTIFA-HH vor, eine ständige Diskussion über die Arbeit in den einzelnen Stadtteilen zu führen und sich mehr als bisher aufeinander zu beziehen.

Wenn wir sagen, daß eine Ursache für die "Rechtsentwicklung" unsere eigene Schwäche, bzw. die Schwäche der Linken überhaupt ist, dann kann die Konsequenz daraus nur sein, diese Schwäche zu beheben. Das kann nur bedeuten, sich die Einheit der Linken zu erkämpfen. Nur so können wir uns einen Zugang in alle Schichten der Klasse verschaffen, denn die Ursache für die Zersplitterung der Linken liegt auch in der Vielschichtigkeit (der Spaltung) der Klasse. Nicht umsonst sind alle möglichen Strömungen innerhalb der Linken auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt.

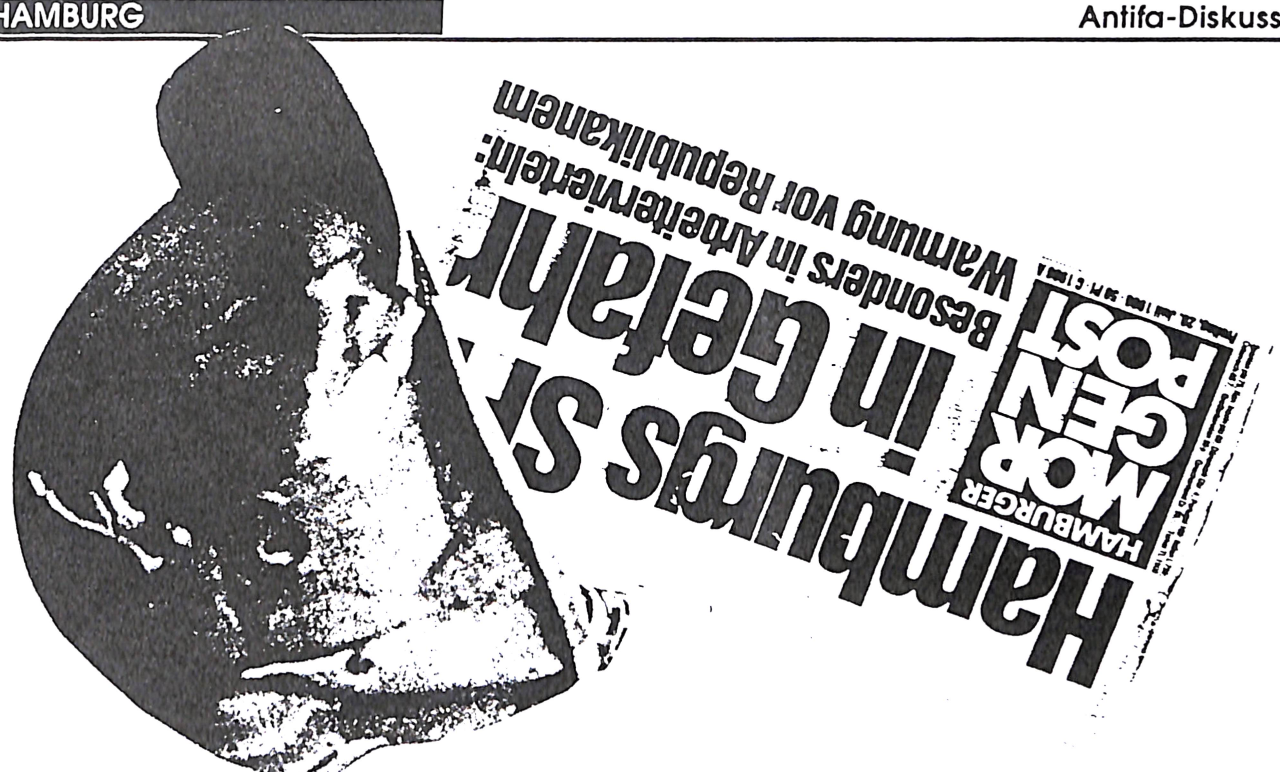
Bei den Grünen und Alternativen findet derzeit eine Auseinandersetzung unter denjenigen statt, die sich weder von den 'Realos' noch von den 'Fundis' vertreten fühlen. Einige (Ebermanns "radikale Linke") streben offen ihren Austritt an. Leider ist es damit nicht getan, zumal eine Alternative fehlt. Da gibt es auch die GenossInnen in der DKP, die sich nicht zwischen Friedensbewegten und Konservativen zerreiben lassen wollen. Auch hier wäre es verfrüht der Partei den Rücken zu kehren. Die alten Maoisten haben sich schon lange zur 'Volksfront' zusammengetan, vor allem der BWK bekennt offen, daß er als Zirkel nicht mehr weiterkommt und versucht mit seinen Möglichkeiten ein Zusammenkommen der revolutionären Linken zu fördern. Viele von uns Autonomen (in Hamburg) haben die Zeichen der Zeit erkannt und entwickeln alle möglichen verbindlichen Strukturen. Gerade in den letzten zwei Jahren haben wir oft bewiesen, daß wir bündnis- und handlungsfähig sind. Sei es bei sozialen Auseinandersetzungen im Stadtteil (St. Pauli, Ottensen, Schanzenviertel) oder bei Kampagnen (Zusammenlegung, Verteidigung der Hafenstraße, Palestinasolidarität, Unterstützung der Arbeitskämpfe in Rheinhausen).



All das sind Beispiele für das Zusammenkommen der oben erwähnten Kräfte. Das hat in Hamburg zu einer breiten, fruchtbaren Auseinandersetzung geführt. Je einiger wir uns sind, desto mehr können wir auch eine Alternative zu den Rechten darstellen. Der Kampf gegen die Kapitaloffensive (Umstrukturierung) steht dabei im Vordergrund. Die Kämpfe um die Hafenstraße und um das Floraprojekt stellen wichtige Erfahrungen und notwendige Kontinuität dar. Aber auch der Kampf gegen die Umstrukturierung am Arbeitsplatz ist von unterschiedlichen linken Kräften aufgegriffen worden. Die Auseinandersetzung um Rheinhausen hat dazu geführt, daß Diskussionen über die Bedeutung von Betriebskämpfen wieder auf die Tagesordnung gekommen sind. Ausdruck hierfür war eine gemeinsam getragene Öffentlichkeitsarbeit und eine große Veranstaltung mit Vertretern der Stahlarbeiter. Als Solidaritätsaktionen sind die Besetzung der Köhlbrandbrücke und der Angriff auf die Hamburger Börse zu benennen.

Momentan finden wieder eine Reihe von Arbeitskämpfen statt (Gesundheitswesen, Einzelhandel, Bildungswesen) und diese werden in nächster Zeit noch weiter zunehmen. Es ist wichtig die Menschen in ihren Kämpfen zu unterstützen. Das heißt ja nicht gleich 'alle in die Betriebe', es geht um Unterstützungsaktionen, die den Zusammenhang der Kämpfe verdeutlichen. Wo Menschen Kampferfahrungen machen, faßt in der Regel die Spaltung nicht. Soziale Kämpfe im Betrieb und im Stadtteil sind der wirksamste antifaschistische Kampf. Die ANTIFA kann hier einen Beitrag zur Einheit leisten. In den Stadtteilen geschieht dies, indem die Linken eine gemeisame, kontinuierliche Praxis vor Ort entwickeln. Unsere Mitarbeit im antifaschistischen Bündnis (Hamburger Antifakoordination) gehört auch dazu, wenngleich das einen anderen Stellenwert hat. Die Auseinandersetzung zwischen VertreterInnen von Parteien und Verbänden ist etwas anderes, als das gemeinsame Suchen nach praktischen Wegen der Zusammenarbeit von autonomen AntifaschistInnen und z.B. SDAJ-lerInnen in einer Stadtteilgruppe.

Ein weiteres Moment könnte die direkte Beteiligung der ANTIFA an sozialen Kämpfen sein. Für viele von uns ist das selbstverständlich, aber als Gesamtzusammenhang haben wir das noch nicht besprochen. Wichtig ist bei alle dem, daß die ANTIFA weder der Koordinator der sozialen Kämpfe sein kann, noch in der Lage sein kann, die Linke ansich zusammenzuführen. Die antifaschistische Bewegung hat spezielle Aufgaben, die zwar im Zusammenhang mit einer allgemeinen Entwicklung zu sehen sind, aber dennoch begrenzt sind.



Welche Aufgaben stellen sich der ANTIFA?

Unsere speziellen Aufgaben ergeben sich aus unserer Geschichte, der Zusammensetzung und der sich daraus ergebenden Zielsetzung.

1. Die Kräfte, die in der ANTIFA-HH zusammengekommen sind verkörpern das Bedürfnis nach organisierter Selbstverteidigung. Es wird auch in Zukunft einen wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit sein, die Selbstverteidigung zu koordinieren und zu effektivieren. Wir müssen den Menschen, die dem rechten Terror ausgesetzt sind, die Möglichkeit geben sich wirksam zu verteidigen. Die Angst auf der Straße muß verschwinden, die Straße gehört uns. In diesen Zusammenhang treten wir für die Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Zusammenhänge ein. Das ist nicht ansich ein Widerspruch zur Verbotsforderung, aber es ist etwas anderes.

2. Wir sind zusammengekommen mit dem Bedürfnis uns Klarheit zu verschaffen über das Wesen und die Ursachen des Faschismus. Wir haben gesagt, daß die Ausbreitung von Rassismus und Sexismus der Nährboden für die Faschisten sind. Daraus ergibt sich, daß wir ideologisch in die sozialen Kämpfe eingreifen müssen, um die Spaltung in Männer und Frauen und Ausländer und Deutsche zu verhindern. Als eigenständige Praxis heißt das, auch in Wort und Tat der Diskriminierung von Frauen und Ausländern entgegenzutreten. Unsere Parole "Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten" ernsthaft vertreten, also einen Klassenstandpunkt nach außen zu tragen, erfordert zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Klärungsprozeß unter uns! Es ist notwendig sofort damit zu beginnen, um in Zukunft Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen entwickeln zu können, die vermittelbar und glaubwürdig sind. Wir schlagen der ANTIFA vor, in den Gruppen die Diskussion zu organisieren. Die dringlichsten Themen scheinen uns zu sein:

a. Rassismus. Was ist Ursache, was ist Erscheinungsform? Welche Funktion hat er für das Kapital? Was ist internationale Klassensolidarität? Multikulturelle Gesellschaft oder Multinationale ArbeiterInnenklasse?

b. Sexismus. Was sind die Ursachen, was die alltäglichen Erscheinungsformen? Nimmt die Gewalt gegen Frauen im Zeichen der Verelendung breiter Bevölkerungsteile zu? Welches Frauenbild haben die Faschisten? Welche Bedeutung hat Frauenfeindlichkeit für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Menschen über den Menschen?

Gerade über das Thema Sexismus, die Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung, Wesen und Erscheinungsform, herrscht bei uns große Unklarheit. Es wäre toll, wenn die einzelnen Gruppen sich dazu eine Position erarbeiten und die Ergebnisse in einer gemeinsamen Stellungnahme der ANTIFA-HH im 'Antifaschistischen Infoblatt' zur Diskussion gestellt werden. Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen stellen einen Akt des Klassenverrats dar und fördern die Spaltung der Klasse. Antifaschisten müssen sich dem stellen. Wir fordern auch die GenossInnen aus Westberlin und den gesamten LeserInnenkreis des 'Antifa-Infos' auf sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen.

3. Als dritte wesentliche Aufgabe der ANTIFA sehen wir die Verbreitung von Geschichtsbewußtsein. Dazu gehört das Entlarven der rechten Organisationen. Unsere derzeitige Aufgabe in dieser Beziehung wäre den 'Republikanern' ihre demokratische Maske herunterzureißen, sie immer wieder als Faschisten zu denunzieren. Als Praxis im Stadtteil schlagen wir vor, Ausflüge zu Gedenkstätten zu organisieren und Umbenennungsaktionen von Straßen und öffentlichen Einrichtungen vorzunehmen.

4. Einen Standpunkt zum 'vereinigten Europa' zu erarbeiten halten wir langfristig für unumgänglich. Einen Austausch von Erfahrungen zwischen europäischen AntifaschistInnen sollten wir beginnen.

Für den Aufbau einer starken bundesweiten ANTIFA, Tod dem Faschismus!

einige GenossInnen der ANTIFA-Hamburg

Stellungnahme

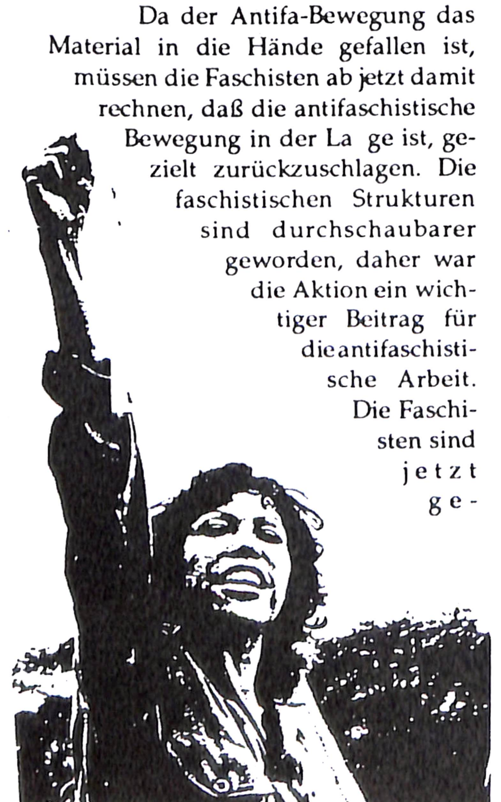
ZU DEN DURCHSUCHUNGEN BEI SECHS ANTIFASCHIST/INN/EN IN HAMBURG

aus einem Flugblatt der ***ANTIFA-HH***



In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai wurde das Ehepaar Worch in Hamburg von einem Mobilen Antifa Kommando (MAK) aufgesucht. Das MAK hat sich ca. 50 Aktenordner bemächtigt. Die Ordner enthielten u. a. Korrespondenzen, Fotoalben aus Parteitagen, Kontoauszüge und Verteilerlisten sämtlicher Mitglieder der **'Deutschen Frauen Front'** (DFF) und der **'Freiheitlichen Arbeiter Partei'** (FAP). Das MAK verspricht in einer Erklärung, das Material antifaschistischen Zusammenhängen zur Verfügung zu stellen.

Christian Worch ist der norddeutsche Kader der 'FAP', Vertrauter von **Michael Kühnen**, seit langem in faschistischen Organisationen tätig. **Ursula Worch** ist Vorsitzende der 'DFF'. Beide haben zwar ihren offiziellen Austritt aus der 'FAP' bzw. 'DFF' versichert, sind aber nach unseren Erkenntnissen weiterhin in führenden Positionen tätig.



Da der Antifa-Bewegung das Material in die Hände gefallen ist, müssen die Faschisten ab jetzt damit rechnen, daß die antifaschistische Bewegung in der La ge ist, gezielt zurückzuschlagen. Die faschistischen Strukturen sind durchschaubarer geworden, daher war die Aktion ein wichtiger Beitrag für die antifaschistische Arbeit. Die Faschisten sind jetzt gezwungen, neue innere Strukturen aufzubauen, was sie längere Zeit daran hindern dürfte, ihre terroristischen Aktivitäten (Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, Angriffe auf Jugendzentren, Überfälle auf AusländerInnen usw.) fortzusetzen.

Wir gehen davon aus, - und unsere Erfahrungen bestätigen dies - daß wir bei der Abwehr des faschistischen Terrors von staatlichen Seiten nichts zu erwarten haben. Selbstverteidigung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Darüberhinaus treten wir politisch auf allen Ebenen - durch Propaganda, Organisation und direkte Aktion - für die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen ein. In diesem Zusammenhang begreifen wir die Aktion als Bestandteil des antifaschistischen Kampfes in Hamburg. Von den Bullen wurde die Aktion des MAK zum Aufhänger eines breit angelegten Kriminalisierungsversuchs gegen aktive AntifaschistInnen gemacht.

Am Donnerstag, den 15. 6. 89, vormittags, durchsuchten in konzertierter Aktion die LKAs Hamburg und Niedersachsen. es gibt ein Ermittlungsverfahren nach 129a, das sehr allgemein gehalten ist. Es geht um militante Aktionen im norddeutschen Raum. Konkrete Angriffsziele oder Zeitpunkte sind nicht genannt. Einzig ein Brandanschlag auf ein faschistisches Verlagsbüro in Toppenstedt ist benannt.

Vier der sechs Beschuldigten wird die oben erwähnte Aktion gegen das Ehepaar Worch vorgeworfen. Die Hamburger GenossInnen Burkhard und Renate wurden nach Hausdurchsuchungen zur ED-Behandlung verschleppt und saßen bis zum 8. bzw. 9. 7. 89 in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wird ihnen schwerer Raub, Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Zusammenhang mit der Worch-Aktion. eine dritte Frau wurde ED behandelt und nach drei Stunden wieder rausgelassen.

Die drei Anderen waren während der Durchsuchungen nicht zu Hause. Bei zwei der Gesuchten ging der Bullenterror in den darauffolgenden Tagen noch weiter. Die Bullen erschienen bei ihren Eltern mit einer Zwangsvorführung

zu ED-Behandlung und Verhör, drohten einer Mutter damit die Tür einzuschlagen,. bedrohten MitbewohnerInnen mit tätlichen Übergriffen, liefen am Arbeitsplatz auf.

Für uns bedeuten diese Vorgänge folgendes:

Staatlich verfolgt werden nicht die Terrorakte der Faschisten, sondern Aktionen, die die Aktivitäten der Faschisten transparenter machen oder verhindern können. Die Bullen haben sich bekannte AntifaschistInnen rausgesucht, die seit Jahren öffentlich gegen faschistischen Terror aufgetreten sind, um sie für die Aktion gegen Worch u. a. verantwortlich zu machen. Im Vordergrund dieser Aktion steht nicht die konkrete "Strafverfolgung", sondern die Einschüchterung und Spaltung der antifaschistischen Bewegung.

Insbesondere in Verbindung mit dem Vorwurf nach 129a, gegen vier GenossInnen, sehen wir einen Angriff auf die gesamte Antifa-Bewegung. Die Erfahrungen mit dem 129a-Verfahren gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl (beide jahrelang aktiv in der Frauen- und Lesbenbewegung, gegen Genforschung und Flüchtlingspolitik) haben gezeigt, daß sich die HERRschenden mit dem 129a einen Ermittlungsparagraphen geschaffen haben um eine ganze Bewegung zu durchleuchten, ihre Arbeit lahmzulegen, einzelne bei Knastandrohung zu ZeugInnenaussagen zu zwingen, andere einzuschüchtern, sich zu distanzieren oder zurückzuziehen, weitere ohne Beweise zu hohen Knaststrafen zu verurteilen.

Andererseits haben wir in diesem Zusammenhang auch erfahren, daß eine breite Bewegung, weit über Hamburg hinaus, dazu beitragen konnte, daß zumindest Ulla Penselin wieder aus dem Knast entlassen weden mußte; und daß die Repression nicht zur Spaltung der Bewegung führte. Genauso halten wir jetzt eine breite Offensive für notwendig. Zur Unterstützung und zum Schutz der Angeklagten und um die Spaltung zu verhindern. Die Situation, daß der Staat in der Regel nicht den faschistischen Terror verfolgt, sondern AntifaschistInnen kriminalisiert, ist nicht zufällig, sondern hat seine Ursache darin, daß faschistische Organisationen im kapitalistischen Staat mit dazu beitragen, dem Kapital seine Profite zu sichern.



Christian Worch (vorne rechts) bei der "Bestattung" von Heß 1987 in Wunsiedesl, hinter dem Tisch links: **Oliver Schweigert** 'FAP'-Westberlin

Um den sozialen Frieden zu wehren, versucht das Kapital, die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie auszugleichen. Erkämpfte Rechte und Grundlagen der sozialen Absicherung der ArbeiterInnenklasse sind noch nicht beseitigt. es gibt jedoch eine Vielzahl scheinbar kleinerer Maßnahmen und Angriffe des Kapitals und seiner jeweiligen Regierung (Parteien), die den sozialen und Rechtsabbau vorantreiben und Verbesserung für die Seite des Kapitals herbeiführen. Z. B. die Gesundheitsreform, Steuer- und Rentenreform, die Bestrebung zur Arbeitszeitflexibilisierung, Angriff auf die Ladenschlußzeiten, Lohndrückerei in jeder Form, sowie das Schiffszweitregister. Das ist noch kein Frontalangriff. Der Angriff läuft schleichend, um zu vermeiden, daß die Unterdrückten einen offenen Bruch mit dem System vollziehen. Aber Schritt für Schritt wird die Lage der ArbeiterInnenklasse verschlechtert. Durch alle genannten Maßnahmen, bei hoher Arbeits- und Wohnungslosigkeit nimmt der Druck auf ArbeiterInnen und Angestellte, auf erwerbslose, Alte und Teile des Kleinbürgertums zu und erzeugt Unzufriedenheit und Unsicherheit.

'FAP'- und 'NL'-er Worch (rechts oben)



Diese soziale Unzufriedenheit sucht nach einem Ventil, um sich Ausdruck zu verschaffen. Es wird nach Lösungen gesucht, wenn auch wenig zielgerichtet und großenteils unbewußt. Wachsende Teile der unter Druck befindlichen ArbeiterInnen, der Angestellten und Arbeitslosen und besonders der Jugendlichen unter ihnen beginnen sich von faschistischen Parolen Lösungen zu erhoffen. Wo immer mehr Menschen spüren, daß die bestehende Gesellschaftsordnung keine Zukunft mehr bietet, ist das nicht



verwunderlich. Diese Stimmung macht sich dann z. B. in der Wahl der Republikaner Luft.

Das diffuse Suchen nach Lösungen von sozialer Unzufriedenheit und unsicherer Zukunft verbindet sich derzeit mit einem in der BRD-Gesellschaft schon immer vorhandenen reaktionär-faschistischen Wählerpotential der Unbelehrbaren und Ewiggestrigen einerseits und andererseits von Teilen des Exekutivapparats (Polizei, Zeitsoldaten, z. T. Beamte), die gerne weitreichendere Befugnisse für die Erfüllung ihrer "Pflicht", d. h. der Unterdrückung von Protest und Widerstand, hätten.

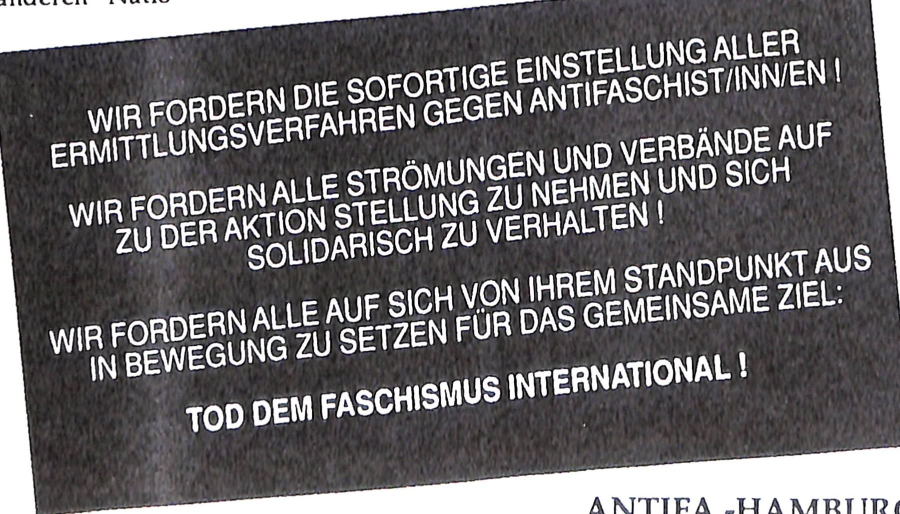
Unsere Aufgabe muß es unter anderem sein, allen Menschen zu zeigen, daß die Faschisten gegen die sozialen Interessen der unterdrückten Klassen stehen. Die wirklichen Ursachen der schlechten Lage vieler Menschen weltweit liegen im Kapitalismus. Nicht einzelne negative Seiten dieser Gesellschaft sind der Fehler, sondern das System ist der Fehler. Vor diesem Hintergrund richtet sich unser Kampf nicht nur gegen "alte" und "neue" Faschisten. Er muß eng verknüpft sein mit dem Suchen nach unseren Lösungen, die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche zu beseitigen. Wir müssen die bestehenden Machtverhältnisse grundlegend verändern, denn in dieser kapitalistischen Gesellschaft ist für ein menschenwürdiges Leben keine Grundlage vorhanden. HERRschaft funktioniert über Vereinzelung, Konkurrenz, autoritäre und patriachale Strukturen und Elitedenken. Über z. B. Wohnungsbau, Arbeitsorganisation und Schulsysteme wird versucht diesen Zustand unter uns herzustellen. Durch die Anonymität der Wohnghettos werden nachbarschaftliche Bezüge aufgelöst; durch Flexibilisierung und häufigen Wechsel der Belegschaften und die Zergliederung der Arbeitsabläufe in immer kleinere Einheiten wird ein beständiger Kontakt unter den KollegInnen erschwert.

Konkurrenz wird schon ab dem Kindergarten institutionell produziert und pflanzt sich fort in den aufbauenden Schulzweigen. Die Familie soll diese ein Stück auffangen, aber gleichzeitig die Strukturen männlicher HERRschaft festigen. Aber auch das scheinbare Zusammengehörigkeitsgefühl in der Familie greift immer weniger. Wir gehen davon aus, daß Menschen grundsätzlich ein Bedürfnis nach Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit haben. In Dieser widersprüchlichen Situation greift die Ideologie des patriachalen Nationalismus:

Egal, wer du bist und wie schlecht es die geht, du kannst dich dazugehörig fühlen. Diese Zusammengehörigkeit macht aber erst in der Abgrenzung zu anderen Nationen "Sinn". Es geht schließlich darum, Menschen die Möglichkeit zu geben, sich als über anderen stehend zu sehen. Hauptmittel der Abgrenzung sind Rassismus und Sexismus. Für uns gibt es keine Grenzen zwischen Rassen oder Geschlechtern, sondern nur zwischen oben und unten. Wir wollen im gemeinsamen Kampf mit unseren sozialen Interessen, solidarisch mit den Unterdrückten weltweit unsere Befreiung erkämpfen.

Die ANTIFA-HH ist ein Zusammenschluß von Stadtteilinitiativen, die sich mobilisiert haben an der zunehmenden Verbreitung der rechten Ideologie und als Selbstschutz gegen den Terror faschistischer Gruppen. Unsere Arbeit besteht in Aufklärung und Propaganda, unserer Präsenz auf der Straße, womit wir versuchen, Menschen, die dem faschistischen Terror ausgeliefert sind, zu ermutigen, sich gemeinsam offensiv zur Wehr zu setzen. Wir versuchen. in den sozialen Auseinandersetzungen präsent zu sein und antifaschistisches und antikapitalistisches Denken und Handeln zu verbreiten. Ein Ziel ist es, den Menschen aus der antifaschistischen Bewegung die Möglichkeit zu geben, sich zu organisieren und eine Diskussion über gesellschaftliche Alternativen zu führen. Das heißt, daß wir unseren Zusammenhang nicht auf Stadtteilgruppen begrenzt sehen, sondern auch auf betriebliche, schulische und andere Gruppen ausweiten wollen.

Wir streben ein möglichst breites Bündnis aller antifaschistischer Kräfte an. Deshalb arbeiten wir in der Hamburger Antifa-Koordination mit, einem Zusammenschluß aus Verbänden und Parteien in Hamburg, um gemeinsam mit anderen dem Rechtsradikalismus in Wort und Tat wirksam entgegentreten zu können.



ANTIFA -HAMBURG

St. Pauli Fans gegen Rechts





Berliner Pokalsieger 1988

aus der Nullnummer des Hamburger "Millerntor Roar"
Fans-Fußball-Viertel

Ende April dieses Jahres wurde unsere Ligamannschaft vom Berliner Oberligisten Türkiyemspor zu einem Freundschaftsspiel im Sommer eingeladen. Das Spiel sollte als Höhepunkt eines Stadionfestes in Berlin-Kreuzberg stattfinden, wo neben dem Fußball auch zahlreiche andere kulturelle Veranstaltungen wie Musik, Theater, Kinderfest usw. geplant waren. Dieses Fest sollte mithelfen, die Menschen aller Nationen näher zueinander zu bringen und Vorurteile abzubauen. Gleichzeitig sollte auch für einen menschennahen und toleranten Fußballsport geworben werden, in dem Ausländerfeindlichkeit und Rassismus keinen Platz haben.

Die Leute von Türkiyemspor schrieben unter anderem:

"Sehr geehrter Herr Volkert,
das antifaschistische Bündnis Westberlins möchte das freundschaftliche Zusammenleben aller Menschen demonstrieren und deswegen ein großes Stadionfest veranstalten.
In diesem Rahmen soll ein freundschaftliches Fußballspiel mit uns stattfinden. Wir haben großes Interesse daran, Euch für ein solches Spiel gewinnen zu können, da wir glauben, daß in St. Pauli ähnliche Probleme existieren wie zum Beispiel bei uns in Kreuzberg, und daß der Verein FC St. Pauli wie wir für ein friedliches zusammenleben der Völker eintritt."

Aus Gründen, die wir nicht akzeptieren können, hat unser Manager Georg Volkert die Sache seinerzeit abgeblasen. Mittlerweile liegt dem Verein eine erneute Einladung für den 23. September vor. Der Termin ist für uns natürlich ungünstig, weil dort die 2. DFB-Pokalrunde angesagt ist und wir eigentlich damit rechnen, gegen Werder gleich in der ersten Runde rauszufliegen. Aber wer weiß? (mittlerweile wissen es wohl alle, der FC St. Pauli verlor dieses Spiel gegen Werder Bremen mit 1:2 Toren, der Weg nach Kreuzberg wäre damit frei. anm. info).

Auf jeden Fall sollte sich die Vereinsführung die erneute Einladung erstmal unabhängig vom Termin besser durch den Kopf gehen lassen als das letzte Mal. Wieso hatte es im Sommer nicht geklappt? Georg Volkert schreibt in seinem Absagebrief unter anderem:

"In Ihrem obigen Schreiben (gemeint ist ein zweiter Brief aus Berlin, d.Verf.) hat es den Anschein, daß diese Veranstaltung als Politikum ausgetragen wird. Aus diesem Grund werden wir von einem Termin für ein Spiel Abstand nehmen."

Geplatzt ist das Freundschaftsspiel also letztendlich deshalb, weil unserem Management das Umfeld der Veranstaltung zu "politisch" war. Zwar gab es auch Probleme mit den Finanzen, aber diese Frage wäre mit etwas gutem Willen sicherlich lösbar gewesen. Die Begründung für die Absage ist nicht nur verdammt peinlich, sondern zeigt ein falsches Verständnis davon, wie und wo sich unser Verein öffentlich engagieren sollte. Gerade im Profi-Fußball ist es wichtig den Gedanken der Völkerverständigung hochzuhalten.

Der FC St. Pauli nimmt für sich zu Recht in Anspruch, in der alltäglichen Vereinsarbeit keine Vorurteile gegen Ausländer zu haben. 40 Prozent der jugendlichen Vereinsmitglieder sind schließlich Ausländer und es stimmt, wenn es in der Vereinschronik heißt, daß sich die Frage nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion bei St. Pauli nicht stellt. Für uns Fans, die nur zum Teil in die Vereinsarbeit eingebunden sind, ist es eine ganz entscheidende Sache, daß auch mit der Profi-Abteilung ein Zeichen für die Völkerverständigung gesetzt wird. Wir machen ständig die Erfahrung, daß die Bundesliga auf den Rängen zum Kotzen deutschnational ausgerichtet ist. Wenn wir daran etwas ändern wollen, kann so eine Veranstaltung wie jetzt in Kreuzberg geplant, den Leuten zeigen, daß man nicht Türkenhasser und Republikaner-Wähler sein muß um ein echter Fußballfan zu sein.

Der Verein kann sich in dieser Frage nicht auf eine "Angst vor einer Politisierung des Sports" zurückziehen.

Antifaschismus, Völkerfreundschaft und Solidarität sind für uns die Basis jeden sportlichen Wettstreits. Wer hier nicht offensiv Stellung nimmt, überläßt den Fußball den deutschnationalen Dummköppen. Das wäre ebenfalls ein "Politikum".

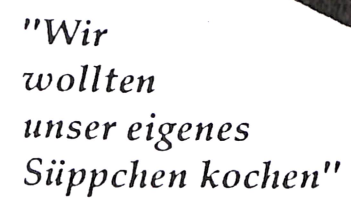
Die Kollegen von Türkiyemspor auf einer Antifa-Demo in Westberlin



PROZESS GEGEN NEUN 'HERTHA-FANS'

Am Mittwoch den 5. Juli '89 ging vor dem Westberliner Jugendgericht ein zweitägiger Prozeß gegen neun jugendliche Hertha BSC-Fans zu Ende. Die neun beteiligten sich in unterschiedlicher Besetzung an verschiedene Schlägereien, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Volksverhetzung und an der Verwendung von Symbolen verbotener Organisationen. Meistens legten die 'Hertha-Fans' nach den Spielen ihres Vereins los. Zum Beispiel sangen sie nach einem Hertha-Spiel am 5. 8. '88 in der U-Bahn *"die ganz normalen Hertha-Lieder"* wie das 'Horst-Wessel-Lied' und Sprechgesänge mit dem Text *"Deutschland den Deutschen, Ausländer raus - für jeden toten Türken geb ich einen aus"*. Erst nachdem ein beherzter Mitfahrer das BVG-Personal verständigte, wurden drei dieser 'Fans' festgenommen. Fünf Tage später nahm die Polizei zwei der Angeklagten bei einem Fußballspiel im Olympiastadion fest, wo die beiden den gleichen Sprechgesang anstimmten und sich nicht entblödeten den deutschen Schlager *"Mamor, Stein und Eisen bricht (aber unsere Hertha nicht)"*, mit einem *"Sieg Heil"* und dem entsprechenden Gruß zu versehen. Die Liste derartigen Auftretens ließe sich noch um ettliche Fälle verlängern. Die Ereignisse während und nach den Hertha-Spielen zum Ende der letzten Saison bestätigen dies auf traurige Art und Weise. Da wurden in der Innenstadt regelrechte Schlachten gegen Ausländer geschlagen.

Neonazi Hans Christian Wendt einen Tag nach dem Heß-Tod: am 18. 8. '87 vor dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis



"Wir wollten unser eigenes Süppchen kochen"

Ein kleiner Einblick in die **'Nationalistische Arbeiterjugend Deutschlands'** (NAD): Nach dem Motto wie rede ich mich am dümmsten raus (in diesem Falle rein) und plaudere dabei noch aus dem Nähkästchen, verhielt sich der Angeklagte **Hans Christian Wendt**, der durch den Rechtsanwalt Klaus Röhmel vertreten wurde. Wendt war, wie alle anderen Angeklagten auch, bei diversen ausländerfeindlichen Ausschreitungen vor und nach Fußballspielen dabei. Hierbei machte er nie einen Hehl aus seiner politischen Einstellung. Mal war es ein 'Hitler-Gruß', mal ein aus der Kehle geschmettertes 'Sieg Heil' mit dem er sich kund tat. Im vergangenen Jahr scharte er einige einschlägig bekannte und auch vorbestrafte Neonazis um sich, die sich dann 'NAD' nannten. Allerdings *"war es nicht so weit her mit der Organisationsstruktur"*, wie er

selbst bemerken mußte. Trotz strenger Geheimhalterei hatte einer seiner Kameraden die Einladung zu einem 'Kameradschaftstreffen' am 4.11.'88 in einem Kopierladen vergessen. In einem anderen Kopierladen ließ sich Wendt zusammen mit seinem Kamerad **Christian Andreas Wrobel** erwischen, als sie das Titelblatt (*"40 Jahre Judenrepublik"*) des NAD-Organs **'Der Sturm'** kopierten. Beide Male waren die Kopien mit allerlei, nach § 86 a verbotenen, Zeichen und Symbolen (Hakenkreuze, Wolfsangel ect.) versehen.

Am Abend des 13. Februars '89 versuchte H. C. Wendt der Polizei klarzumachen, warum er und seine Kameraden u. a. einen Karton mit über 250 Aufklebern der **'NSDAP/AO'** (*"Wir sind wieder da!" / "Trotz Verbot nicht tot!"*) und mehrere Ausgaben des **'NS-Kampfruf'** mit sich herumschleppten. Angeblich wollte er seine 'Kameradschaft' um sich versammeln, *"um nach dem Verbot der 'Nationalen Sammlung' in Westdeutschland, die Berliner Kameradschaft der NAD aufzulösen und das Propagandamaterial in einer Zeremonie zu vernichten"*.

Der stadtbekannte Neonazi **Oliver Schweigert** hatte bezüglich des Verbots der **'Nationalen Sammlung'** (NS) an die Polizei geschrieben, daß es 1. eine Berliner Ortsgruppe der 'NS' nicht gab, daß 2. die Berliner Ortsgruppe der 'NS' sich aufgelöst habe, und daß 3. die Berliner Ortsgruppe der 'NS' nicht in den Untergrund gehen werde. Dieser sinnige Brief von Schweigert, befand sich unter dem, am selben Abend von der Polizei beschlagnahmten, Propagandamaterial. Dieser Abend endete für Wendt, seinem einschlägig vorbestraften Kameraden **Martin Neumann** auf dem Abschnitt 54. Nur einen Tag später landete Wendt erneut auf einem Polizeiabschnitt. Im Olympiastadion hatte er wieder die *"üblichen Hertha-Lieder"* mitgesungen und zum 'Hitler-Gruß' das entsprechende 'Sieg Heil' durchs Stadion gebrüllt.

Im Prozeß versuchte die Jugendgerichtshilfe den Großteil der Angeklagten in die Ecke der typischen Fälle von sozial schwierigen Jugendlichen zu stecken. Ihre Urteilsvorschläge bewegten sich alle im Rahmen des sogenannten Erziehungsgedankens (Freizeitarbeiten, Wochenendarreste, etc.). Staatsanwalt Jahrtz (politische Abteilung) forderte allerdings wesentlich schärfere Strafen, die nach Meinung des Jugend-gerichtshelfers *"weit am erzieherischen Gedanken vorbei zielten"*. Auch ließ es sich der Staatsanwalt nicht nehmen, drei Zeugen zu belehren, welche von einigen der Angeklagten auf einem U-Bahnhof in SA-Manier zusammengeschlagen worden waren: *"Wer Rechtsextreme und Rechtsradikale als 'Faschos' bezeichnet, der macht sein eigenes unreflektiertes Schubladendenken deutlich. Faschisten waren etwas anderes"*.

Schlußendlich gab es für fünf der Angeklagten gegen Zahlung von 1.000,– bzw. 700,-- DM, 15 Freizeitarbeiten a 6 Stunden und drei Freizeitarreste, das Angebot zur Einstellung des Verfahrens. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen, da er angeblich Aufgrund polizeilichen Übereifers auf die Anklagebank geraten war. Martin Neumann erhielt wegen der schwere seiner Taten zwei Jahre Jugendarrest. Für einen anderen Angeklagten gab es acht Monate Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung. Wendt erhielt ein Jahr Jugendstrafe, das nach einer Verbüßung von noch fünf Monaten abzusitzender Jugendstrafe auf Bewährung ausgesetzt werden kann, wenn er sich sechs Monate straffrei hält.

Hans Christian Wendt wurde am 18.3.'88 bereits zu 10 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Die Bewährung wurde im Februar '89 widerufen, er sitzt jetzt bis Dezember '89 in der Plötze.

Martin Neumann (18 Jahre) wurde im August '88 zu 10 Jugendarbeiten und 300,– DM verurteilt. Die 10 Jugenarbeiten hat er nicht abgearbeitet. Neumann ist am 4.7.'89 verhaftet worden und sitzt seit dem 5.7. in U-Haft.

Foto: Oliver Schweigert, Mario Dombrowski, Lutz Schillok (v. l. n. r.). Gehören zu den aktivsten neonazis in Westberlin und sind Mitglieder der 'FAP', 'DJI' (Deutsch Jugendinitiative)





'REPs' wollen sich schlau machen

Ehemalige Strauß-Berater wie Günter Rohrmoser machen sich für die 'Republikaner' stark

Rechtzeitig vor Empfang der 16,5 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung aus dem Europawahlkampf, sind die Ermittlungsverfahren gegen SSchönhuber wegen Betrugsverdacht und Veruntreuung der Kostenerstattung aus dem bayrischen Landtagswahlkampf ('86) eingestellt worden. Die volle Parteikasse wird eine wesentliche Stärkung der rechtsextremen Parteiorganisation bedeuten. Nicht nur der Ausbau des Parteiapparats, der Ausbau der Landesverbände, des Bundesverbandes und der Umzug der Parteizentrale von München nach Bonn wird durch die Millionenspritze beflügelt.

Im Hintergrund wird an einem Parteiprogramm gearbeitet, daß es in sich haben wird. Das Stichwort heißt "Intellektualisierung". Eine Reihe von rechts- und erzkonservativen Köpfen hat sich dafür in die Pflicht nehmen lassen. Standen diese Theoretiker der neuen Partei Anfangs eher reserviert gegenüber, hat sich mit der möglichen Aussicht auf den Einzug in den Bundestag auch der Durchbruch zu den reaktionären Intellektuellenschichten gebahnt.

Der nach eigenen Angaben mittlerweile fast 20.000 Mitglieder zählenden Partei, die bis vor kurzem *"im Grunde eine bayrische Landvolkbewegung"* (Ex-NPD-ler, und heutiger 'REP' **Rudolf Kendzia** der jetzt in der Westberliner Landeszentrale für politische Bildung tätig sein darf) gewesen war, soll der nötige politische und nationalideologische Schliff verpasst werden. Ähnlich wie die französische Rechts-Intelligenz der 'Nouvelle droite' der 'Front National' den Faschisten den theoretischen Überbau zur Etablierung lieferte, erklären sich jetzt die Vordenker der 'Neuen Rechten' in der BRD bereit, den 'REPs' ihre Intelligenz zur Verfügung zu stellen.

Die *"Überlebensfrage der Republikaner"* steht und fällt mit ihrer *"Intellektualisierung"* gab der rechtskonservative Philosophieprofessor **Günter Rohrmoser** zu verstehen und brachte damit den Stein ins Rollen. Der von Schönhuber als *"Geistiger Wegbereiter"* der 'Republikaner' bezeichnete Professor für Mittlere und Neue Geschichte an der Uni Erlangen, **Helmut Diwald**, hat seine Arbeit bereits begonnen, er schreibt am 'deutschlandpolitischen' Teil des neuen Programms. Diwalds 'deutschlandpolitischen' Vorstellungen wenden sich gegen die *"nationale Impotenz der Deutschen"*, für deren Lebensraum er selbst die von den 'REPs' propagierten Grenzen von 1937 für zu eng hält. Seine diversen Versuche die Verbrechen der Nazi-Faschisten zu leugnen, wurden schon vor zehn Jahren von Gerhard Freys 'Deutschen Nationalzeitung' gefeiert.

In den beiden vorletzten Ausgaben (Juli/August) der Parteizeitung 'Der Republikaner' meldete sich **Tilman Ziegler** zum Thema Umweltprogrammatik zu Wort. Ziegler war Vorsitzender der rechten **'ÖDP'** (Ökologisch Demokratische Partei) in München. Dort trat er im März aus und wechselte im Juni zu den 'REPs', wo er am neuen Programm zu den Punkten 'Umwelt und Lebensschutz' arbeitet. Der nationalkonservative Ziegler meint, *"Gemeinsinn, Rechtsbewußtsein und Verantwortungsgefühl als Voraussetzungen für jegliche Verzichtsbereitschaft können nur in einem Volk gedeihen, das sich durch gemeinsame Geschichte und Zukunft verbunden weiß." ... "Von einer anonymen, multikulturellen Gesellschaft*



ist keine Solidarität zu erwarten. ... Die Republikaner setzen dem die Idee der praktischen Verantwortung des einzelnen gegenüber Familie, Heimat, Volk, Staat und

Bundeswehr General a.D. will für das Sicherheitsprogramm der 'REPs' sorge tragen





Geschichte, also der erlebbaren Umwelt entgegen."

Der Sicherheitspolitik soll sich ein 3-Sterne General a. D. annehmen, der in den 'Republikanern' eine unterstützungswürdige politische Kraft sieht. **Franz Uhle-Wettler**, ehemaliger Kommandeur der 5. Panzerdivision der Bundeswehr leitete die NATO-Verteidigungsakademie in Rom und erklärte sich nun zur programmatischen Mitarbeit bei den 'REPS' bereit. Der General a.D. steht mit den neuen rechten gegen die Westbindung der BRD und für die Wiedervereinigung zu einem "Gesamtstaat Deutschland". *"Ein wiedervereinigtes Restdeutschland würde.etwa 80 Millionen Einwohner, ein großes wirtschaftliches Potential,ein nenneswertes intellektuelles Potential, vieleicht etwas mehr Selbstbewußtsein als die Bundesrepublik und eine erhebliche konventionelle Kampfkraft haben."* (Uhle-Wettler in der extrem rechtskonservativen Intellektuellenzeitschrift 'Critikon'). Bis zum Bundestagswahlkampf soll das neue Parteiprogramm auf dem Tisch liegen. Es können noch weitere Mitarbeiter und Berater vermutet werden, wie zum Beispiel aus dem Weltwirtschaftsinstitut in Kiel, die aber (laut Neubauer) *"noch nicht genannt werden wollen"*. Der Kreis kann aber grob abgesteckt werden. Ehemalige CSU-Berater, zweifelhafte Historiker und andere intellektuelle Kreise um die rechtkonservativen bis rechtsextremen Zeitschriften **'Criticon'** und **'MUT'** werden schon deswegen dazu gehören, weil sich die 'REPs' als politischer Faktor etablieren, die im Gegensatz zu 'NPD' und 'DVU' alle Strömungen des 'deutschnationalen Lagers' an sich binden können.

Burschenschafter mischen kräftig mit

'Republikanische' Abgrenzungen und Aufnahmesperren für Neonazis sind bloße Sprüche

Zu dieser Entwicklung gehört die am 16. Mai erfolgte Gründung des **'Republikanischen Hochschulverbandes'** (RHV). Diesem steht Schönhuber wesentlich positiver gegenüber, als dies bei der Gründung eines Partei-Jugendverbandes der Fall war. Zur ersten Versammiung des 'RHV' erschien der REP-Führer höchspersönlich. Zur dreiköpfigen Vorstandsspitze des Hochschulverbandes gehört **Alexander von Schrenk-Notzing**, der Sohn Caspar Freiherr von Schrenk-Notzings, dem Herausgeber von 'Critikon', 'REP'-Förderer und Großaktionär bei WMF und BASF. **Hans-Ulrich Kopp**, ab und zu auch für 'Critikon' tätig, vertritt die rechtsextreme Münchener Burschenschaft **'Danubia'** im 'RHV'-Vorstand. Der dritte Mann im Vorstand heißt **Alexander Wolf**. Der 'RHV' ist an den Universitäten München, Frankfurt, Freiburg, Erlangen und Kiel aktiv. An weiteren Unis werden 'RHV'-Gründungen erwartet.

Rechtsextreme Studenten in Führungspositionen

Die deutschen Burschenschaften, die größtenteils schon vor längerem von ihrer CDU-Nähe abrückten um ihre politische Zukunft rechtsaußen suchen, gehören nicht nur zu den 'REP'-Sympathisanten. Der **'Gesamtdeutsche Studentenverband'** (GDS) und die **'Deutsche Burschenschaft'** (DB) machen sich aktiv für die Ziele der 'Republikaner' stark. Zum Teil übernehmen sie hohe Parteifunktionen wie der Burschenschafter **Boris Rupp** im



Faschistenblätter werden zum 'Republikaner' Medium

Parteivorstand oder **Markus Beisicht**, der bis 1987 Vorsitzender des neofaschistischen **'ring freiheitlicher studenten'** (rfs) war und als Beisitzer im 'REP'-Bundesvorstand fungiert. Außerdem ist Beisicht stellvertretender Landesvorsitzender der 'REPs' in NRW. Für die Kommunalwahlen im Oktober kandidiert der Kölner auf Platz eins der 'REP'-Liste.

SEITE 10 - 12: INTERVIEW MIT FRANZ SCHÖNHUBER



Europa vorn

JUGENDZEITSCHRIFT FÜR DEMOKRATIE UND NATIONALE IDENTITÄT



Europa vorn



Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung

Aus diesem studentischen Umfeld setzt sich auch die Redaktion der Zeitschrift **'Junge Freiheit'** zusammen, die an den Hochschulen zum Organ der 'REPs' geworden ist. Ursprünglich war das Blatt von der rechtsextremen **'Freiheitlichen Volkspartei'** ins Leben gerufen worden, jetzt stellt es sich voll in den Dienst der "Intellektualisierung" der SSchönhuber-Partei. Zu den Mitarbeitern gehören Boris Rupp, **Torsten Witt** ('REP'-Mitglied und Vorsitzender des 'GDS' in Westberlin), **Ulrich Korell** aus Bonn (seit Oktober '87 Generalsekretär des 'rfs'), **Frank Butschbacher** aus Wien ('Criticon'-Schreiber), **Karl Richter** (der für die **'Deutschen Monatshefte'** und **'Nation Europa'** schreibt) und Kühnen-Spezi **Michael Krämer** (siehe weiter hinten).

Um im faschistischen Blätterwald zu bleiben, der sich gleichzeitig mit den Erfolgen der 'REPs' auf deren Linie eingestimmt hat, sei noch die ehemalige nazionalrevolutionäre Zeitschrift **'Europa Vorn'** genannt. Das Blatt erscheint - nachdem es schon fast untergegangen war - seit Januar '89 in neuer Aufmachung. Der Herausgeber ist jedoch der Alte geblieben. Der ehemalige 'NPD'-ler **Manfred Rouhs** wechselte mit seinem Übertritt zu den 'Republikanern' auch den Untertitel seiner Zeitung. Anstatt als das alte *"Nachrichtenmagazin der Neue Rechten"*, fungiert das Blatt etzt als *"Das Republikanische Nachrichtenmagazin"*.

"Für die rund 2.000 Ausländer in Herborn (für sie mögen es Mitbürger sein, für uns niemals!) sind die Zeiten der Ruhe vorbei. Der Hessentag 1986 ist für uns alle Signal zum Angriff. ... Der 7 Juni 1986 wird zum Fanal für die Befreiung des deutschen Reiches und die Wiedervereinigung des germanischen Blutes werden. Deutschland erwache!"

So hieß es in einem Brief, der Ende '85 den Pressesprecher der SPD-Hessen-Süd erreichte. Der Schreiber des Briefes trat im Herbst '86 den 'Republikanern' in Bayern bei und machte dort schnell Karriere. Als Kreisbeauftragter organisierte **Michael Krämer** einen SSchönhuber-Auftritt in Holzkirchen. Im März '87 wurde er in den oberbayrischen Bezirksvorstand gewählt. Sein Organisationstalent bewies Krämer schon früher. Als Mitglied der 1983 verbotenen **'Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten'** (ANS/NA) organisierte er Urlaubsquartiere für *"Volkstreue und Nationalgesinnte"* in Südtirol. 1984 besorgte er für das **'Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des hundertsten Geburtstages Adolf Hitlers'** (KAH) Tagungsräume in Vlotho.

Für die **'FAP'** versuchte er 1985 die Stadthalle seiner hessischen Heimatstadt Dillenburg anzumieten. Als ihm die Halle verweigert wurde, drohte er dem Bürgermeister damit Dillenburg *"unregierbar"* zu machen. Im August '86 ist er deswegen zu einer Geldstrafe von 2,925 DM verurteilt worden. Im März '89 ist gegen ihn zwar eine inoffizielle Ämtersperre erlassen worden, Parteimitglied bleibt er, der **Michael Kühnen** *"mein Führer"* nennt trotzdem.

Geldgeber

Im Düsseldorfer Nikko-Hotel trat Schönhuber kurz vor den Europawahlen zum ersten Mal in die historischen Fußstapfen des 'Führers'.



Er traf sich mit der sogenannten **'Herrenrunde im Industrieclub Düsseldorf'** (Hitler hielt seine Rede im Industrieclub Düsseldorf 1932), die sich aus etwa 100 mittelständischen Unternehmern und Finanzgrößen zusammensetzt.

Ein bis zweimal im Monat trifft sich die 'Herrenrunde', um sich über die neuste wirtschaftliche und politische Lage im In- und Ausland zu informieren. Einer der 'Herren', die SSchönhuber zu dieser Runde eingeladen hatten, ist der Ex-FDP-ler und Chef der Düsseldorfer Maklerfirma **'Interfinanz'** Dr. **Carl Zimmerer.** Schönhuber konnte sich über diesen Abend nicht beklagen, fand er doch einige Unterstützer für seine Sache. *"Er hat sicherlich an Sympathien gewonnen"* sagte einer der drei Mitunterzeichner der Schönhuber-Einladung und Boß einer Neusser PR-Agentur, **Hanns M. Hock.**

Im Verhältnis zum Auftritt Hitlers vor dem Monopolkapital bleibt Schönhubers Ausbeute zwar denkbar gering - unter anderen sollen Zimmerer und Hock Schönhuber jeweils 10.000 DM für die Abschlußveranstaltung seines Europawahlkampfes zugesagt haben - was aber nicht den Interessen der Monopolkapitalisten widerspricht, die das klein- und mittelständische Unternehmertum als Pulsfühler auf den Weg schicken werden.

Der dritte Einlader Schönhubers ist ein EX-Kompaniechef der Wehrmacht und Mitglied der rechtsextremen **'Gesellschaft für freie Publizistik e.V.'** (GfP) aus Solingen. Sein Name ist **Günther Kissel.** Nicht nur daß sich der seit seiner Verurteilung flüchtige Kriegsverbrecher **Gottfried Weise** von 1950 bis 1982 bei der Kissel-AG verstecken konnte. Kissel stellte sein Firmengelände für die erste 'GfP'-Veranstaltung in NRW zur Verfügung, bei der der englische "Historiker" und Hitler-Verehrer **David Irving** referierte. Die 1960 von ehemaligen und neuen Nazi-Publizisten gegründete 'GfP' hält Kontakt zu fast allen faschistischen Organisationen in der BRD.

'Machtkämpfe'

Westberliner Machtkämpfe decken 'REP'-Parteistruktur auf

Westberlin: Im Oktober wird es wieder einen Landesparteitag der Westberliner 'REPs' geben. Von den ursprünglich elf 'REP'-Abgeordneten sind nur noch neun für die Fraktion tätig und der Landesverband braucht einen neuen Führer. Nachdem der *"Diktator"* **Bernhard Andres** nach langem Hin und Her vom Bundesvorsitzenden Schönhuber entmachtet worden ist, scheint der Weg für den Ex-JUler **Carsten Pagel** frei zu sein. Pagel hatte am 8. Juli als Kandidat gegen Andres den Kürzeren ziehen müssen, kann jetzt aber wieder ins Feld ziehen. Der 'REP'-interne Machtkampf erreichte im September seinen vorläufigen Höhepunkt, als Andres von seinen sämtlichen Funktionen enthoben wurde und seitdem als fraktionsloser 'REP' im Abgeordnetenhaus sitzt.

Hintergrund sind Veröffentlichungen über die Machenschaften von Andres uns seinen Anhängern. Seine Machtgeilheit und die (zum Teil äußerst gewaltätigen) Mittel zur Durchsetzung seiner Autorität wurden ihm zum Verhängnis. Als ausgemachter Dummkopf passt er zwar in das Bild einer Stammtischpartei, aber das soll auch in Westberlin anders werden. Pagel will den Vorreiter für die "Intellektualisierung" des Westberliner Landesverbandes spielen und mit Andres ist da nichts zu machen.

Die Formen der Auseinandersetzungen zwischen beiden Flügeln haben sich mittlerweile so zugespitzt, daß sich der neue Fraktionsvorsitzend **Frank Degen,** selber beurlaubter Polizist, unter Polizeischutz stellen lassen hat. Über die Anhängerschaft von Andres werden derweil Informationen verbreitet, die deren Vergangenheit als Kriminelle ans Licht bringen. Andres wehrt sich mit Internas aus der Welt seiner Gegner, die ein **"Landesarbeitskreis Sicherheit"** für ihn sammelt. Sein Parteifreund und Bodyguard **Dieter Mason** (genannt 'Chinesen-Kalle') sorgt für die körperlichen Auseinandersetzungen. Mason ist Karate-Kämpfer, gilt bei der Westberliner Kripo als *"Berufsverbrecher"* und führt eine 80 Mann zählende Schlägertruppe an, die wiederum dem "Landesarbeitskreis Sicherheit" unterstellt ist, der sich aus Parteimitgliedern zusammensetzt, die als Beamte ihren Dienst bei der Westberliner Polizei tun.



Andres (mitte) und sein Bodyguard "Chinesen-Kalle" (rechts) feiern ihren Sieg am 8. Juli

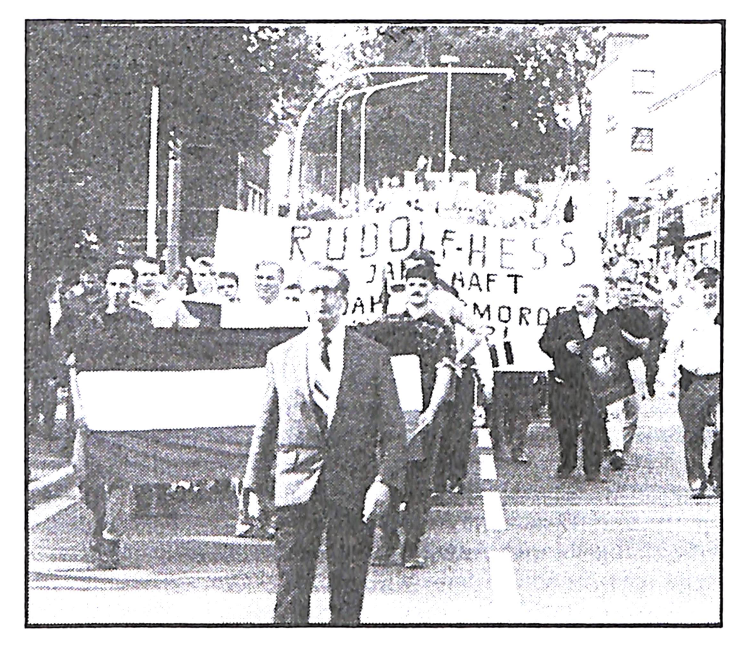
Andres fristlos entlassen, Arthur Göllner ausgetreten - die Westberliner 'REP'-Fraktion im Abgeordnetenhaus schrumpft

Andres, der sich noch immer als Fraktionsführer sieht, gibt nicht auf. Sein erster Kommentar zu seiner Entlassung: *"seit heute morgen 9 Uhr 4 wird zurückgeschossen".*



Faschisten-Aufmarsch

Wunsiedel



Wunsiedel '89: 'Fahnenträger' **Oliver Schweigert** FAP-Westberlin (rechte Seite), links daneben, in der Mitte hinter der Fahne: **Friedhelm Busse**

Am 19. August fielen mehr als 200 Neonazis in die Kleinstadt Wunsiedel im Fichtelgebirge ein. Sie wollten dem *"Märtyrer für Deutschland - Rudolf Heß"* zwei Tage nach dessem offiziellen 2.Todestag gedenken. Die Bevölkerung gaffte teilweise nur - überwiegend war sie jedoch gegen den braunen Marsch der Gestalten aus allen Teilen der BRD, aus Belgien, Dänemark und Österreich.

In den Neonazi-Blättern **'Index'** (Hamburg) und **'Wehr Dich'** (Rheda-Wiedenbrück) war seit Monaten für das Treffen mobilisiert worden. Dort wurde auch über den *"Rechtskampf"* des Neonazis und Rechtsanwaltes **Jürgen Rieger** aus Hamburg berichtet, der - wie schon im letzten Jahr - für den 'Demo'-Anmelder **Berthold Dinter** vor Gericht zog und auch diesmal ein Verbot des Aufmarsches verhindern konnte.

"kerndeutsches Menschenmaterial" pilgerte auch dieses Jahr wieder zum Heß-Grab

In Wunsiedel marschierten unter anderem Mitglieder und Anhänger von **'FAP'**, **'NF'**, **'NL'**, der verbotenen **'NS'** sowie von **'NPD'** und **'DVU'** auf. Der Ort wird zur Pilgerstätte für Nazis.

Wundiedel '88: Heß-Pilger mit Fähnchen und Plakaten, rechts **Siefried Borchardt - "SS-Siggi"**



Ein paar 'Promis':

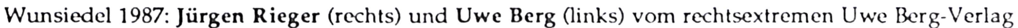
- **Berthold Dinter** aus Rheda-Wiedenbrück, **HNG**-Mitglied und Herausgeber von 'Wehr Dich'; hatte wie im letzten Jahr den Aufmarsch angemeldet
- **Christian Worch** aus Hamburg, Vorstandsmitglied der 'Nationalen Liste' (siehe auch Seite xx) und Schriftleiter der 'NL'-Zeitung 'Index' und seine Frau
- **Ursula Worch**, ebenfalls im Vorstand der 'NL', Ex-Schriftleiterin der **'DFF'**-Zeitung **'Die Kampfgefährtin'**
- **Edgar Geiß**, aus Hechthausen (Niedersachsen), Freund von **Michael Kühnen**, Mann mit besten Verbindungen, 1979 durch seinen Hitler-Gruß am Grab des NS-Kriegsverbrechers Kappler weltweit (negativ) bekannt geworden, mit Frau
- **Lilo Geiß**, die 1985 sich in Nürnberg als VVN-Frau ausgab
- **Siegfried Borchardt** aus Dortmund, genannt 'SS-Siggi', brutaler Schläger und 'FAP'-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen
- **Axel Zehnsdorf** aus Hattingen (Nordrhein-Westfalen), Mitglied des 'FAP'-Landesvorstandes NRW
- **Thomas Brehl** aus





Jürgen Rieger unterhält nicht nur beste Kontakte zu fast allen faschistischen Organisationen. Als 'Rechtsnwalt' setzt er sich besonders für die Verteidigung militanterNazis ein.

Wunsiedel 1987: **Jürgen Rieger** (rechts) und **Uwe Berg** (links) vom rechtsextremen Uwe Berg-Verlag



Langen in Hessen, *"Der Stellvertreter Michael Kühnens"*, 'NS'

• **Friedhelm Busse**, Bundesvorsitzender der 'FAP'; Gründer und Vorsitzender der 1982 verbotenen **'VSBD/PdA'**

• **Jürgen Mosler**, Führer des "Mosler-Flügels" - dem Anti-Schwulen-/Kühnen-Flügels innerhalb der 'FAP'

• **Bert Eriksson** aus Belgien, Gründer und Führer des **'Vlaamse Militanten Orde'** (VMO); ehemaliger Korea- und Kongo-Söldner

Die Neofaschisten konnten ihre 'Demonstration' mit Hilfe der bayrischen 'Unterstützungskomandos' (USK) der Polizei ohne nennenswerte Probleme durchführen.

Auf der Abschlußkundgebung befand Christian Worch die versammelten Faschos als *"positives, kerndeutsches Menschenmaterial"* und hetzte gegen die Hamburger Hafenstraße, die *"Kiefernstraße in ... äh ... äähh ... (vorgesagt) ... Düsseldorf"*, Journalisten und Beamte des Landratsamtes. Sie hätten die Frechheit besessen, die 'Demonstration' verbieten zu wollen. Anschließend fuhr *"das kerndeutsche Menschenmaterial"* ins 30 Kilometer entfernte Kulmain, um in aller Ruhe einen Kameradschaftsabend abzuhalten.

Rassisten-Treffen

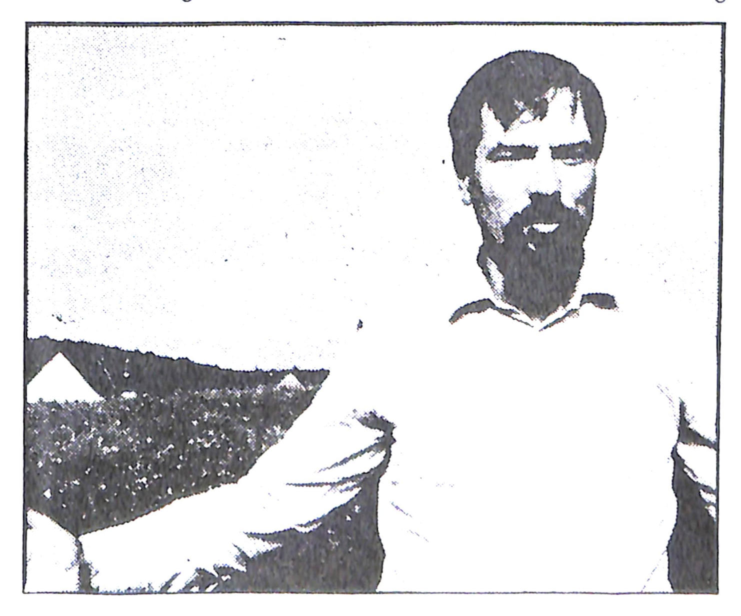
Nach 1986 (in Schleswig) fand in diesem Jahr vom 9. bis 12. Juni in Kreuzkamp bei Lübeck erneut ein Treffen des **'Nordischen Ringes'** statt. Initiator des Treffens im Motel Kreuzkamp war wie bereits '86 der Faschisten-Anwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg. Rieger ist im Vorstand vom 'Nordischen Ring', der auch in den westeuropäischen Nachbarländern unter der Bezeichnung **'Northern Leage'** aktiv, die ihren Sitz in Amsterdam hat.

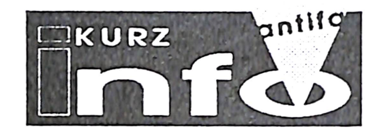
Zu dem Treffen kamen neben den Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet auch Briten, Dänen, Belgier und Niederländer. Als Referenten waren unter anderen **Jan Kruls** (Amsterdam), **James Mottram** (GB), **Dieter Stromfeld** (NPD-Hamburg), **Dieter Vollmer** (Schleswig, Autor im 'Kritik-Verlag' von Thies Cristophersen) und **Claudia Brüning** (NPD-Oldenburg und Christophersen-Vertraute) geladen. Themenauswahl u.a.: *"Inwieweit hängt Kultur von den Genen ab?"* und *"Psychologie und Rasse"*.

Der 'Nordische Ring', seine Zeitung **'Nordische Zukunft'** (die viermal im Jahr erscheint) und die regelmäßigen Treffen haben einen Neonazi-umspannenden Charakter. Dazu gehören **'Ludendorfer'**, NPD- und DVU-Mitglieder, FAP-ler, Wiking-Jugend-Vertreter, Mitglieder der ebenfalls biologisch-rassisch ausgerichteten **'Artgemeinschaft'** und Mitglieder der **'Gesellschaft für Antropologie, Eugenik und Verhaltensforschung'**, die wiederum von Jürgen Rieger angeleitet wird.

'Nordischer Ring' *Versammlung europäischer Faschisten bei Lübeck*

Rieger bei einer Sonnenwendfeier in Horn/Bad Meinberg





'Wiking-Jugend'-Feier

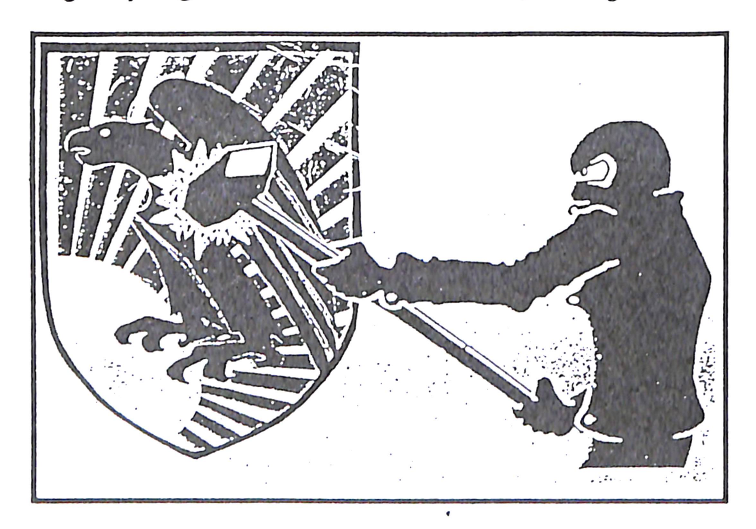
'traditionelle' Sonnenwendfeier der 'WJ' in der Nähe von Detmold



mittlerwelle "37 Jahre Volkstreue Jugendpflege"

Am 17. Juni traf sich die **Wiking-Jugend** (WJ) bei den Externsteinen in der Nähe von Detmold zu ihrer traditionellen Sonnenwendfeier. Seit Jahren ist diese vor- und frühchristliche Kultstätte Pilgerort für Neonazis, da die Steine den Nazis bereits im Faschismus als germanischer Kultplatz dienten.

Vereinbarter Treffpunkt der WJ war die bekannte braune 'Aabach-Klause' in Reelsen bei Bad Driburg. Das Treffen dort wurde durch eine Blockade von rund 100 AntifaschistInnen verhindert. Die WJ traf sich daraufhin in den Nebenstraßen und auf Feldwegen rund um Reelsen. Als Steine auf ihre Kfz flogen, suchten sie Hilfe bei der Polizei, obwohl ihre Mitglieder selbst mit Knüppeln Bewaffnet waren. Mit den Fahrzeugen patrouillierte die WJ ständig durch die



Straßen. Dazu verständigten sie sich mit Sprechfunkgeräten.

Die ca. 80 Wiking-Jugend-Mitglieder in hellbraunen Uniformen mit Runen-Abzeichen des sogenannten 'Gau Nord' und des 'Gau Rhein-Westfalen' und WJ-Mitglieder aus den Niederlanden wurden vom WJ-Bundesführer **Wolfgang Nahrath** (60) aus Stolberg bei Aachen persönlich begleitet. Als Kontaktperson für das Treffen wurde **Dirk Narath** aus Krefeld angegeben. Die Sonnenwendfeier selbst konnte von den AntifaschistInnen nicht verhindert werden.

Frankfurt-Höchst

'FAP' Hessen

Knapp 3.000 AntifaschistInnen demonstrierten am 14. Juli gegen die neue **'FAP'**-Zentrale in Frankfurt-Höchst. Autonome, GewerkschafterInnen und Grüne forderten gemeinsam mit der "Bürgerinitiative Höchsterinnen und Höchster gegen neofaschistische Umtriebe" die sofortige Schließung des Nazi-Treffpunkts in der Gaststätte **'Zum Rübezahl'**.

Die 'FAP' hat ihr Hauptquartier von Langen in die Höchster Kneipe verlegt. Seitdem häufen sich in dem Frankfurter Stadtteil die Überfälle und Bedrohungen gegen AusländerInnen und AntifaschistInnen. Wöchentlich sollen sich im 'Rübezahl bis zu hundert Faschisten getroffen haben. Zeitweise maschieren die Nazis unter 'Sieg Heil'-Rufen durch die Straßen und beschmieren die Hauswände mit ihren Hetzparolen. **Heinz Reisz**, der hessische Landesvorsitzende der 'FAP', spricht von zwölf 'FAP-Kameradschaftsgruppen' die mittlerweile in Hessen aktiv sein sollen.

Nieheim

Konzert für Nazi-Skins

Vergleichsweise harmlos endete am 17. Juni ein großes Nazi-Skinheadtreffen in dem kleinen Ort Nieheim (Kreis Höxter/Niedersachsen). In der 3.000 - Einwohner - Gemeinde versammelten sich rund 700 Skins aus dem ganzen Bundesgebiet, Westberlin und aus Österreich. Anlaß war ein Konzert, bei dem drei Bands spielten. Dazu vergab die Gemeindeverwaltung wie selbstverständlich ihre Stadthalle per Mietvertrag an die Fascho-Skins.

Initiator war ein Fascho-Skinhead aus Höxter, der bereits zum Dritten Mal in der Region ein Skin-Konzert organisierte. Nach Ende des Konzerts mußten starke Polizeikräfte die Stadthalle gewaltsam räumen, in der die Glatzen nach exessivem Alkoholgelage massiv randalierten. Die Polizei beschränkte sich auf Personalienfeststellungen - Festnahmen gab es keine.

An den Wänden der Stadthalle prangten mehrere Hakenkreuze und faschistische Parolen, darunter z.B. der Satz "Kauft nicht bei Juden". Der Sachschaden in der Halle betrug nach Angaben des Bürgermeisters 10.000 Mark. Unter anderem wurde der gesamte Parkettfußboden zerstört. Der Bürgermeister hatte sich vor der Veranstaltung an die Polizei gewandt. Diese habe jedoch keinerlei Bedenken gegen das Konzert geäußert.



Hoffmann (oben rechts) und Kumpanen bei einer ihrer 'Übungen' (1976)

WSG-Führer Hoffmann freigelassen

Ende Juli dieses Jahres wurde der Chef und Gründer der **'Wehrsportgruppe (WSG-) Hoffmann'** vorzeitig aus dem Knast entlassen. 1986 war der Faschist Hoffmann wegen Geldfälschung, Waffenbesitz, Freiheitsberaubung und Folterungen (an seinen eigenen Leuten) zu neuneinhalb Jahren verurteilt worden, die Reststrafe wurde jetzt auf Bewährung ausgesetzt.

Von dem Vorwurf des Doppelmordes an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke (1981) wurde er damals - *"Trotz erheblicher Bedenken"* - freigesprochen. Hoffmann lastete den Mord seinem Freund und Gesinnungsgenossen **Uwe Behrendt** an. Behrendt, der als Mitglied der 'WSG-Ausland' - die nach dem Verbot (1980) der 'WSG-Hoffmann' von Hoffmann ins Leben gerufen worden war - im Libanon tot aufgefunden wurde, konnte in dem Prozeß nicht mehr aussagen. Für das Münchener Oktoberfestattentat im September 1980, bei dem 13 Menschen ermordet worden sind, wurde Hoffmann nie belangt.

Es blieb - trotz jeder Menge offener Fragen - bei der vom Bundeskriminalamt ausgegebenen "Einzeltätertheorie", nach der der 21jährige **Gundolf Köhler** die Bombe allein gelegt und sich dabei selbst in die Luft gesprengt hat. Köhlers engen Kontakten zur 'WSG-Hoffmann' und z.B. der Tatsache, daß wenige Stunden nach dem Terroranschlag auf der Münchner Autobahn ein ganzer Lastwagenkonvoi der Hoffmanntruppe von der Polizei gestellt wurde, ist nie weiter nachgegangen worden.

Obwohl drei Richter des Landgerichts Bayreuth noch im April eine vorzeitige Entlassung des Rechtsextremisten ablehnten, entschied das Bamberger Oberlandesgericht eine Beschwerde Hoffmans positiv. Das Gericht in Bamberg meinte Hoffmann hätte *"glaubhaft zu erkennen gegeben"* seine Gesinnung geändert zu haben. Hoffmann selbst sagte nach seiner Freilassung dazu: *"Es ist völlig falsch, wie berichtet wurde, ich hätte meine Gesinnung geändert"* und *"Eine Gesinnungsprüfung fand vor dem Oberlandesgericht Gott sei Dank nicht statt."*

Drei Jahre vor Ablauf der eigentlichen Haftzeit sitzt Hoffmann wieder auf seinem Schloß in Ermreuth, dem ehemaligen Hauptquartier der 'WSG', das während der Naziherrschaft der NSDAP als Gauführerschule gedient hatte. Hier wartet er auf den Ablauf der Bewährungszeit um sich dann wieder "politisch" zu betätigen. Im Knast schrieb er ein (Memoiren-) Buch mit dem Titel *"Verrat und Treue - ein an Tatsachen orientierter Roman"*, der noch vor seiner Entlassung im **'Themis Verlag'** erschien, in dem er zum Beispiel das Oktoberfestattentat dem israelischen unterjubeln will. Prompt veröffentlichte ein **B. Natorp** in der Juli-Ausgabe des Faschistenblatts **'Nation Europa'** eine Buchbesprechung.



Sechs Jahre (von1974 bis zum Verbot 1980) konnte die Hoffmann-Truppe - unbehelligt von der bayrischen Justiz und Landesregierung - ihre Wehrsport-Manöver abhalten abhalten. Am Schluß zählte die Terror-Truppe an die 500 Mitglieder. Die meisten sind auch heute noch als Nazis aktiv.

"Was wir in diesem Lande brauchen, ist der mutige Bürger, der die Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören - in ihre Löcher"
"Am Ende unserer Generation darf es keine Kommunisten mehr geben."
(Franz Josef Strauß†)

"Legt sie um, die roten Säue, macht sie nieder Mann für Mann, kriechen aus den Löchern neue, keine Angst, auch sie sind dran."
(Karl Heinz Hoffmann)

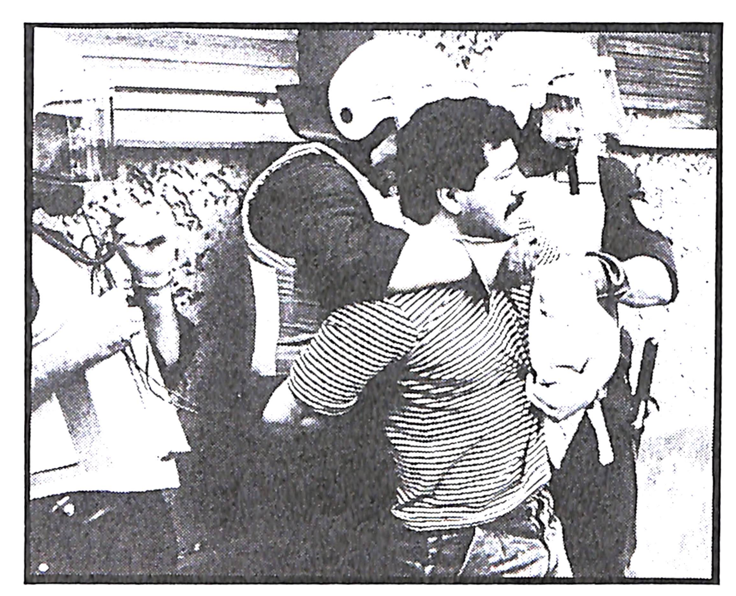


Kriminalisierung aktiver AntifaschistInnen

Über 120 Festnahmen von Antifas im letzten halben Jahr

Es vergeht kaum eine Aktion mehr, ohne daß Leute von uns festgenommen werden (allein um den 20. April um die 90 Festnahmen). Bei allen möglichen antifaschistischen Aktivitäten wie Kundgebungen, Demonstrationen und auch einfach auf der Straße werden die AntifaschistInnen kriminalisiert, und von der Presse u.a. diffamiert. Die Neofaschisten hingegen bekommen einen Freibrief nach dem anderen, werden als "verwirrte Einzeltäter" dargestellt oder erklären einfach sie wären provoziert worden.

Die Kriminalisierung dient einzig und allein dazu, die Menschen weiter zu vereinzeln, solidarisches Handeln zu verhindern, die Leute abzuschrecken, die antifaschistische Bewegung zu schwächen und letztendlich zu spalten. Auch unter dem "rot"-grünen Senat hat sich dies nicht geändert, im Gegenteil: Festnahmen von AntifaschistInnen und die zwangsläufig folgenden Ermittlungsverfahren haben sich gehäuft. Nur einige Beispiele:



SEK-Komando verhaftet einen türkischen Antifaschisten - auf der Kundgebung gegen den Landesparteitag der 'Republikaner' am 8. Juli



- Gegen Menschen, die während der Kampange für antifaschistischen Selbstschutz um den 20. April festgenommen worden sind, läuft ein Ermittlungsverfahren nach § 127 StGB - "Bildung bewaffneter Haufen". Die ersten Vorladungen zur Polizei sind schon eingetroffen. Doch eins ist klar - keine Aussage bei Bullen ist die beste Aussage!
- 17 Festnahmen gegen Leute aus der Antifa-Ini-Neukölln, als sie eine Versammlung der 'REPs' im Rathaus stören wollten.
- 13 Festnahmen bei der Demo gegen den Landesparteitag der 'REPs' in den Schultheiss-Festsäälen an der Hasenheide am 8. Juli.
- Ein Besucher des Basement hat sich bei uns gemeldet. Er war in der Disco und später in der Nähe festgenommen worden, nachdem AntifaschistInnen eine Gruppe von Nazis des 'Hertha-Fan-Clubs-Endsieg' vor dem Basement angegriffen hatten. Da die Bullen zu spät kamen, nahmen sie einfach irgendwen fest. Dem Jugendlichen wird von der Polizei Rädelsführerschaft vorgeworfen und er muß sich täglich auf der Wache melden.
- Als sich Hooligans von Hertha-BSC und Schalke-04, unter ihnen jede Menge Nazis, am 2. September auf dem Kudamm eine Schlacht lieferten, wurde ein Zivilpolizist mit dreifachem Schädelbasisbruch ins Krankenhaus eingeliefert. Verhaftet worden ist der 27jährige Marco, der mit einer Gruppe von Freunden am Breitscheidplatz gesessen hatte. Die Gruppe, die schon rein äußerlich nach Antifas aussah, geriet zwischen die Fronten. Sie wurden mehrmals von Nazi- Hooligans angegriffen. Zwischen den c.a. 250 (Nazi-) Hooligans bewegten sich Bullen in Zivil, teilweise ohne Kennzeichnung und bekleidet wie die Hooligans selbst. Die Verletzung des Zivilpolizisten soll nun Marco in die Schuhe geschoben werden.

Nach Mißhandlungen auf der Polizeiwache wurde er direkt ins Untersuchungsge-



fängnis nach Moabit gebracht. Seitdem sitzt er. Die Ermittlungen werden von der P (olitischen)-Abteilung der Staatsanwaltschaft geführt, während Ermittlungen gegen Nazis in der Regel von der normalen Staatsanwaltschaft geführt werden.

Seit dem Amtsantritt des neuen Senats kommen wir in dieser Auflistung auf 122 Festnahmen. Dabei sind die ganzen Festnahmen bei den zahlreichen Behinderungsversuchen von 'REP'-Veranstaltungen, bei der Ufuk Shahin Trauerdemonstration und anderen Aktivitäten noch nicht mit eingerechnet.

Um der Kriminalisierung, der Strategie der Spaltung und Vereinzelung entgegenzuwirken, wollen wir, Menschen aus dem Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, eine Kampange zur **Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen** beginnen, um politischen Druck zu erzeugen und das Thema Repression und Knast in die antifaschistische Bewegung hineinzutragen.

Um einen Überblick über das Ausmaß der Kriminalisierung zu bekommen (zurückreichend bis September/Oktober '88), brauchen wir dringend Angaben von Leuten, die in diesem Zeitraum bei antifaschistischen Aktivitäten festgenommen wurden oder Zeugen von Festnahmen waren. **Wichtig sind Angaben wie: Datum der Festnahme, Ort, Anlaß und Tat-Vorwurf, Verletzungen, ob Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind usw.. Die Namen werden natürlich vertraulich behandelt, wir brauchen sie nur für Rückfragen und Einladungen zu Treffen.**

Wendet euch bitte per Brief an die ANTIFA-WESTBERLIN, Gneisenaustr. 2a, 1/61 oder über Telefon (nur Samstags 16-20 Uhr) an das ANTIFA-INFOTELEFON - 692 15 99

• KEINE KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHIST/INN/EN!
• DEN ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ ORGANISIEREN!
• SOLIDARITÄT GEGEN FASCHISTEN, JUSTIZ UND POLIZEI!



Antifa-Festival gegen die Kriminalisierung

- love music • hate fascism -

Antifa-Tournee mit Cable Street Beat. Antifaschistische Konzerte in Hamburg Lübeck und Westberlin

In Zusammenarbeit mit der antifaschitischen englischen Musikinitiative CABLE-STREET-BEAT hatten die ANTIFA-Westberlin, die ANTIFA-Hamburg und Antifas aus Lübeck drei Konzerte organisiert. Es spielten die Angelic Upstarts und The Blaggers (was soviel wie Bankräuber heißt) aus England, die dort die CABLE-STREET-BEAT Initiative unterstützen.

In Hamburg und Westberlin wurde das Musikprogramm noch durch lokale Gruppen vervollständigt. Vor c.a. 800 KonzertbesucherInnen spielte die Hard Core-Punk Band Emils. Im Westberliner Tempodrom kamen 2.600 zahlende Gäste zusammen, um außer den Gruppen aus aus London noch Jingo De Lunch live auf der Bühne zu erleben.

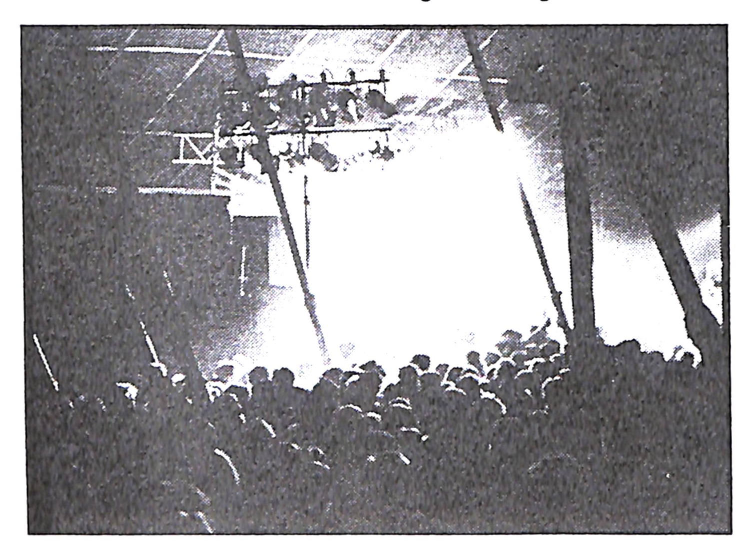
Insgesamt können wir die kleine Tournee, als vollen Erfolg betrachten. Die Konzerte waren selbstorganisiert, die Überschüsse sind für die Antifa-Arbeit und für Prozesskosten bestimmt. Wir haben Kontakt mit CABLE-STREET-BEAT aufgenommen und es hat trotz einiger Hektik und Chaos in der Vorbereitung jede Menge Spaß gemacht.

1.300 DM brachte das



Fast 3.000 Leute kamen zum ANTIFA-Rockfestival

Konzert der Hamburger Antifa ein, die aber noch mit 2.000 DM aus Westberlin aufgestockt werden, da die HamburgerInnen den ganzen Streß mit der Organisierung der Anreise und



der Betreuung der Bands hatten. Der Überschuß aus dem Antifa-Festival in Westberlin beträgt insgesamt satte 21.000 DM. Davon sollen 3.000 DM für ein nächstes Konzert zurückgelegt werden. Bleiben für Prozesskosten und Öffentlichkeitsarbeit 16.000 DM, die eine Anti-Kriminalisierungsgruppe, zusammengesetzt aus Betroffenen und der ANTIFA-Westberlin verwalten soll. Bei einer geschätzten Zahl von über 150 Festnahmen und zahlreichen Ermittlungsverfahren, kann der Konzertüberschuß allenfalls ein Anfang praktischer Solidarität sein.

Die Angelic Upstarts sind eine der Kult-Bands aus den Anfängen der Punk- und Skin-Bewegung. Die Nazis haben in der Vergangenheit immer wieder versucht die Auftritte der Gruppe für sich zu funktionalisieren, das letzte Mal vor einem Jahr im Westberliner Quartier Latin, als die Upstarts von der Rassisten-Band The Voice eingeladen worden sind und die Nazis der Hertha-Hooligans die Security stellten. Damals griff eine Gruppe von Antifas die Ordner des Konzertes an, die als Teilnehmer eines Fascho-Überfalls auf das Blockschock wiedererkannt worden waren. Die Angelic Upstarts hatten erst nachher die Hintergründe des damaligen Konzertes mitgekriegt und so nahmen sie die Einladung der ANTIFA-Westberlin an, sich eindeutig gegen die Nazi-Gefolgschaft zu äußern.

Das machen sie auch in England, nachdem ihr vorletzter Gig, vor eineinhalb Jahren von Nazis gestürmt worden war und abgebrochen werden mußte. Trotz der Drohung der Faschisten, daß sie nie wieder in London spielen könnten, kamen über 1.000 Leute zu ihrem Cable-Street-Beat-Konzert mit den Blaggers im April dieses Jahres. Auch in Hamburg und Westberlin ließen sich keine Nazis in der Nähe der Konzerte blicken. Die Angst vor den versammelten Antifas war wohl zu groß. Im Tempodrom war die Stimmung weitgehend bestens, es gab keine Schlägereien und wenig Anmache, die OrdnerInnen hatten so gut wie nichts zu tun.

Doch ein Vorfall überschattet die gute Laune. Zwischen 23.30 und 24.00 Uhr ist im Gebüsch gegenüber des Eingangs eine Frau vergewaltigt worden. Zu diesem Zeitpunkt wurde kein Eintritt mehr verlangt und es waren auch keine Leute mehr an der Stelle. Wir müssen daraus lernen, daß sich unser Selbstschutz nicht nur gegen Nazis und Rassisten richten kann, sondern auch gegen solche Schweine. Das heißt als erste Schlußfolgerung für uns, daß einmal alle von Euch (und auch von uns) aufgefordert werden verstärkt darauf zu achten und auch dazwischen zu gehen, wenn Frauen dumm angemacht oder sogar bedroht werden. Zum zweiten, daß für Veranstaltungen der Selbstschutz der OrdnerInnen auf die nähere Umgebung ausgedehnt werden muß. Außerdem ist es, genauso wie der Schutz gegen Nazis, sich (z.B. im Tiergarten) nicht alleine zu bewegen, sondern sich mit anderen zusammen zu tun.

Ein Teil der Westberliner Vorbereitungsgruppe will dafür sorgen, daß dies nicht das letzte Antifa-Festival war. Die Anregung von CABLE-STREET-BEAT, eine Musikinitiative gegen Faschismus zu gründen ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Wir sind noch auf der Suche nach einem Motto und wollen dazu was eigenes finden. Soweit erstmal: Kontaktadresse Antifa-Festival, c/o ANTIFA-Westberlin, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61. Wenn ihr Interesse habt zusammenzuarbeiten, was näheres mitzukriegen, wenn Gruppen Lust haben zu spielen - love music - hate fascism!





Justiz- Kosmetik klappte nicht

Am 1. September wurde am Kammergericht in der Witzlebenstraße in Charlottenburg eine Gedenktafel für die vom Reichskriegsgericht (das dort bis 1945 seinen Sitz hatte) ermordeten Deserteure und WiderstandskämpferInnen enthüllt. Dieser Enthüllung waren Ereignisse vorausgegangen, die schlaglichtartig die Kontinuität zwischen BRD- und Nazi-Justiz aufzeigten.

Bereits am 8. Juni wurde am selben Kammergericht eine von der BVV-Charlottenburg beschlossene Gedenktafel angebracht. Einen Tag später war sie wieder weg. Abgehängt auf Veranlassung von Egbert Weiß, Richter am Kammergericht. Als Richter ist Weiß zuständig für politische Strafsachen. Er war an mehreren § 129 a Prozessen gegen die politische Opposition beteiligt, wo es immer wenn es ihm juristisch möglich war, zu harten Strafen kam. Die Verfolgung der linken Kräfte ist die eine Seite des Richters Weiß. Die andere Seite, die in Richter Weiß verkörpert ist, ist der Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Neofaschismus.

Bis heute ist in der BRD keine einzige Terrorgruppe der Neonazis nach § 129 a angeklagt, geschweige denn verurteilt worden. Von der Justiz werden Faschisten so gut wie immer als Einzeltäter ohne jeglichen politischen Hintergrund behandelt. Wer sich die Nachkriegsgeschichte der BRD-Justiz genauer anschaut, wird sich deswegen auch nicht wundern. So wurde von der bundesdeutschen Justiz kein einziger Richter oder Staatsanwalt für seine Justizverbrechen im Nationalsozialismus jemals zur Rechenschaft gezogen. Es ging sogar soweit, daß Richter und Staatsanwälte, die in den ehemals von Nazis besetzten Ländern zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, in der BRD Karriere machen konnten. Nichteinmal Juristen, die am Volksgerichtshof ihre verbrecherischen Urteile fällten, wurden belangt. An der Freisprechung der NS-Justiz von allen ihren Verbrechen hatte das Berliner Kammergericht unter Beteiligung von Richter Weiß entscheidenden Anteil.

1968 kam es zu einem Revisionsverfahren gegen Joachim Rehse, Beisitzer im Senat von Roland Freisler. Nachdem der Bundesgerichtshof in seiner Revisionsentscheidung befand, daß Nazi-Richter nur zu belangen seien, wenn sie "vorsätzlich" Recht gebeugt hätten (was natürlich alle bestritten). Die Kammer unter Mitwirkung von Richter Weiß sprach Rehse frei, da der Volksgerichtshof ein "ordentliches" Gericht war und die Richter nur im Rahmen des Rechts handelten. Für die BRD-Justiz ist sogar der Volksgerichtshof noch rechtsstaatlich! Dieses Urteil war das endgültige aus für die Verfolgung der NS-Justiz.

An dem Charakter der Justiz in der BRD und Westberlin als Instrument zur Bekämpfung von Opposition, die immer links steht, an ihrer tiefen Verwurzelung in nationalsozialistischem Terror und an ihrer Rechtsprechung, die oftmals eine Fortsetzung juristischer Entwicklungen des Nationalsozialismus ist, dies vor allem im Bereich des politischen Strafrechts und Strafvollzugs (Beispiel § 129/Isolationshaft), ändern auch die kosmetischen Maßnahmen nichts, die im Augenblick forciert, vor allem von Bundesjustizminister Engelhardt, unternommen werden.

Selbst eine Ende letzten Jahres am BGH angebrachte Gedenktafel, die an "die Männer und Frauen gedenken (soll), denen im Namen des deutschen Volkes Unrecht geschah", oder die Ausstellung Justiz im Nationalsozialismus, im Juni dieses Jahres eröffnet, sind keine Maßnahmen, die BRD-Justiz zu einem Instrument der Gerechtigkeit zu machen, sondern der heuchlerische Versuch die Justiz von den Verbrechen ihrer bisher blutigsten Zeit reinzuwaschen!



"Sie winden sich und drehen sich und nennen sich deutsche Richter" Fotomontage John Heartfield 1933

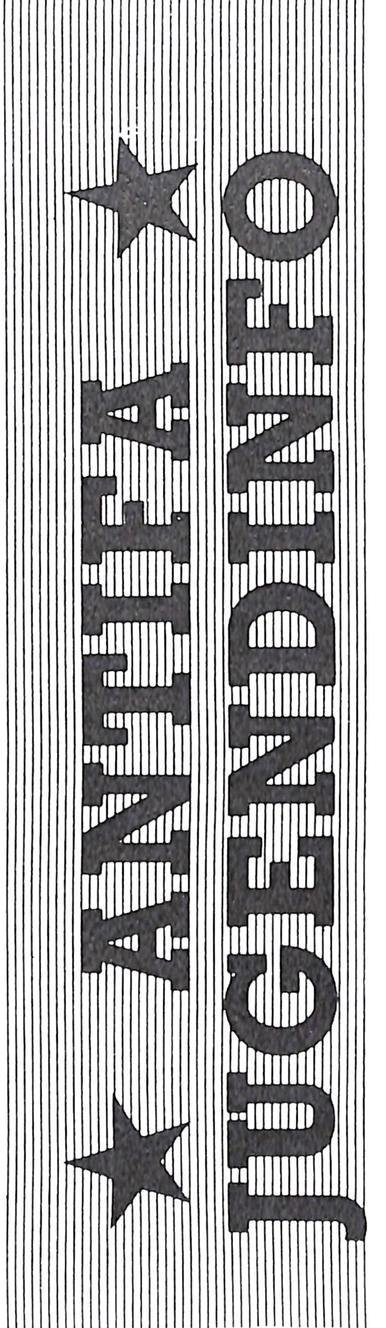


ANTIFA-Jugend Schöneberg gegründet

Seit einiger Zeit gibt es an Schöneberger Schulen Antifagruppen, die bisher aber unabhängig voneinander gearbeitet haben. Deshalb haben wir uns jetzt entschlossen zusammenzuarbeiten und die Jugendantifa Schöneberg zu gründen. Zur Zeit arbeiten bei uns aber AntifaschistInnen der Paul-Natrop-Schule, Rheingau-Schule, Rückert-Schule, Robert-Blum-Schule, Sophie-Scholl-Schule und der Georg von Gisch-Schule mit. Da Antifa-Arbeit aber überall notwendig ist, würden wir uns freuen, wenn von den anderen Schulen auch noch Leute bei uns mitmachen würden.

Wir wollen uns gemeinsam gegen Nazi-Übergriffe auf AusländerInnen und AntifaschistInnen wehren und beim Aufbau von Antifa-Gruppen an anderen Schulen helfen. Außerdem soll es ab September eine monatlich erscheinende Antifa-Zeitung in Schöneberg geben, die an allen Schöneberger Schulen verteilt werden soll.

Jugend-Antifa Schöneberg
c/o Drugstore
Potsdamer Str. 180
1000 Berlin 30





DOKUMENTATION

ene mene miste - platt ist thieles kiste!
ene mene muh - kampf der DVU!

Seit Samstagnacht (5. 8. '89) hat Thieles Mercedes nur noch altbauwert. Jürgen Thiele (Alt-Tempelhof 33, 1/42) ist Hausverwalter der Häuser des DVU-Faschisten Gerhard Frey. In dieser Funktion tut er sich durch Terror gegen die BewohnerInnen hervor. Wir hoffen, daß Thiele durch diese Aktion so sehr mit der Instandsetzung bzw. Luxussanierung seiner Kiste beschäftigt ist, daß die MieterInnen eine zeitlang ruhe vor ihm haben.

Keine Miete der DVU!
Enteignung aller Spekulanten!!
Keine weiteren Räumungen, wie in der Weserstraße 39 am Freitag!

Zorniges MieterInnen Kommando







PROWO

PROJEKT WOCHENZEITUNG

ZEITUNG FÜR DIE WESTBERLINER LINKE

Null- Nummer 4 erscheint am **6. Oktober** mit:

Schwerpunkt **AusländerInnenwahlrecht**
weitere Themen:
Radikale Linke
Rotaprint
IRA
u. v. a. mehr

erhältlich für 2,--DM in allen ***PROWO***-Vorverkaufsstellen

oder im ABO über
***PROWO*, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61**



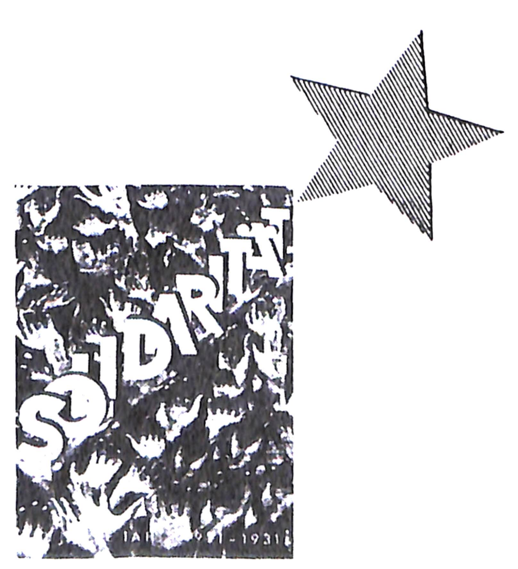
Aboniert das
ANTIFASCHISTISCHE JUGENDINFO

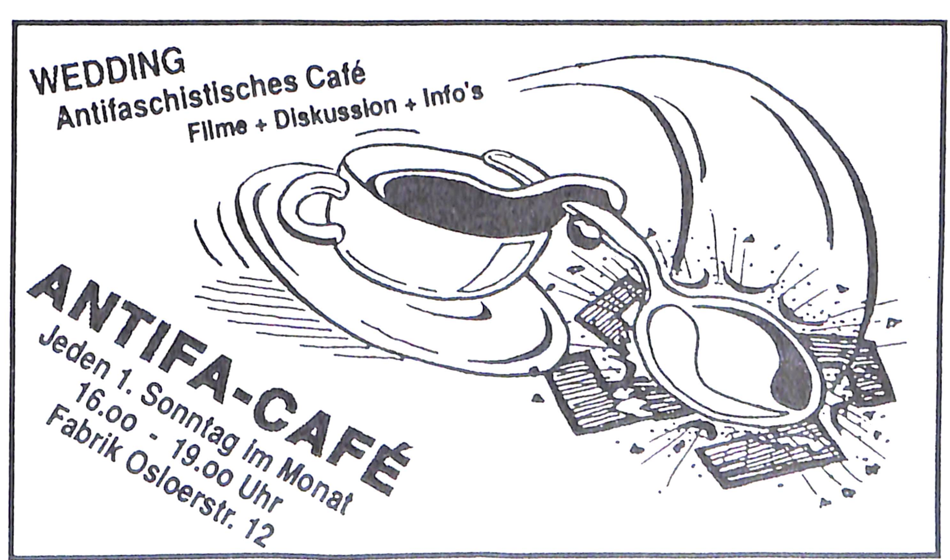
Komplett-Abo - **25.-** DM
(Komplett-Abo: 1 Jahr lang alle JUGENDINFOS, sowie Flugblätter, Plakate, Presseerklärungen usw. der ANTIFA-JUGENDFRONT)

Zahlbar mit Scheck oder bar **im Vorraus** an folgende Adresse:

Antifaschistisches Jugendinfo
Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61









BUCHBESPRECHUNG

IM ANTIFA-INFO

Das vielgepriesene Buch "REP - Die Republikaner - Phantombild der neuen Rechten" und was davon zu halten ist

Erstaunlich, wie schnell nach den Wahlen in Berlin, der BRD und zum Europaparlament der Buchmarkt mit angeblichen Neuigkeiten über die 'Republikaner' (Rep) von diversen Autoren überschwemmt wurde. Am häufigsten gelobt wurde das Buch "REP - Die Republikaner - Phantombild der neuen Rechten" welches, ganz zu Unrecht, Claus Leggewie alleine zugerechnet wird. Außer ihm haben noch drei weitere Autoren an diesem Schnellschuß mitgearbeitet. Besser wird das Buch dadurch leider nicht. "Was nun, seit Berlin?" fragt C: Leggewie in der Einleitung und vergleicht die "politische Landschaft der Republik" mit einem "aufgescheuchten Hühnerhaufen" in dem "bis zum hinterletzten Antifa-Komitee" alles nur noch am rennen und flüchten ist. "Was tun seit Berlin?" fragt er und fängt wortgewaltig an, gegen AntifaschistInnen zu pöbeln. Vom "roten Verfassungsschutz" und von "ausgeleierten, alternativen Stammtisch-sprüchen" ist dort zu lesen. Für engagierte AntifaschistInnen sind in Leggewies Augen, die Rep's nicht mehr als "ein ideales Objekt antifaschistischer Aktion und Ablenkung". Er hat anscheinend nie die verschiedensten Publikationen zum Thema 'Neue Rechte', 'Rep' und 'Neofaschismus' gelesen. Wenn er dies getan hätte, dann wäre ihm nicht entgangen, daß wir mehr zu sagen haben als Nazis raus und Nie wieder, "um die vor dem Ausland verlorene Ehre zu retten". Seine "Ehre"?



Carsten Pagel (links) und Bernhard Andres, die den Führungsanspruch der Westberliner 'Republikaner' unter sich ausfechten

Was ist jetzt in diesem Buch zu lesen? Im ersten Kapitel berichtet Volker Hartel (Journalist aus Westberlin) über die ersten Reaktionen auf die Westberliner Wahl. Ohne jedwede Quellenangaben findet sich dort, schlecht umschrieben, die Analyse des Wahlspots der Rep's aus dem vorletzten Antifa-Info (Nr.6/7 anm. info). In einem Interview mit einem 19 jährigen Lehrling kommt sehr gut zum Ausdruck, was in vielen Jugendlichen vorgegangen ist, als sie am 29. Januar die Rep's gewählt haben.

Mehr oder weniger einleuchtend werden danach die Höhen und Tiefen der CDU/CSU beschrieben, die sie mit und ohne Konkurrenz von Rechtsaußen hatten, um dann in einen Bericht von Ulrich Chaussy zu münden, welcher sich mit dem DVU-Aufmarsch in der Passauer Niebelungenhalle am 15. August 1987 befaßt. Was eine/n dann erwartet, ist nach den Westberliner Wahlen schon in den verschiedensten Tagesmedien zu lesen oder auch zu hören gewesen. Eine minutiöse Schilderung der Enstehung der Rep's. Wer was wann wo wem gesagt hat, muß nicht unbedingt zum wiederholten Male gedruckt werden, es sei denn man braucht Geld oder liest gern seine eigenen Texte. Erfrischend und interessant dann jedoch ein Bericht von Volker A. Zahn (Journalist aus Köln). In ihm werden der 'Ring freiheitlicher Studenten' (RfS), die Rolle rechter Studenten, ihr Einfluß sowie deren Kontakte (zum Beispiel zum Mörder des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin oder dem Oktoberfestattentäter Gundolf Köhler) beschrieben.

Doch wieder zurück zu den Texten von C. Leggewie. Im vierten Kapitel kommt er zum wiederholten Male nicht umhin über die engagierte, antifaschistisch arbeitende Linke zu meckern. Sie werden als vom Parteiprogramm der Rep's "negativ fasziniert und zu akribischen Exegesen" verleitete Dummköpfe dargestellt. Keine drei Seiten später macht er genau das, was er der Linken vorwirft. Er nimmt sehr genau programmatische Aussagen der Rep's auseinander.

Was große Teile der Linken in der Tat brauchen, ist, ein ernsthafter Klärungsprozeß über diesen einen politischen Gegner 'Die Republikaner'. Eine Hilfe innerhalb dieses Prozesses ist dieses Buch aber bei weitem nicht. Wirkliche Perspektiven werden nicht oder nur kaum aufgezeigt. Dort, wo sie ansatzweise durchdringen, werden sie von C. Leggewies intellektueller Wortgewaltigkeit erschlagen. Es ist kein Buch, welches leicht lesbar die Dinge vermittelt, die von den Autoren für wichtig erachtet werden. Leider ist es selbst als Buch, mit dem gearbeitet werden könnte, kaum oder nur schlecht zu gebrauchen, da es noch nicht einmal ein Register oder ausführliche Quellenhinweise hat.



Ausländerwahlrecht

Wahlrecht für AusländerInnen vom Senat auf die lange Bank geschoben

Das kommunale Wahlrecht sollte im Herbst vom Westberliner Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Doch jetzt soll die Entscheidung darüber auf die lange Bank geschoben werden. Die SPD rechtfertigt den Rückzieher mit ihrer Unfähigkeit rechtzeitig einen Entwurf zum kommunalen Wahlrecht vorzulegen. Die AL billigt den Aufschub mit der Argumentation, daß bei einer negativen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das kommunale Wahlrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein der Senat in die Defensive kommen würde.

Was sind nun die eigentlichen Gründe für den Rückzieher? Besonders seit den Wahlen schüren CDU und 'REPs' durch rassistische Hetzkampagnen Haß und Vorurteile gegen AusländerInnen. Sie werden für die ganze soziale Misere hier verantwortlich gemacht. Diese billigen Erklärungen fallen bei der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Rassistische Übergriffe, Pöbeleien und Angriffe auf AusländerInnen sind alltäglich.

Es ist einfacher den Arbeitern und Arbeiterinnen aus aus anderen Ländern für die Resultate der Ausbeutung verantwortlich zu machen als den Unternehmer. Ist es doch in dieser Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft leichter nach unten zu treten als sich gegen die oben zu wehren. Mit dieser Stimmung im Rücken kündigten CDU und 'REPs' eine großangelegte Kampange für den Fall an, daß das Ausländerwahlrecht im Abgeordnetenhaus gebilligt werde. Höhepunkt sollte eine Unterschriftensammlung zu einem Volksbegehren für Neuwahlen sein. Den Rückzieher des Senats greifen CDU und 'REPs' als Beweis für die Richtigkeit dieser Kampagne auf. Dadurch kriegen die Rechten noch mehr Auftrieb und Bestätigung.

Der vor allem im Wahlkampf propagierte antifaschistische und antirassistische Anspruch von SPD und AL erweist sich mal wieder als leeres Geschwätz und verdeutlicht, daß von beiden Parteien keine Grundlegende Veränderung erwartet werden kann. Ohnehin sollte das Ausländerwahlrecht nur auf kommunaler Ebene beschränkt sein, um den "Einfluß" der ausländischen WählerInnen möglichst gering zu halten. Das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen ist also nur ein Wahlrecht zweiter Klasse und verdeutlicht mal wieder den Status von AusländerInnen in dieser Gesellschaft.

Wir haben nicht die Illusion, daß sich durch das Wahlrecht die Situation der AusländerInnen ändern läßt. Aber es ist völlig unakzeptabel, daß EmigrantInnenen und Einwander/innen/er von diesem demokratischen Recht ausgeschlossen sind. Wir fordern gleiche Rechte für alle. Das bedeutet, das alle Menschen, die in der BRD und Westberlin leben die gleichen Rechte haben sollen. Das heißt auch, daß das sogenannte Ausländer- und Asylgesetz abgeschafft werden muß. Gerade die Verweigerung von formaler Gleichheit stempelt Einwander/innen/er und EmigrantInnen zu Menschen zweiter Klasse ab und macht sie Haßabfuhrobjekten. Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet aber nicht, daß die soziale Ungleichheit, von der alle arbeitenden Menschen in dieser Gesellschaft betroffen sind, beseitigt ist.



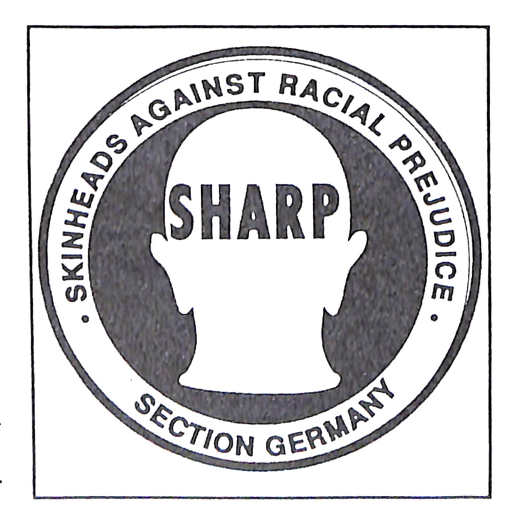
SKINHEADS AIGAINST RACIAL PREJUDICE



Für die letzte Ausgabe des Antifa-Infos mußten wir von einigen Skinheads eine herbe Kritik einstecken. Wir hätten in der Nr. 9 nicht darauf geachtet, daß Skinhead nicht gleich Nazi-Skinhead ist. Richtig. Deswegen sind hier zwei Artikel abgedruckt (von Skinheads geschrieben), die klarmachen sollen wo die Wurzeln der Skin-Bewegung liegen und daß es auch heute noch eine Menge Skins gibt, die sich gegen das Klischeebild von der rechtsextremen Glatze wehren, sich sogar gegen Faschismus und Rassismus organisieren und die 'Boneheads' - wie sie die Nazi-Glatzen bezeichnen - bekämpfen. Im ersten Artikel, den wir aus dem Skin-Fanzine SKINTONIC (Nr 5) - leicht gekürzt- übernommen haben, geht es um S.H.A.R.P., eine internationale Skin-Organisation gegen rassistische Vorurteile. Der zweite Artikel beschreibt kurz und präzise das Bewußtsein, warum heute, hier und jetzt ein "echter" Skinhead immer noch ein Skinhead ist.

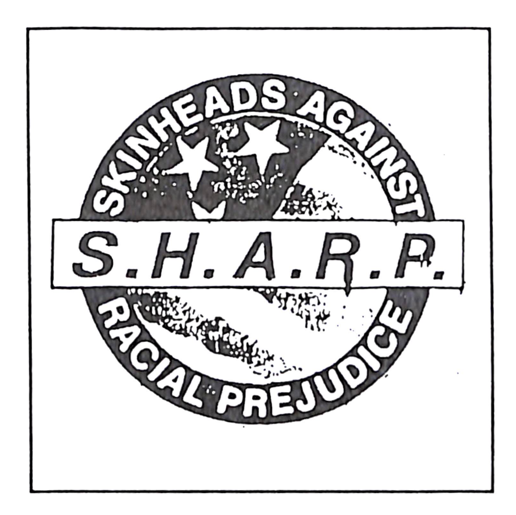
Die Boneheads machen einen erheblichen Teil der Skinheads aus und haben sich in den letzten Jahren in verschiedenen rechtsradikalen Organistionen organisiert. So existiert in England neben der populären Partei **'NF'** (National Front), jetzt der **'Blood & Honour'** Club um den **Skrewdriver** Sänger **Ian Stuart**. In den USA haben wir das **'White Arian Resistance Movement'** (WAR) von John Metzger aus dem KluKlaxKlan-Umfeld. In Deutschland (in der BRD anm. Info) haben wir neben den alteingesessenen Parteien 'NPD' und 'FAP' auch 'NF' und nun auch noch die 'Republikaner'. In der Presse war nur noch von den "rechtsradikalen Skinheads" die Rede. Skinhead ist mit dem Gros der rechtsradikalen Jugendlichen gleichgesetzt worden. Und nicht nur die Presse glaubt das, sonder die Boneheads selbst reden von der einzigen Skinheadbewegung, die mit Asylanten, Negern und Linken nichts zu tun haben will. Aber der Rassismus und Nazismus sind alt, wird gefördert von alten Männern.

Die Skinhead-Sache in den sechzigern war neu, war eine Jugendbewegung. Und wie Gewalt in der Gesellschaft eine "normale" Erscheinung ist, so fehlte sie auch nicht bei den Skinheads, damals wie heute. Aber war das Stichwort damals *"Black & White Unite"*, so hat sich der Kahn nun um 180 Grad gewendet. Es liegt nun bei den antirassistischen Skinheads, sich von den Neonazis zu distanzieren und die Öffentlichkeit davon zu



überzeugen, daß die rassistischen Skinheads eine Minderheit sind, die durch ihre spektakuläre Art sich mit Gewalt in der Öffentlichkeit zu präsentieren, erreicht haben, daß jeder Skinhead mit ihnen identifiziert wird. Skinhead ist und bleibt antirassistisch! Jedes Kind weiß, daß die Skinhead-Roots als Adaption des jamaikanischen Rude-Boy-Stils startete und daß das auch klar durch unsere Musik, Ska und Reaggae weitergeführt wurde. Ein Skinhead tanzt zu Ska und drischt nicht Ausländern den Kopf ein. Wir lehnen Menschen ab, die sich zu stimmlosen Trägern und Schlägergarden von Weiße-Westen-Politikern machen lassen, wir haben unseren Spaß, wir leben unser Leben und lassen andere ihr Leben leben. Aufgrund der desinformierten Presse, die anscheinend mehr an Schlagzeilen interessiert ist als an objektiver Berichterstattung, sind wir in Vergessenheit geraten, aber es ist Zeit aufzuwachen und den Boneheads mal ganz gehörig die Meinung zu sagen., wir sind wieder da! The spirit of '69 lives on!

1986 gründeten sich in den USA eine Reihe antirassistischer Skinhead Organisationen, die aufgrund der Presseberichterstattung, der immer stärker werdenden Klan-Skins und der Bedrohung des eigenen Lebens den Begriff Skinhead wieder ins rechte Licht rücken sollten. Eine von diesen Organisationen heißt **S.H.A.R.P.** - Skinheads Against Racial Prejudice. Schwarze und weiße Skins stehen zusammen gegen den vom 'WAR'



verbreiteten Rassismus. Boneheads werden psychisch und physisch bekämpft. Wie schon Kühnen von Skinheads als "seinen Soldaten" sprach, so gleicht sich, in gar nicht verblüffender Weise, das Bild der Beziehung zwischen amerikanischen und deutschen Faschisten. WAR-Chef Tom Metzger redet von den Skinheads als *"Truppe, die in vorderster Front für die weiße Rasse steht. ... Wenn irgendjemand, Schwarze oder sonstwer ihnen Ärger macht, sie zerschlagen ihn."* Neonazis mit geschorenen Haaren maschieren in erster Reihe auf Klan-Kundgebungen mit, attakieren Punks, Schwule und Farbige. So alt, wie der Rassismus in den USA ist, so vehement vertreten ihn seine Befürworter. Die Aufmerksamkeit der Presse gehört ihnen. Die S.H.A.R.P.-Skins wehren sich endlich gegen die Presse und gegen die Rassisten in den eigenen Reihen. In New York haben Nazi Skins nichts zu lachen. Mitglieder von S.H.A.R.P. patroullieren in den Straßen, Schwarze machen Jagd auf 'White Pride'-Skins.

In der Hard-Core (HC) Scene wird mit Nazis nicht viel Federlesen gemacht. In der HC-Scene sind Skinheads,



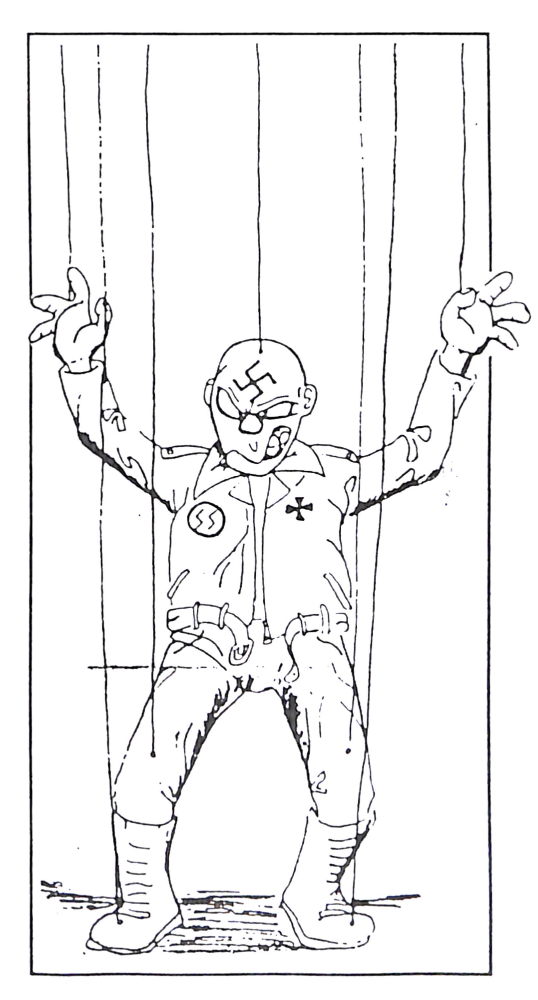
vor allem in der N.Y.-City Scene kein seltenes Bild, sind ein nicht wegdenkbarer Bestandteil dieser Scene. Da? diese Skins mit dem traditionellem 'Skinhead' aus England nichts zu tun haben, sollte nicht stören. Diese Skins haben ihre eigene Kultur, eine neue, eigene Art von Skinhead. Da sich unter den HC-Skins gerade viele Schwarze und Farbige befinden, ist das eine Scene, die sich am stärksten gegen die Nazi-Glatzen wendet. Dennoch finden sich aber auch gerade bei den traditionellen Skins immer mehr zusammen, die durch Ska-Shows ihre Masse mobilisieren. Auf diesen Shows werden Flugblätter für S.H.A.R.P. verteilt, die Presse wird angesprochen. Kurz um, die Tage der Boneheads scheinen gezählt zu sein. Dieses Beispiel des Entschlossenen Widerstandes gegen die Nazis in den eigenen Reihen hat Schule gemacht.

Roddy Moreno, Ex-Sänger der Oppressed und Besitzer von Oi/Ska-Records hat in Großbritannien selbst eine S.H.A.R.P.-Organisation gegründet. In GB hat die Skinhead-Bewegung mehr Beziehung zu ihren Roots als anderswo, so daß S.H.A.R.P. die Stimme der sämtlichen Trojan Skins, Rudeboys und Soul Boys vertritt. Roddy (32) wurde im Alter von 12 Jahren ein Skinhead. 1981 ging er zu Oppressed, die sich '84 wegen ständiger Auseinandersetzungen auf ihren Konzerten auflösten, kurz nach der Single "Work Together". 1985 begann er mit Oi-Records, '86 mit Ska-Records. 1988 gründete er S.H.A.R.P. und eine Ska-Band namens "The Rude Boys".

Roddy erzählt aus seinen Skinhead-Zeiten: *"... Gewalt war immer in der Scene, aber das war so in der Working Class Jugend und wäre genauso gewesen ob nun mit oder ohne Skinheads. Rassismus existierte in der Scene nicht. Skinheads und Rudeboys, beide Schwarz und weiß gemischt zusammen ohne Probleme, so sah's aus. Natürlich gab es rassistische Skinheads aber genauso wie es rassistische Banker und rassistische Milchmänner gibt, aber die Skinhead-Scene war klar antirassistisch. ...*

Während eines New York-Aufenthaltes im November '88 lernte ich einige Skins kennen, die S.H.A.R.P.-Flugblätter verteilten. Sie machten klar, daß echte Skins nichts mit rassistischen Boneheads zu tun hätten, die alle Aufmerksamkeit der Medien hatten. Diese Idee beeindruckte mich dermaßen, daß ich eine britische Abteilung eröffnete. Jeder Skinhead, der in der gleichen Weise denkt, kann in seiner Stadt das gleiche tun und wir sollten uns gegenseitig helfen, S.H.A.R.P.-Gigs, Discos, Partys zu organisieren. Benutzt das S.H.A.R.P.-Logo, um das Wort bekannt zu machen, wo ihr könnt!"

Nun scheinen auch die deutschen Skins endlich aufzuwachen. In Ber-



lin kann man sich für weitere Informationen an SKINTONIC wenden, wir vertreten S.H.A.R.P. in Berlin. Auch in Westdeutschland machen sich verschiedene Leute, wie zum Beispiel Charly Two Tone daran, S.H.A.R.P. zu gründen. Jeder der es satt hat als Nazi geschimpft zu werden, sollte sich beteiligen! Wer Interesse an S.H.A.R.P. hat schreibt an:

SKINTONIC
Postlagerkarte 053840 D
1000 Berlin 45

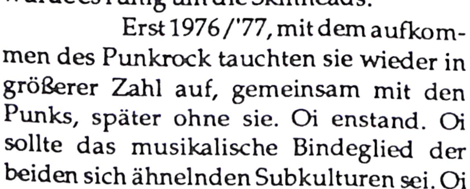
S.H.A.R.P. wendet sich gegen Rassismus in der Scene, gegen Gewalt in der Scene und S.H.A.R.P. bedeutet nicht zurückzukehren an den Anfang und den guten alten Skinhead-Zeiten von 1969 nachzutrauern, das brauchen wir nicht. Wir leben jetzt und heute und stehen jetzt als Skinheads gegen Faschismus und Rassismus, gegen Dummköpfe, die nur mit ihren Oberarmen denken. Wir hören und tanzen heute zu unserer Musik: Ska und Reaggae.

SKINHEADS

FETTE, SCHWACHGEISTIGE MONSTER MIT HAKENKREUZBINDE?



Dr. Marten's Sicherheitsschuhe, blankpoliert oder von der Arbeit zerfetzt, abrasierte Haare, Levis-Jeans, Dunky-Jakkets, Harrington ... billig, einfach, aus der Not der Working Class Kids geboren und mit viel Stil nach außen getragen. Skinheads, das waren 1968/'69 weiße und schwarze Arbeiterjugendliche die nichts hatten außer ihrem Stolz und ihre proletarische Wut, die sie nicht selten an irgendwelchen Middle Class Kids abreagierten. Sie tanzten in ihren Clubs zu der Musik der westindischen Einwanderer, Raggae und Ska. Der einzige Feind war die Upper Class und ihre Lakaien, die Bobbys. Bald wurde es ruhig um die Skinheads.



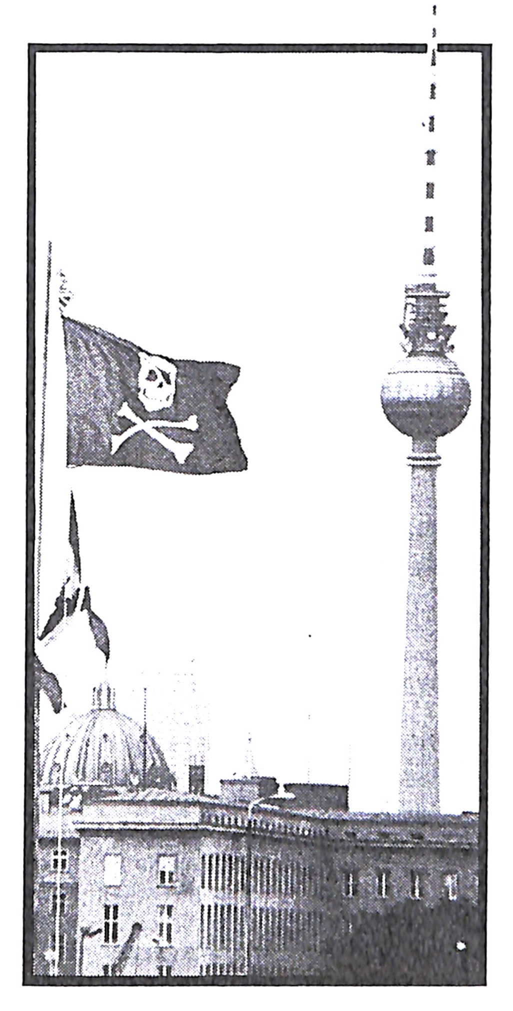
Erst 1976/'77, mit dem aufkommen des Punkrock tauchten sie wieder in größerer Zahl auf, gemeinsam mit den Punks, später ohne sie. Oi enstand. Oi sollte das musikalische Bindeglied der beiden sich ähnelnden Subkulturen sei. Oi wurde aber von den meisten Punks abgelehnt und so zur Skinheadmusik. Oi war der Protest gegen die herrschende "Law and order", Ausdruck der Wut gegen Polizei, Sozialarbeiter und Staat.



Wegen der simplen Brutalität gegen alles was sie unterdrücken und befehligen wollte, waren sie bald das Lieblingsfeindbild einiger studierter Linker, denen sie nicht in ihr Teetrinker- und Diskutierweltbild passten. Als sich rassistische Überfälle von 'Skinheads' häuften, wurden sie von der Presse als neue SA defamiert. Diese Verallgemeinerung bewirkte, daß viele faschistische Jugendliche sich dem 'Arbeiterstil' zuwendeten und das ursprüngliche Klassenbewußtsein in ein Rassenbewußtsein umwandelten.

Viele alte Skins, die mit diesem Unsinn nichts zu tun haben wollten, ließen sich daraufhin die Haare wachsen oder zogen sich zurück. Sie gaben aber nie auf. Bands wie die Redskins, Red Alert, Red London und Angelic Upstarts waren der musikalische Beweis für die Existenz antifaschistischer Skins. Mitte der 80er Jahre organisierten sie sich gegen den Schwachsinn von rechts. Erst in Amerika, dann in England. Ronny Moreno, einst Sänger von Opressed, heute Besitzer von Oi-Records, gründete in England SHARP (Skinheads gegen Rassenvorurteile). Viele Skins und deren Bands schlossen sich antifaschistischen Organisationen, wie eben SHARP, oder Red Action und Cable Street Beat, an. Sie organisierten Konzerte, die häufig von faschistischen 'Skins' der 'Blood and Honour-Bewegung' gestört und angegriffen wurden. Seit einigen Jahren gibt es auch in der BRD und Westberlin eine immer stärker werdende antifaschistische Skinheadbewegung. Besonders in Westberlin und Frankfurt besinnen sich immer mehr Skinheads auf die einstigen Ideale: dem proletarischen Stolz und dem Leben fernab der bestehenden Gesellschaftsstrukturen.

Unser Feind ist nicht der ausländische Arbeiter oder die ausländische Arbeiterin, die genau die gleichen Probleme haben wie wir selbst, sondern die Unternehmer aller Länder, die uns unser Leben einteilen und vorschreiben wollen, Sozialarbeiter und Bewährungshelfer, die immer nur "unser Bestes", und uns in ihre beschissenen Gesellschaft integrieren und bevormunden wollen. Unser Feind ist der Polizist, der uns festnimmt wenn wir das bekämpfen, was uns bekämpft. Unsere Feinde sind Krupp, Flick und Konsorten, die unser Leben in Schichten einteilen - für ein paar six pence. Unser Feind ist der Politiker, der Ihnen immer mehr Rechte gibt, während unsere immer mehr eingeschränkt werden. Unser Feind ist dieser Staat, der Staat der Reichen.



Die Veröffentlichung dieses Artikels zur Arbeit von unabhängigen AntifaschistInnen in der DDR ist bei uns (in der Red.) nicht ohne Diskussion über die derzeitige Problematik der osteuropäischen Staaten abgelaufen. Wissen wir doch, daß die bürgerlichen Medien von 'bild' bis 'taz' keine Gelegenheit versäumen eine Hetze gegen das sozialistische Lager zu entfachen, mit dem Ziel eine mögliche Alternative zum kapitalistischen System in den Köpfen und Herzen der Menschen hier auszulöschen. Gleichzeitig wird der Revanchismus geschürt, was der Rechtsentwicklung hierzulande enormen Vorschub leistet. Trotz vieler Unklarheiten und Widersprüche unsererseits gegenüber dem politischen System in der DDR, möchten wir unseren LeserInnen folgendes in Erinnerung rufen:

Die DDR wurde unter einer Führung aufgebaut, deren Menschen aus der Emigration zurückkehrten, von Überlebenden aus Konzentrationslagern und faschistischen Zuchthäusern,von Menschen, die aktiv an der Befreiung vom Nazi-Faschismus mitwirkten, mit der Hilfe des sowjetischen Volkes und der Roten Armee, die bekanntlich die meisten Opfer (20 Millionen Menschen) im Kampf gegen Nazi-Deutschland gebracht haben.

Die BRD hingegen wurde unter einer Führung aufgebaut, die sich zum großen Teil aus ehemaligen NS-Schergen zusammensetzte und mit Hilfe des Imperialismus. Allen voran der aggressive US-Imperialismus, der noch heute in der ganzen Welt faschistische Terrorregime an der Macht hält und jeden Versuch der Völker sich zu emanzipieren blutig unterdrückt.

Interessant ist für uns die Auseinandersetzung mit einem wachsenden faschistischen Potential in der DDR vor folgendem Hintergrund: Als eine Ursache für Faschismus gilt die Herrschaft des Monopolkapitals und die Profitwirtschaft. Die ist in der DDR nicht an der Macht. Doch faschistisches Gedankengut knüpft an den - auch in der DDR vorhandenem - Rassismus und Sexismus, sowie an einem Oben/Unten-Denken und an kleinbürgerlichem Duckmäusertum an. Das sollte für uns ein weiterer Anlaß sein, diese Auseinandersetzungen praktisch in unsere Antifa-Arbeit einzubeziehen.

NEONAZISMUS IN DER DDR

Kürzlich fand in Potsdam bei Berlin der '1. Potsdamer-Antifa-Tag' statt. Mit dieser Veranstaltung machten unabhängige AntifaschistInnen auf die verstärkte Entwicklung von neofaschistischen Gruppen in der DDR aufmerksam. Ein zum ersten Mal erschienenes 'Antifa-Infoblatt' ruft auf: "*Wehrt euch! Gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Militarismus und Sexismus. Bildet Antifa-Gruppen, liefert uns Infos!*" Das Erscheinen dieser Zeitung und die Auswahl an den behandelten Themen macht deutlich wie verbreitet die rechtsextremen Tendenzen auch innerhalb der DDR-Bevölkerung umsichgegriffen haben. Der realexistierende Sozialismus bleibt von der neuen Nazibrut nicht verschont.

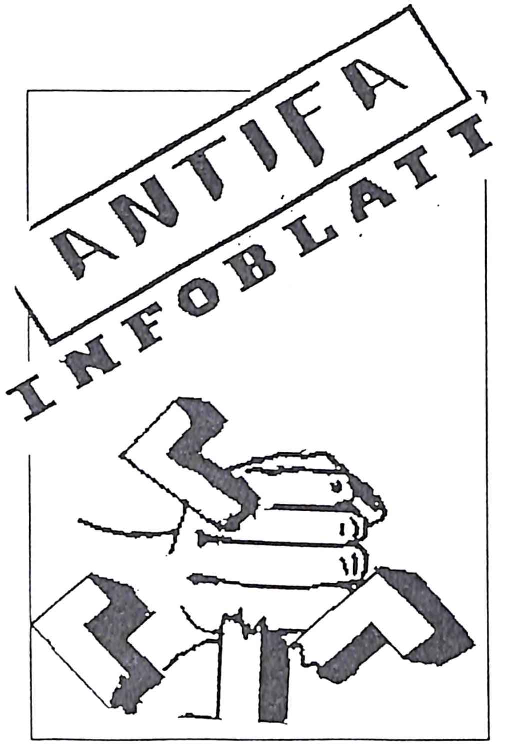
Die Gründe, warum eine Potsdamer Antifa-Gruppe zum '1. Potsdamer Antifa-Tag', am 29. Juli einlud, liegen nicht nur in zunehmenden gewaltätigen Angriffen von Faschisten auf Punks, Grufties und ausländische Menschen, die in der DDR leben oder in den Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen und den Hakenkreuzschmierereien an den Hauswänden. Für viele, vor allem für Punks, Autonome und Alternative sind die Neonazis (hauptsächlich die Nazi-Skins) zu einer alltäglichen Bedrohung geworden. Weil die politische Führung - außer mit streng repressiven oder miesen sozialarbeiterischen Maßnahmen - nicht weiter reagiert und die Existenz neofaschistischer Gruppen lieber bestreitet oder als Exportware des BRD-Imperialismus bezeichnet, um einer offenen Auseinandersetzung über die Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR auszuweichen, sind unabhängige AntifaschistInnen auch dort gezwungen Selbstinitiative zu ergreifen.

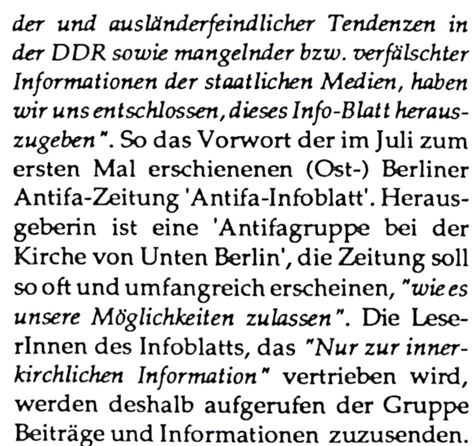
Die Antifa-Gruppen in der DDR arbeiten zum größten Teil in den kirchlichen Strukturen, die ihnen eine politische Arbeit außerhalb der FDJ- und Parteiorganisationen ermöglichen. Die Frage nach den Ursachen für das anwachsen rechtsextremer Gewalt und Ideologie steht im Fordergrund. Im Papier zum Antifa-Tag wird das konkret so formuliert: "*Wo liegen aber die Ursachen für derartige Erscheinungen in unserem Land, das sich einer antifaschistischen Tradition verpflichtet fühlt? Warum übersehen gesellschaftliche Institutionen diese Tendenzen? Was können wir dagegen tun?*" Fragen, die sich wahrscheinlich weit schwieriger beantworten lassen, als dies in der BRD der Fall ist. 'Was tun' in der DDR.

Im Papier zum Antifa-Tag beschreiben die Antifas aus Potsdam in Stichpunkten die Arbeit ihrer Gruppe. Neben den praktischen, Aufklärungsaktionen wie Flugblätterverteilen, Plakatekleben und Losungen an Hauswände zu schreiben, versucht die Gruppe über Veranstaltungen (Info-Abende in Ausbildungsstätten und Jugendclubs) oder Gesprächsnachmittage mit SchülerInnen eine möglichst

breite Öffentlichkeit zu erreichen. Es wurden Ausstellungen, Wandzeitungen, Postkarten und Aufnäher hergestellt. Zu ihrer Antifa-Arbeit gehören unter anderem auch Eingaben (z.B. an die Synode des Bundes der evang. Kirchen in der DDR) oder Kontaktaufnahmen zur FDJ-Bezirksleitung, die allerdings am Anfang nicht sehr an diesem Kontakt interessiert gewesen war, später ließen sie sich die FDJ-Funktionäre jedoch ein, waren betroffen über die Zustände in ihren eigenen Jugendclubs und empfahlen die Gruppe sogar weiter. Zum 50. Jahrestag der Pogromnacht wurde eine Gedenkveranstaltung organisiert und um den 20. April dieses Jahres wurden Handzettel gegen Feiern zum 100. Geburtstag Hitlers verteilt.

Eine vor dem Kreisgericht Potsdam organisierte Demo richtete sich gegen die Verurteilung von Jugendlichen, die sich gegen den rechten Terror mit Gewalt gewehrt hatten. Gespräche mit der (Volks-) Polizei und der Staatsanwaltschaft (wobei sie auf Unverständnis und Ablehnung stießen) wurden geführt und rechtsextreme Straftäter wurden von ihnen angezeigt und damit in den Knast gebracht. Hierzu wird jedoch bemerkt: "Eine Möglichkeit ist das Anzeigen rechtsradikaler Straftäter. Aber das erscheint uns nicht als der richtige Weg. Sicher ist die strafrechtliche Verfolgung gerechtfertigt, aber sie rührt nicht an den Ursachen und in den Augen unserer Gegenüber werden wir zu Denunzianten." Uneinig ist die Potsdamer Gruppe in der Anwendung von Gegengewalt, wobei sie allerdings einsieht, daß





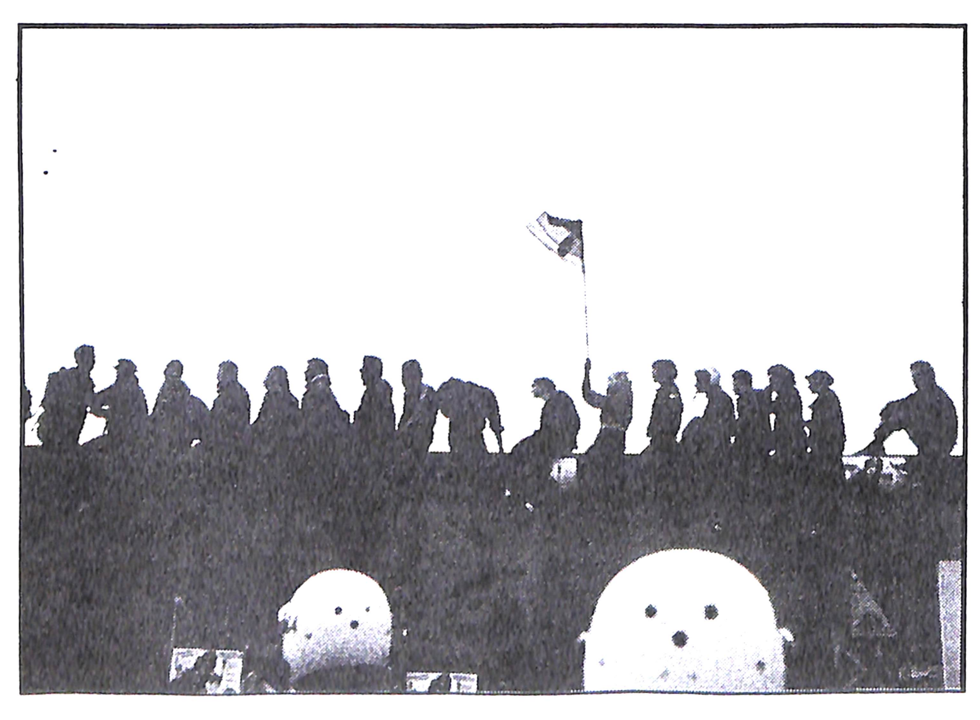
solche Aktionsformen zu rechtfertigen sind. Im Prinzip wird jedoch danach gefragt, ob eine *"gewaltlose Haltung nicht Ausdruck einer progressiven, antifaschistischen Haltung"* wäre.

Ein weiterer praktischer Schritt der Antifa-Politik ist, der (Nicht-) Informationspolitik der offiziellen Organe etwas entgegenzusetzen. Wie die Nazis in der DDR vorgehen und was für Sprüche sie drauf haben, wie damit umgegangen wird und wo die Ursachen zu suchen sind, ist in einer neuen Zeitung zu erfahren, die sich um eine konkrete antifaschistische Öffentlichkeit bemühen will:

"Aufgrund zunehmender faschistoider und ausländerfeindlicher Tendenzen in der DDR sowie mangelnder bzw. verfälschter Informationen der staatlichen Medien, haben wir uns entschlossen, dieses Info-Blatt herauszugeben". So das Vorwort der im Juli zum ersten Mal erschienenen (Ost-) Berliner Antifa-Zeitung 'Antifa-Infoblatt'. Herausgeberin ist eine 'Antifagruppe bei der Kirche von Unten Berlin', die Zeitung soll so oft und umfangreich erscheinen, *"wie es unsere Möglichkeiten zulassen".* Die LeserInnen des Infoblatts, das *"Nur zur innerkirchlichen Information"* vertrieben wird, werden deshalb aufgerufen der Gruppe Beiträge und Informationen zuzusenden.

Das Infoblatt aus der Hauptstadt der DDR kann in der Tat einiges zur fehlenden Auseinandersetzung und Aufklärung beitragen. Die Frage wieweit sich diese Zeitung verbreiten läßt, können wir hier mangels Information nicht beantworten. Was die faschistischen Übergriffe betrifft, lassen einige kurze chronologisch geordnete Erlebnisberichte schnell erkennen, daß die militanten Neonazis in der DDR ihren faschistischen Kameraden in der BRD in nichts nachstehen. Das größte Potential an militanten Fascho-Gruppen stellen in der DDR die Nazi-Skinheads. Ein Artikel in der Zeitung beschäftigt sich deswegen speziell mit 'Skinheads'. Unter der Überschrift *"Skins - extreme Randgruppe oder soziale Erscheinung mit quantitativ steigender Dimension?"* (es handelt sich um den Auszug aus einem Vortrag) wird u.a. auf die Entstehung der Skin-Bewegung und ihre Stellung in den Klassenkämpfen Ende der 60er-/Anfang der 70er Jahre in Großbritannien eingegangen und *"...Noch heute stehen die englischen Red-Skins mit den Arbeitern vor den bestreikten Betrieben, bilden fliegende Einsatzkommandos, die Streikbrecher abwehren."*

Auf die Wandlung dieses Klassenbewußtseins (*"der Rechtsruck, verbunden mit einer Eskalation der Gewalt"*) wie sie Anfang/Mitte der '80er bei einem Teil der Skinheads stattgefunden hat, wird leider wenig eingegangen. Die Autorin stellt fest, daß sich mit dem auftauchen der Skin-Bewegung in der BRD auch das Spektrum ihrer sozialen Herkunft stark gewandelt hat und das *"Erscheinungsbild* (der Skins in der DDR) *und ein Teil der weltanschaulichen Elemente die das 'Skin-Bewußtsein' ausmachen"* von *"drüben"* kamen, aber der *"soziale Nährboden auf dem das Ganze wurzeln konnte und - auf dem es sich weiterhin rekrutiert"* auch in der DDR vorhanden war. Ausführlich wird geschildert, wie sich die DDR-Skinszene präsentiert, daß sich Jugendliche natürlich auch hier ihren



eigenen Weg suchen, sich von Eltern und gesellschaftlichen Zwängen abnabeln wollen. Gefragt wird ob sie das dürfen. *"Wird nicht alles, was, egal in welche Richtung, von der offiziellen Marschroute abweicht, sofort kriminalisiert, gilt als staatsfeindlich?"*

Die Skin-Szene wird differenziert betrachtet, wobei zwischen Red-Skins und Faschos (Deutschland-Skins) zwar unterschieden wird, die Red-Skins allerdings wegen ihres überzogenen National- und Stolzgefühls nicht besonders gut wegkommen. Als Faschos gelten diejenigen, deren Niveau konsequent die Elemente einer Ideologie beinhaltet, was sich in Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Verherrlichung von Faschismus und Militarismus sowie in einem ausgeprägten Gewaltpotential äußert. Sie halten Wehrsportübungen ab und propagieren den *"deutschen Volksgeist"*, um, wie sie zitiert werden, ein einiges Deutschland *"mit den sozialpolitischen Errungenschaften der DDR und dem Fleiß, dem Konsum und den bürgerlichen Freiheiten der BRD"* zu schaffen.

"...Der sozialen Herkunft nach sind sie Kinder von Arbeitern, Gewerbetreibenden, Lehrern und Funktionären. Neben den sogenannten 'Normaljugendlichen' findet man unter ihnen Fußballfans, ehemalige Punks, ehemalige Wehrpflichtige und 'geexte' Offiziersschüler, aber in zunehmenden Maße auch Jugendliche, die einen längeren Wehrdienst leisten bzw. Angehörige der bewaffneten Organe werden wollen (mit dem Ziel, diese zu unterwandern), und Strafentlassene, die sich innerhalb der Gruppierungen besondere besondere Schlägerhärte, übersteigerten Machismo und 'Knasterfahrung' profilieren. ... Territorial verteilt sich das Gros der DDR-Skins auf die Bezirke Berlin, Potsdam, Magdeburg, Frankfurt. Nach Süden nimmt die Zahl ab, obgleich sie nicht mehr auf die größeren Städte beschränkt sind, die durch ihre Anonymität bessere Grundlagen für Gruppenbildungen bieten. In der Republik sieht man sie auch noch im 'klassischen' Outfit, währenddessen sich in den Großstädten ihr Erscheinungsbild nach den Prozessen in Berlin (Zion), Oranienburg und Potsdam gewandelt hat. Die Ursache waren die a priori Kriminalisierung durch die Öffentlichkeit, Lokalverbote (Jugendclubs), aber auch Antifa-Aktionen von Punks. Das Abtauchen in scheinbare Normalität ... war mit einem spürbaren Rechtsruck verbunden .... Die körperliche Ertüchtigung erfolgt bei Wehrsportübungen im Wald oder auf Wochenendgrundstücken. In den konspirativen Kameradschaften erhält die Führerpersönlichkeit noch mehr Einfluß, die Unterordnung der einzelnen Mitglieder wird genauestens positioniert, der so entstandene Organismus ist durch seine Struktur weitaus gefährlicher als die losen Gruppen der ersten Generation."

Wie die Gesellschaft auf diese Gruppen reagiert, nachdem inzwischen über 35 Prozesse gegen Neonazis in der DDR geführt worden sind und der sozialistische deutsche Staat zugeben mußte, daß es diese Faschisten gibt, beschreibt die Autorin unter anderem wie folgt: *"... Machen wir uns keine Illusionen, Elemente der Ausländerfeindlichkeit und der Ruf nach Ruhe und Ordnung beim Anblick von Punks, Heavies und Grufties sind unter der Bevölkerung weit verbreitet. Wie oft hört man dann wieder LTI, die Sprache des Dritten Reiches: "Sowas wie Euch hätte man früher vergast." "Ins Arbeitslager müßte man Euch stecken." "Nehmt Euch ein Beispiel an den Skins, die sind wenigstens sauber und gehen ordentlich arbeiten." "Polacken ...." Alle diese Äußerungen werden auch von Angehörigen der Sicherheitsorgane (!) benutzt, die im Hinblick auf die Skinheads sehr zurückhaltend sind, um es vornehm auszudrücken. Hat man sie vielleicht sogar ganz gerne gesehen, weil sie die Szene 'sauberhalten'? ... In einer Studie schildert eine sehr bekannte Soziologin die Verhaftung eines Skin-Anführers, wobei sich die Kameraden im Kreis aufstellten und Naziparolen grölten. Die umstehenden Bürger haben diese Äußerungen zu Protokoll gegeben, die Polizisten haben alle nichts gehört. ... Wie lange können wir es uns leisten, nichts hören, nichts sehen und nichts tun zu wollen? Wann lesen wir endlich einmal eine ADN-Meldung über Neo-Nazis in Berlin (Ost), wann wird endlich nach dem § 106 und 220* (Verfolgung von öffentlichen Äußerungen militaristischen und faschistischen Inhalts, anm. Info) *verurteilt und nicht nur wegen Rowdytum? Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir die Zeit des Faschismus genügend aufgearbeitet haben, ob Entnazifizierung und die Proklamation eines antifaschistisch-demokratischen Staates (d.h. eines Staates der Antifaschisten) ausreichen."*

Daß die Entwicklung der neonazistischen Gruppen in der DDR ähnlich verlief wie in anderen Ländern, beschreibt ein weiterer Beitrag im Antifa-Infoblatt, der aus der Zeitschrift 'Kontext' übernommen ist. Konrad Weiß, Filmemacher aus der DDR, liefert hier noch einige zusätzliche Informationen über Zusammensetzung, Ideologie und Arbeitsweise der neuen Nazi-Gruppen und sucht analytisch nach den gesellschaftlichen Ursachen des Problems. Der Artikel gibt einen sehr guten Einblick in die Nazi-Szene der DDR.

Etwa seit 1983 haben sich die DDR-Faschisten organisiert, wobei sie zuerst in den Fußballstadien als randalierende Gruppen in Erscheinung traten. Anfang 1988 wurde die Anzahl der in verschiedenen Gruppen organisierten Faschos auf ungefähr 1.000 Leute geschätzt. Mittlerweile muß jedoch von einer größeren Zahl ausgegangen werden: *"... die Faschisten haben Zulauf. An Berufsschulen rechnet man mit zwei bis drei Rechtsradikalen pro Klasse, große territoriale Unterschiede soll es nicht geben."* Die Aktivitäten der Gruppen dehnen sich auf die sozialistischen Nachbarländer der DDR aus. Es gibt gute Beziehungen zur rechten Szene in Ungarn, der Tschechoslowakei, zu baltischen und ukrainischen Rechten. Eine ideologische Über-



Fotomontage von John Heartfield (1934)

einstimmung und eine gemeinsame Logistik zur Beschaffung von Propagandamaterial, Wehrsportausrüstungen und Waffen wird vermutet. In geschlossenen Zirkeln basteln die DDR-Nazis an ihrer Weltanschauung. Zu ihrer Programmatik und Wertvorstellung schreibt Weiß:

"... Wer Skinheads und Faschos lediglich als prügelnden und randalierenden Mob betrachtet, als eine Horde haltloser und von westlichen Idolen verführter Krimineller, für den stellt sich die Frage nach einem politischen Programm natürlich nicht. Das aber, der historische Vergleich drängt sich auf, war schon einmal in der deutschen Geschichte der verhängnisvollste Irrtum der Linken wie des Bürgertums. ... Dem unpolitischen Betrachter, dem Kleinbürger zumal erscheinen sie offenbar als arbeitsame, ordentliche, disziplinierte junge Mitbürger, die nicht in den Tag hineingammeln, sondern wissen wofür sie leben. In der Tat wendet sich die neue Rechte vehement gegen die ansonsten recht verbreitete Null-Bock-Ideologie, gegen Ausreiser und Aussteiger, gegen Larmoyanz und Resignation mancher alternativer Gruppen. ... Körperliche Ertüchtigung und gesunde Lebensführung gehören zum politischen Programm, in der Regel sind sie körperlich hervorragend trainiert. "Wir sind die Elite der deutschen Jugend" ... Nicht zufällig werden soldatische Werte kultiviert, Disziplin, Gehorsam, Ausdauer, Verläßlichkeit; insbesondere wird der Kameradschaftsgeist der faschistischen Wehrmacht beschworen. Man versucht, die rechte Ideologie an Soldaten der Nationalen Volksarmee heranzutragen und sucht unter ihnen Verbündete."



Andreas Pohl (rechts) 'NF-Führer aus Westberlin

Natürlich lehnen die Faschos den sozialistischen deutschen Staat ab. Die bereits ideologisch eingeschworenen unter ihnen haben sich das Ziel gesetzt, den Sozialismus von innen her zu bekämpfen. Von daher liegt es auch nicht in ihrem Interesse (freiwillig) in den Kapitalismus auszureisen. Die in Kleingruppen organisierten Faschisten sind nach Weiß *"in der Lage, sich nach außen hin total abzuschirmen und jeden ungewünschten Informationsfluß aus der Gruppe heraus zu unterbinden. Wird eine Mitgliederzahl überschritten, trennt sich die Gruppe auf."* und *"... manche abgestimmt und gleichzeitig verlaufende Aktion und Aktivität der neuen Rechten deutet auf ein ideologisches Konzept und eine gruppenübergreifende Logistik hin. Dazu gehört der Mitte der 80er Jahre massiv unternommene Versuch, junge Faschisten in Wehrsportgruppen der GST und in den Ordnungsgruppen der FDJ einzuschleusen. Es heißt, daß sie dabei nach einem durchdachten Konzept vorgingen und nicht selten erfolgreich waren. Inzwischen ist diese Taktik erkannt und greift nicht mehr."*

Es ist wohl allen AntifaschistInnen in der BRD und Westberlin bekannt, daß die BRD-Nazis ihre Kontakte zu DDR-Faschisten pflegen und auch mehr oder weniger regelmäßige Treffen stattfinden.

Wir berichteten zuletzt im Info Nr. 3 über diese Kontakte, die hauptsächlich über die Westberliner **'Nationalistische Front'** (NF) zustandekommen, und konnten auch einige Namen - **Andreas Pohl, Christian Franke, Bernd Apitsch** - nennen. Dies allein für die Existenz der Nazi-Gruppen in der DDR verantwortlich zu machen, ist genauso falsch wie die vereinfachte Annahme, daß die Existenz von Faschisten nur das Produkt der kapitalistischen Gesellschaft wären.

Trotzdem wollen sich einige offizielle Führungsorgane in der DDR in ihrer antifaschistischen Politik nicht belehren lassen. Sie scheinen nicht bereit zu erkennen, daß die vierzigjährige Erziehung zum Antifaschismus verödet ist und statt antifaschistisches Bewußtsein bei vielen Gleichgültigkeit und Langeweile vermittelt. Daß Ursachen für faschistische Tendenzen auch im DDR-Sozialismus nicht endgültig beseitigt sind. Den jüngsten Entwicklungen weiter mit den alten Formen der antifaschistischen Traditionspflege zu begegnen reicht nicht mehr aus.

Vor zehn Jahren, am 22. Juni 1979, schloß der 1982 verstorbene Filmemacher und damalige Präsident der Akademie der Künste der DDR, Konrad Wolf, einen Diskussionbeitrag den er ***"Wir Sozialisten sind mit jedem Atemzug, mit jedem Herzschlag Antifaschisten"*** nannte mit folgenden Worten, die wir den DDR-Führungsorganen (wie Wolf) ans Herz legen wollen:

"... Zum Schluß das für mich Entscheidende: Wir wollen gebraucht werden. Daß dem so ist in diesem Land, daß unser Gebrauchtsein gewürdigt und geehrt wird, steht außer Zweifel. Wir stellen es mit gebührendem Dank fest, auch heute, auch hier. Aber wir wollen mehr gebraucht und mehr gefordert werden. Nicht am Rande, nicht als Zierat: im Mittelpunkt der Kämpfe unserer Zeit.

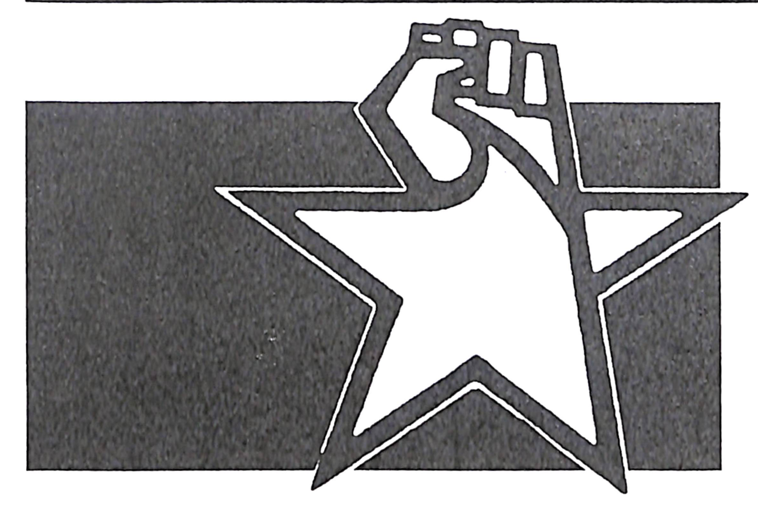
Wir wissen um die schwierigen und neuartigen Probleme, ja um die Sorgen in den ökonomischen und weltpolitischen Sphären. Wir wissen, daß der Frieden auf dieser Erde bei weitem noch nicht gesichert ist und wieviel Kraftanstrengungen, materielle Opfer seine Erhaltung uns abverlangt. Wir wissen auch, welche gewaltigen objektiven Probleme die Veränderungen auf dem Weltmarkt, besonders die Rohstoffsituation mit sich bringt. Wir verstehen sehr wohl, daß wir äußerst sparsam mit den materiellen Werten und Ressourcen umgehen müssen. Das gilt für alle!

Jedoch Sparsamkeit im Umgang mit den Produkten des Geistes und den Ressourcen der Phantasie wäre gerade in dieser Situation fehl am Platze und sollte auf das entschiedenste bekämpft werden. Daran möchten wir uns beteiligt sehen. Es ist besser, wenn ich rechtzeitig und in schonungsloser Offenheit die Wahrheit erfahre. Dann richte ich mich darauf ein, kann überzeugt und bewußt mitkämpfen. ...

Ich möchte in diesem Kampf, bei dem es zwar tausendfach um gewaltige wirtschaftspolitische Aufgaben, um das Sein oder Nichtsein der Menschheit geht, an dem Abschnitt mehr beteiligt sein, wo sich dieser Kampf im einzelnen Menschenschicksal widerspruchsvoll und dynamisch tagtäglich abspielt.

Ich möchte durch mein Tun diesem menschlichen Individuum erlebbar und bewußtmachen, daß es, und nur es, wichtigstes Ziel und Bestandteil unseres Kampfes ist. Mein Gefühl des Gebrauchtwerdens will und muß ich auf meinen Zuschauer übertragen - er wird gebraucht als sich befreiende Persönlichkeit. Ich brauche die Gewißheit, daß ich seine Sorgen und Nöte kenne und teile, daß ich ihm eine immer festere Zuversicht in sein umfassendes Glück erzeugen kann, auch mit den Tränen des Lachens und der Trauer.

Darum, um diesen Kampf und um diesen meinen Weggefährten, will ich mich mühen als Antifaschist, als Kommunist, als Filmemacher, als Bürger dieses Landes. Dafür will ich gebraucht werden."



Die Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf in der Türkei sind innerhalb der westdeutschen Linken kaum diskutiert und ausgewertet worden. Vielleicht ist der folgende Artikel zu Dev Yol, zu deren Faschismusbegriff und Widerstandskonzept, ein Auslöser zu einer Diskussion, der weitere Beiträge zur türkischen und kurdischen Linken folgen. Selbstorganisation in Widerstandskomitees - diesen Ansatz von Dev Yol halten wir für so wichtig, daß eine genauere Beschreibung der Arbeitsweise und der Schwierigkeiten der Komitees folgen sollte.

DEVRIMCI YOL-

EIN REVOLUTIONÄRER WEG IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF

Devrimci Yol - das war vor dem Putsch die größte linke Zeitschrift und Organisation gleichen Namens, das war der antifaschistische Widerstand in Schulen, Studentenheimen, Universitäten und Betrieben, Stadtteilen und Dörfern, bewaffneter Kampf und Agitation, der Aufbau von Gegenmacht in Selbstverwaltung.



Wenn bei dieser Darstellung die vielen anderen linken und revolutionären Organisationen aus der Türkei ausgeklammert bleiben, so geschieht das nicht, um ihren Beitrag zum antifaschistischen Kampf zu verschweigen oder ihre Bedeutung gering schätzen zu wollen. Es geht vielmehr darum, anläßlich der Urteilsverkündung im Prozeß gegen DEV YOL deren besondere Rolle in der Zeit vor 1980 zu erklären und ihre Position im antifaschistischen Kampf darzustellen.

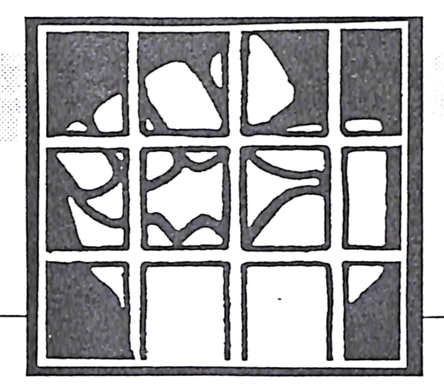
Ende der 60er Jahre entstand aus der revolutionären Jugendbewegung (DEV GENÇ) die Türkische Volksbefreiungsorganisation - Front (THKP-C). In dieser Zeit war die Gesellschaft in Aufruhr, auf dem Land und in Kurdistan gab es Massenkundgebungen und Landbesetzungen, in den Städten gingen die Arbeiter auf die Straße. Eine große antiimperialistische Bewegung gegen die Präsenz der amerikanischen Flotte entwickelte sich. Die THKP-C trat mit einer eigenen Analyse der türkischen Verhältnisse an und entwickelte eine Strategie des bewaffneten Kampfes zur Befreiung von der mit dem Imperialismus verbündeten Oligarchie, also des Bündnisses des einheimischen Monopolkapitals mit den Grundbesitzern und dem Wucherkapital. Die wichtigsten Thesen der THKP-C lauten:

1. Die Türkei ist ein halbkoloniales Land, in dem die Oligarchie als Vertreter des Imperialismus herrscht.

2. Durch diese abhängige Entwicklung gibt es eine permanente politische und ökonomische Krise; friedliche Konzepte greifen in diesem Rahmen nicht.

3. Mit dem bewaffneten Kampf kann die künstlich aufrechterhaltene Balance in der Gesellschaft erschüttert und die revolutionäre Situation geschaffen werden.

Im Unterschied zu den bisherigen



DER DEV YOL-PROZESS

Am 19. Juli dieses Jahres wurde vor dem Militärgericht Mamak das Urteil im Massenprozeß gegen die Organisation Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) verkündet.
Mit 7 Todesurteilen, 39 mal lebenslänglich und 336 Haftstrafen zwischen zwei und zwanzig Jahren ging einer der größten Militärgerichtsprozesse in der Geschichte der Türkei zu Ende. Im Oktober 1982 war der Prozeß mit 574 Angeklagten eröffnet worden. Für 186 von ihnen forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Später erhöhte sich die Zahl der Angeklagten auf 723, die der geforderten Todesstrafen auf 236.

Mit einer Propagandakampagne gegen die Linken und der Eröffnung einer Unzahl von Massenprozessen gegen alle linken Organisationen versuchte die Militärjunta nach ihrer Machtergreifung ihren Putsch zu rechtfertigen und die Linke für den Terror der MHP (Nationale Aktionspartei) verantwortlich zu machen. Während die Verfolgung und physische Vernichtung der türkischen und kurdischen Opposition andauerte, wurden in den Folterzentren Geständnisse erpreßt, in den Militärstaatsanwaltschaften entstanden bändeweise Anklageschriften.

Allein in den Verfahren gegen DEV YOL waren 1.200 Revolutionäre angeklagt, insgesamt 46.000 Menschen in den ersten zwei Jahren der Militärherrschaft in den Knast gesteckt und gefoltert worden. In den ersten Tagen der Militärgerichtsverfahren waren die Bilder in all diesen Prozessen gleich: Von Angeklagten überfüllte Kasernenbaracken, als Gerichtssaal hergerichtet. Die Angeklagten, von der Folter und den Mißhandlungen gekennzeichnet und von bewaffneten Soldaten umstellt, erinnern an Gefangene in den Konzentrationslagern des Hitlerfaschismus. Noch während der Beweisaufnahme vor Gericht werden die Gefangenen gefoltert, brechen manche bei der Verhandlung zusammen. Viele Angeklagte wurden von den Folterern ermordet oder zu Krüppeln gemacht. Andere opferten ihr Leben im Kampf gegen Unterdrückung und Terror im Knast.

Im Sommer 1988, gegen Ende der Prozesse, hat sich das Bild ein wenig gewandelt. Ein Teil der Angeklagten ist aus der Haft entlassen, die große Halle in der Mamak-Kaserne in Ankara ist relativ leer. Die in der Haft verbliebenen Angeklagten sind nach wie vor von Soldaten mit dem Gewehr in Anschlag umstellt, alle 10 Minuten vollzieht sich eine Wachablösung im Gerichtssaal. Die Angeklagten tragen ihre über 200seitige kollektive Verteidigung, in der sie die Geschichte und Ereignisse der Epoche, auf die sich die Anklage bezieht, nachzeichnen. Am ersten Tag der Verlesung der gemeinsamen Verteidigung waren Hunderte von Angehörige, Freunden und Journalisten zum Prozess gekommen, der von der Stadtverwaltung eingesetzte Bus mußte viele Male zwischen Kasernentor und Gerichtsbaracke pendeln, eine große Zahl von Wartenden wurde gar nicht eingelassen.

Theorien ist damit die Revolution nicht mehr an die Übernahme des Staatsapparates gebunden, es war eine Absage an die Illusionen, die bezüglich des Staatsapparates herrschten, und an kemalistische Vorstellungen von Entwicklung und Verwestlichung, die auf viele Intellektuelle einen Einfluß ausübte.

Die THKP-C konnte auf Sympathien vor allem bei der Jugend bauen. Doch mit dem Memorandum des Militärs vom 12. 3. 1971, einer Art kaltem Putsch, begann eine Phase der brutalen Repression. 1972 entführten Kämpfer der THKP-C und der Türkischen Volksbefreiungsarmee (THKO) drei Angehörige der US-Streitkräfte, um die drohende Hinrichtung der Revolutionäre Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan zu verhindern. Am 30. März 1972 wurde das Dorf Kizildere, in dem sie sich verborgen hatten, vom Militär umstellt, die 10 Revolutionäre, unter ihnen Mahir Çayan, Kopf und Theoretiker der THKP-C, ermordet.

Nach dieser Phase der faschistischen Repression kam in der Türkei 1974 der Sozialdemokrat Bülent Ecevit mit dem Slogan "Hoffnung" über die Parlamentswahlen an die Macht. Im Rahmen einer Generalamnestie wurden viele politische Gefangene freigelassen, die linke Bewegung entwickelte sich von neuem. Viele vertraten die Thesen von Mahir Çayan, vor allem im Revolutionären Studentenverein Ankaras, dem ADYÖD, in dem auch der spätere Führer der PKK, Abdullah Öcalan organisi'ert war. In diesem und in anderen Studentenvereinen wurde der Abwehrkampf gegen die Grauen Wölfe' organisiert. Diese in der MHP zusammengeschlossenen zivilen Faschisten verübten Attentate und Angriffe auf die linken Studenten. Seit dem 12. März 1971 hatten sich die Faschisten in vielen Bereichen der Gesellschaft ungehindert festsetzen können.

Die herrschenden Klassen, innerhalb derer ein neues Kräfteverhältnis zugunsten der Monopolbourgeoisie entstanden war, betrieben eine Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, die darauf mit Protesten und Widerstand reagierte. Um diesen Widerstand zu brechen, die Bevölkerung einzuschüchtern und um durch fortschreitende Polarisierung dem Faschismus eine Massenbasis zu verschaffen, wurde ein vom Amt für spezielle Kriegsführung koordinierter Krieg des individualen und massenhaften Terrors begonnen. Dies geschah mit Hilfe der zivilen Faschisten (Graue Wölfe). Linke und Fortschrittliche Personen in Schulen, Universitäten und Stadt-



teilen wurden angegriffen. In Gebieten mit heterogener Bevölkerungsstruktur versuchte man Sunniten gegen Aleviten, Türken gegen Kurden aufzuhetzen. Unter den beiden Regierungen der 'Nationalen Front' 1975 und 1977, in der bürgerliche, faschistische und religiöse Parteien vertreten waren, konnten die Faschisten wichtige Positionen im Staatsapparat, vor allem bei Polizei und Militär besetzen, um so den aus US-amerikanischen Konzepten stammenden Spezialkrieg mit dem Ziel der Faschisierung führen zu können.

Das Konzept antifaschistischer Organisierung: die Widerstandskomitees

In dieser Situation entstanden die zahlreichen linken Organisationen. In der Zeitschrift Devrimci Gençlik, später Devrimci Yol, wurde ein Konzept formuliert, das den antifaschistischen Kampf als zentralen Punkt der revolutionären Bewegung ansah. Ausgehend vom Begriff des halbkolonialen Status der Türkei, den die THKP-C prägte, wurde das System in der Türkei als Faschismus kolonialen Typs bezeichnet. Unter Bezugnahme auf Thesen von Dimitroff in den südosteuropäischen Ländern, ging man davon aus, daß der Faschismus in solchen Ländern nicht über eine Massenbewegung durchgesetzt wird, sondern über eine von oben betriebene Faschisierung - unter Wahrung eines gewissen demokratischen Rahmens.

Erst wenn der Faschismus sich in diesem Prozess eine Massenbasis verschafft hat, kann er den demokratischen Rahmen völlig außer Kraft setzen. Für die Türkei wurde der Begriff des verdeckten Faschismus geprägt, der aber in Situationen, in denen die Krise mit den Institutionen des Systems nicht mehr bewältigt werden kann, offen zutage tritt, wie in der Phase nach dem 12. März 1971 und nach dem Putsch 1980. Der Hauptwiderspruch besteht zwischen dem Volk und der vom Imperialismus abhängigen Oligarchie, welche versucht, die Last der Krise auf die Bauern und Arbeiter abzuwälzen und den sich rasch entwickelnden Widerstand mit Hilfe der Zivilfaschisten zu zerschlagen.

Daher ist der antifaschistische Kampf von zentraler Bedeutung für den revolutionären Kampf. Hier entwickelte Dev Yol das Konzept der Widerstandskomitees, um die faschistischen Angriffe zurückzuschlagen und ein Stück Gegenmacht aufzubauen. Die Komitees sollten möglichst weite Kreise der Linken und der Bevölkerung auf lokaler Ebene im Widerstand zusammenschließen. Durch den Bau von Barrikaden, Aufstellen von Wachen und Selbstschutzmaßnahmen auf dem Weg zu Schulen oder Unis, wo oft faschistische Angriffe erfolgten, sollte die Verteidigung organisiert werden.

Mit dem Aufbau einer Selbstverwaltung und der Regelung von Problemen und Streitigkeiten auf lokaler Ebene sollte die Bevölkerung in den politischen Prozeß einbezogen werden. Dev Yol begriff die Widerstandskomitees als Keimzellen für die Volksherrschaft und nicht als Ablösung der staatlichen Herrschaft durch die Herrschaft der Linken. Durch die gemeinsame antifaschistische Praxis vor Ort sollte eine möglichst umfassende Widerstandsfront aller linken und antifaschistischen Kräfte im ganzen Land zustandekommen. An vielen Orten wurden solche Widerstandskomitees gegründet, besonders nachdem am 25. Dezember 1978 Faschisten die sunnitische Bevölkerung angestachelt und ein furchtbares Massaker an der alevitischen Bevölkerung der Stadt Maras angerichtet hatten. Oft konnte durch den Aufbau der Widerstandskomitees verhindert werden, daß weitere Massaker stattfanden.

So in der mittelanatolischen Stadt Coram im Juni 1980: Anläßlich der Ermordung des Stellvertreters von Faschistenführer Türkes, Gün Sazak, versuchten die

Faschisten mit der Unterstützung von Militär einen Überfall auf die alevitische Bevölkerung der Stadt zu organisieren. In den überwiegend von Aleviten bewohnten Stadtteilen wurden Barrikaden und Wachen aufgestellt. Trotz Aufforderungen von Polizei und Militär blieben die Barrikaden stehen, die angreifenden Faschisten konnten erfolgreich zurückgeschlagen werden. Den Aufbau einer Partei sah Dev Yol zwar als unerläßlich an, ging aber davon aus, daß die Bedingungen dazu nicht reif sind und daß dem ein ideologischer Klärungsprozeß vorangehen muß.

Dev Yol hatte nicht den Führungsanspruch anderer linker Organisationen, die sich selbst als Partei gründeten und davon ausgingen, daß die anderen nur auf ihre Linie umschwenken müssen, um eine Einheit zu erreichen. So war Dev Yol oft in der Lage, Bündnisse der in Fragen der Weltanschauungen völlig zerstrittenen Linken herzustellen.

In Fatsa, einer Provinzstadt im Schwarzmeergebiet wurde nach der Wahl des unabhängigen Kandidaten Fikri Sönmez zum Bürgermeister das Konzept des Aufbaus von Gegenmacht und Selbstverwaltungsstrukturen in Stadtteilkomitees verwirklicht. Die Bewohner von Fatsa enteigneten Schwarzhändler und Wucherer, organisierten das Verkehrswesen neu, bauten in kollektiven Arbeitseinsätzen Straßen durch sumpfige Gebiete und veranstalteten ein mehrtägiges Kulturfestival. In dieser Arbeit waren nicht nur Linke einbezogen, sondern auch lokale Vertreter der bürgerlichen und religiösen Parteien. Einzig die Faschisten blieben draußen. Nach einer großen Verleumdungskampagne in der türkischen Presse besetzte das Militär am 11. Juli 1980 die Stadt, verhaftete hunderte von Menschen, die von maskierten Kadern der Faschisten identifiziert wurden. Die "Punktoperation von Fatsa" war eine Generalprobe für den Militärputsch vom 12. September 1980.

In der Atmosphäre der absoluten Polarisierung in der Gesellschaft, erbitterter Klassenkämpfe und faschistischen Terrors war ein großer Teil der Bevölkerung bereit aktiv zu werden und zu kämpfen, ja überholte die Linken förmlich. Diesen gelang es nur allzuleicht, bei der Bevölkerung in Arbeiterstadtteilen und Dörfern Fuß zu fassen. Doch oft handelten Linke in kleinlichem Organisationsinteresse, fochten ihre Fehden untereinander auf dem Rücken der Bevölkerung aus und setzen sich an die Spitze von Bewegungen, wobei sie die Bevölkerung nicht zur Selbstorganisation, sondern zum Befolgen von Parteianweisungen erzogen.

Dev Yol gelang es zumindest teilweise, diese Mentalität zu überwinden und gewann große Sympathien. Doch waren sie weit entfernt davon, ihre Vorstellungen im angestrebten Maße umsetzen zu können. Zwar scharten sich breite Massen um die Organsation und in vielen Städten und Gebieten entstanden Strukturen, doch waren diese weder professionell noch klandestin (geheim/abgeschottet) genug, um der gewaltigen Repression der Militärs nach dem Putsch standzuhalten. Oguzan Müftoglu, einer der Hauptangeklagten im Dev Yol-Prozeß in Ankara, sagt dazu: *"Wir waren nicht in der Lage, die amateurhaften Strukturen einer politischen Gruppe zu überwinden."* Wie in vielen Organisationen auch, konnte der Staat viele, auch führende Mitglieder und Sympathisanten von Dev Yol verhaften.

Zwar wurde 1982 im Exil eine Vereinigte Widerstandsfront gegen den Faschismus gegründet, in der Dev Yol, PKK und einige kleinere Organisationen vertreten waren, doch waren die darin vertretenen politischen Vorstellungen zu unterschiedlich. Während die PKK über Stützpunkte in Syrien und bei den irakischen Kurdenorganisationen in die Türkei zurückkehren und den Guerillakrieg aufnehmen wollte, war Dev Yol zu solch einem Schritt nicht bereit und beschäftigte sich mit der Niederlage vom 12. September.

In dieser Phase traten innerhalb von Dev Yol unterschiedliche Ansichten zutage, was schließlich zu Spaltung hier in Europa führte. Viele Menschen, die sich Dev Yol verbunden fühlen, kämpfen heute in der Türkei mit in den Fabriken, an den Schulen und Universitäten und organisieren die Unterstützung für die politischen Gefangenen. In der linken Diskussion sind ihre Ansichten vertreten, doch gibt es heute keine Organisation, sondern viele unabhängige Zirkel und Einzelpersonen. Für die hiesige Linke kann Dev Yol trotz ihrer Fehler und der bitteren Erfahrung der Niederlage ein Beispiel für eine erfolgreiche Strategie des antifaschistischen Kampfes sein, die nicht nur als der Schatzkiste linker Theoretiker schöpft, sondern aus einer Analyse der besonderen Bedingungen des jeweiligen Landes hervorgeht.

YAŞASIN
FAŞİZME ve
EMPERYALİZME
KARŞI
MÜCADELEMİZ
DEVRİMCİ
YOL

Kemalismus: Offizielle Ideologie der türkischen Republik, beinhaltet im wesentlichen: Türkischen Nationalismus, eine Vorreiterrolle des Staates bei der kapitalistischen Entwicklung des Landes, strikte Trennung von islamischer Religion und Staat, Veränderung der Gesellschaft durch Reformen von oben, keine bürgerliche Demokratie.
Sunniten: Größte Konfession im Islam. Die Existenz von Sunniten und Schiiten resultiert aus dem Konflikt um die Nachfolge Mohammeds. Oft haben sich in der islamischen Geschichte Oppositionsbewegungen gegen die meist sunnitische Obrigkeit schiitisch artikuliert. In der Türkei sind ca. 70 % der Bevölkerung Sunniten.
Aleviten: Schiitisch beeinflußte Sondergruppe im Islam. Die religiösen Verpflichtungen liegen im sozialen Verhalten gegenüber der Gemeinde und nicht im Gebet oder der Einhaltung des Fastens, was sie von den Sunniten unterscheidet. Aufgrund einer langen Geschichte von Verfolgung und Unterdrückung sind die Aleviten in der Türkei häufig fortschrittlicher und politisch links eingestellt. Sie machen ca. 20 % der Bevölkerung aus. Es gibt alevitische Türken und auch Kurden.

*Die Nazi-Skin-Bewegung arbeitet über die Grenzen hinweg. '**Blood and Honour'** ('Blut und Ehre'), die faschistische Organisation von Musik und Musikern ist zum Vorbild und Zentrum dieser Bewegung geworden. Wir haben einen Erlebnisbericht aus der englischen Antifa-Zeitung SEARCHLIGHT übersetzt, der schildert wie Antifas aus dem "größten internationalen Nazi-Konzert" ein Disaster werden ließen.*

NAZI-SKIN-TREFFEN IN LONDON ENDETE IM DISASTER

"Einige Leute denken, daß die Nazi-Skin-Bewegung gleichzusetzen ist mit Chaos. Am Samstag den 27. Mai war es jedoch mehr als das, was von ihnen geplant war. Anfang dieses Jahres haben sich Ian Stuart Donaldson, Anführer der 'Blood and Honour'-Bewegung und Chef der Nazi-Band 'Skrewdriver' und sein Partner, der aus jüdischem Elternhaus stammende Nazi-Collaborateur Andrew Benjamin (alias Andrew St. John), in ihrem Bunker an der West-Londoner Riding House Street zusammengesetzt. Sie haben das geplant, was das größte Konzert werden sollte, das jemals von der extremen Rechten organisiert worden ist. Sie gebrauchten ihre vielen Kontakte in Europa und Skandinavien genauso wie zur West-Küste der USA. Sie begannen ein Ereignis zu organisieren, das in ihren Worten ausgedrückt, eine Antwort sein sollte auf die ganze Aggression der Juden und Roten, die sie aus den Läden ihres alten Treffpunkts in der Carnaby Street vertrieben hatten und sie nun in der Riding House Street belagerten.



Blutige Köpfe im Hyde Park

Handzettel wurden zu tausenden verteilt und in der sehr effektiven Nazi Klatsch- und Tratsch-Scene wurde verbreitet, daß jede Menge Nazi-Gruppen - nicht nur aus England, sondern auch aus Frankreich und Amerika - spielen sollten. Ungefähr tausend Eintrittskarten sind für 7 Pfund 50, später sogar für 8 Pfund verkauft worden. Stuart und Benjamin ließen erklären, daß sie gleich drei Veranstaltungsorte in West-London angemietet hätten, weil sie mit Gegenaktionen rechneten. Am Tag als SEARCHLIGHT davon hörte, bekam sie einen Anruf von Antifaschisten aus den USA, die berichteten, daß dort ebenfalls die Werbetrommel für das Konzert gerührt würde. Tom Metzger, ein führender US-Nazi, verbreitete die Ankündigung über sein 'White Aryan Resistance' ('WAR', Weißer Arischer Widerstand) Netzwerk von Computer Mail Box und Telefonkette. Sein Sohn John leitet die US-Naziskin-Bewegung. "Auf nach London" forderten sie ihre Gefolgschaft auf, "die Juden und Roten werden durch unsere internationale Zusammenarbeit geschlagen".

Einen Monat vor dem Konzert versuchte Stuart Unterstützung in Schweden zu bekommen. Doch SEARCHLIGHT war schneller da als er und seine Reise wurde zum politischen Minenfeld. SEARCHLIGHT merkte an den schon fast hysterischen Anrufen, die er und seine Leute auf dem Anrufbeantworter hinterließen, daß er immer hecktischer wurde. Noch drei Tage vor dem Konzert wußte die gesamte Antifa-Bewegung nicht wo der Auftritt stattfinden sollte, und das trotz der ganzen Informanten, die aus der Nazi-Scene Geheimnisse an die Antifa weitergeben. Doch dann kam der Hinweis aus dem inneren Kreis der Nazi-Skins, daß der



Auftrittsort eine große Schande für eine linksgerichtete Bezirksverwaltung werden sollte. Nun fragten die Antifas bei verschiedenen Bezirksämtern nach, die ihre Buchungen überprüfen sollten. Die Verwaltung von Camden - genau vor Stuarts Haustür - meldete eine Buchung, unter dem Namen "Der internationale Musikaustausch", der zum Zweck "gute Beziehungen zu entwickeln" die Stadthalle von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends gemietet hatte. Um ein bißchen Seriösität zu vermitteln, gaben sie eine Briefkastenfirma an, die eine der Tarnadressen von Benjamin ist.

Als die Verwaltung von Camden überzeugt war, daß sie getäuscht worden ist, entschied sie sich promt den Nazis zu kündigen. Eigentlich ein einfacher Schritt, doch wie will man eine nicht existierende 'Firma' kontakten die zwar eine Telefonnummer hat, bei der es klingelt, die jedoch nie antwortet? So verbreitete die Bezirksverwaltung die Meldung über den abgesagten Auftrittsort über Radio. Nun war das Problem wieder auf Seiten der Nazi-Skins. Als diese die Order, sich zwischen 17 und 18 Uhr an Speakers-Corner im Hyde Park zu versammeln, an ihre Gefolgschaft weitergaben, hatten sie nicht nur keinen Auftrittsort mehr, sondern auch noch hunderte von Antifas, die im Hyde Park auf sie warteten, um einige Ideen über das Wesen des Nationalsozialismus auszutauschen.

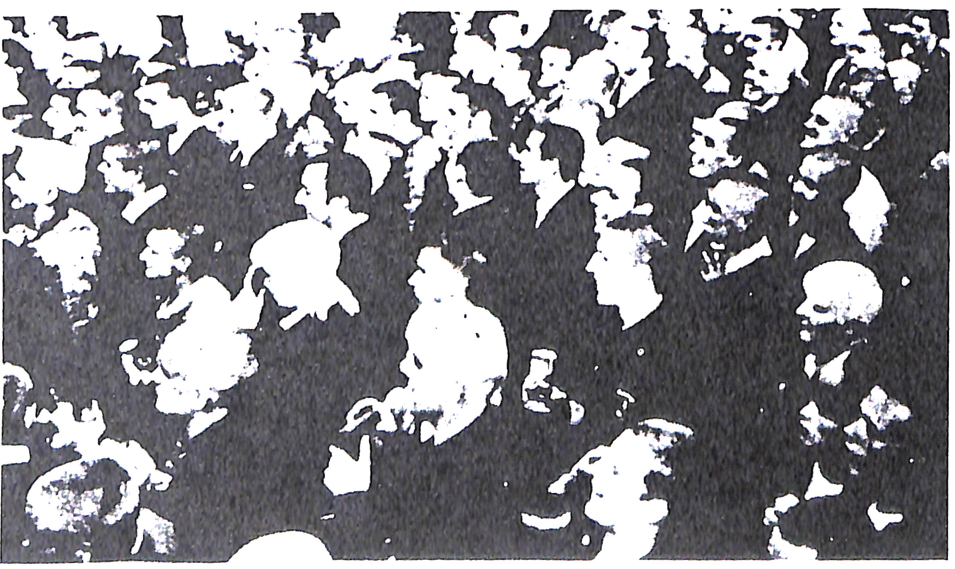
Um 16 Uhr versuchte eine Gruppe älterer Nazi-Skins mit Flaschen bewaffnet die Speakers-Corner zu übernehmen. Doch eine Gruppe junger AntifaschistInnen vertrieb sie, ohne große Zeremonien zu veranstalten. Innerhalb von Minuten brachen an allen Ecken in der Gegend Kämpfe aus. Keine Polizei war zu sehen. Überall haben die Nazi-Skins im Staub gelegen, einschließlich ihrer Gäste aus Uppsala und Hamburg. Auf der Autobahn wurden zwei Busse angehalten und wieder nach Hause geschickt. Als am Hyde Park ein dritter Bus - voll mit 'Sieg Heil' gröhlenden Nazis - eintraf, wurde er mit allen zur Verfügung stehenden Wurfgeschossen eingedeckt. Zu diesem Zeitpunkt erschienen auch die Polizisten, einige davon mit Hunden, um Kontrolle über die Situation zu bekommen. Sie nahmen 16 Antifas fest und gingen vereinzelt gegen Nazis vor, die den Hyde Park aus einer Unterführung heraus stürmen wollten.

Woanders trugen junge Studenten den Kampf gegen die Nazi-"Recken" in einem Mc Donalds aus. Als die Polizei eintraf, prügelten die sich noch mit einer größeren Anzahl Nazi-Skins in der Nähe von Easton. Am späten Nachmittag erhielt der Pächter der Kneipe 'Red Lion' in Northfleet, außerhalb von London in der Grafschaft Kent, einen Anruf und vermietete seine Kneipe für eine Geburtstagsfeier. Als zwei Züge mit ein paar hundert Skins eintrafen, durfte nur eine Zugbesatzung aussteigen, die andere wurde wieder zurückgeschickt. So sind dann ein paar hundert Skins zum Konzert gekommen, die anderen wurden von der Polizei ferngehalten.

Gerösteter Hamburger

Ein großer Nazi-Skin aus Hamburg zog die Bilanz des Tages: "Ich habe für den Flug Hin- und Zurück bezahlt und das Konzert-Ticket, ich kam zum Hyde Park und die Juden und Kommunisten haben mich verprügelt und ich kann mein Geld nicht zurück kriegen. Jetzt haben sie mich über eine Meile vom Bahnhof weggeschickt, um von euren Bullen gejagt zu werden. Nehmt Ian Stuart in die Zange."

Zurück in London zogen 1.000 AntifaschistInnen in Jubelstimmung zum Trafalgar Square. Die antifaschistische Bewegung ist jetzt in der Offensive. Wenn Bejamin sein Büro und seinen Laden verliert können wir kommende Konzerte verhindern, dann kann das Kapitel 'Blood and Honour', als eine Kraft auf der Straße abgehakt werden. Rechtzeitige Informationen über ihre künftigen Auftritte sind eine Vorraussetzung dafür sie bekämpfen zu können."



1986 Rock Against Communism gig.

ENGLISCHE GEHEIMDIENSTKONTAKTE ZU FASCHISTEN


Roberto Fiore in London

Seit Ende 1980 lebt der in Italien in Abwesenheit zu fünf Jahren Knast verurteilte Faschist Roberto Fiore unbehelligt in London. Ausgesprochen wurde das Urteil wegen "Mitgliedschaft in einer bewaffneten und subversiven Vereinigung", der 'NAR' (übersetzt: 'Bewaffnete Revolutionäre Zellen'/nicht zu verwechseln mit den linken "Revolutionären Zellen" in der BRD). Diese Terrororganisation verübte 1980 das Attentat auf den Bahnhof von Bologna, bei dem 85 Menschen ermordet wurden. Auch wenn die italienische Regierung Fiore bescheinigt hat nicht an der Ausführung des Attentats beteiligt gewesen zu sein, so gibt es doch keinen Zweifel darüber, daß er eng mit der Terror-Gruppe verbunden war, die den Anschlag ausführte. Warum weigert sich die britische Regierung Fiore auszuliefern?

Kurz bevor Roberto Fiore in London eingetroffen war, nahm er an einem militärischen Trainingslager bei der rechten christlichen Falange im Libanon teil. Der britische Geheimdienst MI6 nahm Kontakt mit ihm auf und schlug ihm einen Handel vor: Fiore kann in London bleiben, wenn er den MI6 mit Informationen über Falange Führer, ihre Organisation und Stellungen versorgt. Das machte Fiore unantastbar für die italienische Regierung, die inzwischen Beweise für seine Terroraktivitäten gesammelt hatte.

Fiore gehört der sogenannten 'Dritten Position' an, die sich politisch an dem Strasser-Flügel der 'NSdAP' orientiert. Mitglieder dieser Gruppen, wozu auch der 'National Front' (NF)-Flügel 'Political Soldier' gehört, haben seit Jahren guten Kontakt zur Falange im Libanon. Und Fiore hat sich auch in England nicht zur Ruhe gesetzt. Neben einer Wohnungsvermittlung für italienische und spanische Studenten und einigen anderen Nebengeschäften, die er als "Roberto Fiore und Partner" betreibt und die ihm jährlich 30.000 Pfund Sterling einbringen, arbeitet er eng mit den 'Political Soldiers' der 'NF' zusammen. Er nutzte seine Kontakte um Fluchthilfe für Nazi-Terroristen in London zu betreiben. 1983 ist Luciano Petrone, ein Killer, von den Briten ausgeliefert worden, nachdem er bei der Fiore-Zelle Unterschlupf gefunden hatte. 1981 fand Alessandro Alibrani bei ihm Quartier, bevor er illegal nach Italien zurückkehrte und in einer Schießerei von der Polizei getötet wurde.

Fiores Verbindung zum MI6 wirft ein Haufen Fragen über seine Rolle, die 'NF als Terrororganisation zu entwickeln, sowie sie in die Arme von Colonel Ghaddafi und dem iranischen Regime zu treiben, auf. Ende letzten Jahres noch reisten die 'NF-Führer Nick Griffin und Derek Holland, bezahlt von der lybischen Regierung, nach Tripoli. Doch kürzlich hat Ghaddafi die Verbindung zu ihnen abgebrochen. Es sieht so aus, daß er Fiores Verbindung zum MI6 geblickt hat.

Auch bei den 'Political Soldiers' ist nun Zwietracht ausgebrochen. Der Fiore-Freund Pat Harrington ist überzeugt, daß Derek Holland einen Brief der Lybier an SEARCHLIGHT weitergegeben hat, der der 'NF den Abbruch der Beziehungen mitteilte. Er versuchte bei mehreren Kader-Treffen den Ausschluß Hollands zu erreichen. Doch tatsächlich gab die lybische Regierung selbst den Brief an SEARCHLIGHT.

Während die Nazis alle Hände voll mit ihrem Streit zu tun haben, ist die Thatcher-Regierung in die Schußlinie geraten. Als Farce stehen die Regierungsbeteuerungen da, die dem Terrorismus den Krieg angesagt hat. Als MI6-Agent steht Fiore auch weiterhin unter dem Schutz des Außenministeriums, wie alle Agenten der Geheimdienste. Die Enthüllungen, die aus dem Umfeld der italienischen Ermittlungsbehörden die sich mit dem Bologna-Attentat befassen stammen, lüften ein altes Rätsel für SEARCHLIGHT. Vor Jahren haben sie Fiore schon in London aufgespürt und dies veröffentlicht, doch nichts geschah. Heute ist klar warum: Nazi-Terrorist unter Regierungsschutz.



SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG !

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN !

